

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. Drei und fünf Jahrs-Einzelhefte Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Prezliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die in der ersten Spalte der Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Anzeigen und Veranlassungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das letztgenannte Wort 20 Pf. (zuletzt 20 Pf. pro Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Morze über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr mittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 1. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ziele des deutschen Imperialismus.

Der moderne deutsche Imperialismus datiert seit Ende der 90er Jahre, als mit der ersten größeren Flottenvorlage die bekannte Flottenagitation der deutschen Professoren begonnen hatte. Damals gaben sich aber die Imperialisten noch wenig Rechenschaft von ihren Bestrebungen. Macht- und Weltpolitik war ihre Losung, ohne daß diese genauer definiert worden wäre. Bestimmte Ziele wurden nicht angegeben, und die offizielle Politik, die eine fieberhafte imperialistische Tätigkeit zu entfalten begonnen hatte, ließ diese Ziele ebensovienig klar erkennen. Überall wollte sie dabei sein, im nahen wie im fernen Osten, in Afrika wie in Südamerika. Niemand konnte sagen, was eigentlich die deutsche Diplomatie wünschte. Als die Bagdadbahnkonzeption erlangt worden war, konnte man glauben, die deutschen Imperialisten würden sich auf „das große Kulturwerk“ konzentrieren. Nichts dachten. Mit dem Essen kam der Appetit, und sie träumten von einem Eroberungskrieg gegen England, den sie mit Hilfe der gestärkten Türkei durchzuführen hofften.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben viele Träume der Imperialisten zerstört und sie nachdenklich gemacht. Es beginnt eine kritische Analyse der Expansionsmöglichkeiten, ein Abschätzen der Erfolge und der künftigen Aussichten. Solche Stimmen sind im allgemeinen nur vereinzelt anzutreffen. In der Flut der auf dem Markt tagaus und tagein erscheinenden imperialistischen Schriften verschwinden diese Stimmen wie ein Tropfen Wasser im Meer. Immerhin sind auch diese winzigen Schriften beachtenswert.

Noch ganz im Sinne der alten imperialistischen Schriften träumt der kriegslustige General Fr. von Bernhardi in seiner Schrift „Unsere Zukunft“ von Weltbeherrschung und Weltmacht. Dagegen bekennt A. Dix („Deutscher Imperialismus“) offen, daß er keine Ziele für den deutschen Imperialismus sieht. Da er aber nicht bei diesem negativen Resultat stehen bleiben will, hat er einen „mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus“ ausgedacht, der die „wirtschaftliche Annäherung und wechselseitige Kräftigung der Länder zwischen Elbe und Euphrat“ zum Ziele haben soll. Dixens Schrift ist vor dem Balkankriege erschienen, konnte also die letzten Ereignisse auf dem Balkan noch nicht in Betracht ziehen. Die Schlussfolgerungen aus dem Zusammenbruch der Türkei zieht eine anonyme Arbeit, „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg“, die der Annäherung an England das Wort spricht und empfiehlt, sich auf die Schaffung eines zentralafrikanischen Deutschen Reiches zu konzentrieren. Zunächst soll sich Deutschland in den portugiesischen Kolonien wirtschaftlich betätigen. „Die Erfahrungen der modernen Kolonialpolitik“, so plaudert der anonyme Autor das diplomatische Geheimnis aus, „lehre, daß man das Hauptgewicht darauf legen muß, sich zunächst auf diplomatischem Wege wirtschaftliche Interessensphären zu sichern und diese sodann wirtschaftlich zu durchdringen. Das übrige findet sich von selbst.“ So will er auch die Amerexion der portugiesischen Kolonien vorbereiten.

Es ist bekannt, daß Deutschland sich tatsächlich auf diesen Raub der portugiesischen Kolonien vorbereitet. Verhandlungen in diesem Sinne werden mit aller diplomatischen Geheimniskrämerei mit England geführt. Zugleich aber will die Regierung von Kleinasien und Mesopotamien nicht ihre Hand lassen.

Hugo Grothe, der den Regierungskreisen nahesteht, erklärt in seiner Schrift „Die asiatische Türkei und die deutschen Interessen“, daß Deutschland, Frankreich und England ihre Interessensphären in der asiatischen Türkei genau abgegrenzt haben.

England erhält Südmesopotamien und einen Streifen an der türkisch-persischen Grenze, Deutschland das zentrale und südliche Kleinasien sowie das obere Mesopotamien als Einflussphäre, während Frankreich Syrien und das nordöstliche Anatolien vorbehalten ist. Daß diese Abgrenzung der Einflussphären ein Gewinn für Deutschland sei, wie H. Grothe glaubt, wollen nicht alle Imperialisten anerkennen. R. Hennig („Probleme des Weltverkehrs“) betrachtet umgekehrt dieses Abkommen für eine diplomatische Niederlage Deutschlands. Eine Niederlage des früheren Imperialismus, der mit Hilfe der Türkei England bedrohen oder der Deutschlands Herrschaft bis zum Persischen Golf ausgedehnt sehen möchte, ist dieses Abkommen zweifelsohne. Für die materiellen Interessen deutscher Unternehmer, vor allem der Deutschen Bank, ist dieses Abkommen aber sicher günstig, schon deshalb, weil die Bahn Bagdad-Basra einen hohen Baugewinn verspricht.

Wird aber dieses Abkommen die Türkei am Leben erhalten, wie dies Kaeb und andere deutsche Türkenfreunde erhoffen? England hat die Existenz der asiatischen Türkei auf 40 Jahre garantiert. Was aber auf solche Garantien zu geben ist, weiß jeder. Wird sich hier nicht das allgemeine „Gesetz“ der modernen Kolonisation verwirklichen, von dem der von uns angeführte anonyme Autor spricht? Ein Teil der Alldeutschen, mit Wirth an der Spitze, drängt schon auf

die Teilung der asiatischen Türkei. Genosse Pawlowitsch meint, daß auch die maßgebenden Kreise des Deutschen Reiches keineswegs die Erhaltung der Türkei so unbedingt wünschen; sie wollen nur nicht erlauben, daß Deutschland bei dieser Teilung umgangen wird.

Obgleich die kleinasiatischen Fragen noch bei weitem nicht gelöst sind, rollen die unermüdbaren Imperialisten neue Probleme auf. Als bedeutendstes darf man wohl das Projekt einer Bahn von Konstantinopel bis Kiangtshou ansehen, von der zuerst ein Herr Landrichter a. D. Romberg und dann Hennig sprachen. Hennig meint sogar bei Befürwortung dieses Projekts, daß „gerade jetzt der geeignetste Zeitpunkt für eine zielbewusste und vorsichtige deutsche Wirtschaftspolitik in China gekommen“ sei, die Tsingtau zum künftigen Hauptmelthafen des fernen Ostens machen könnte.

An Wägen ist also kein Mangel, und der deutsche Imperialismus wird, wie es scheint, keineswegs dem Rate des anonymen Autors folgen und sich mit Zentralafrika begnügen wollen. Von einer Konzentrierung der deutschen Politik kann vorläufig noch keine Rede sein. Die deutsche Diplomatie hat aus den letzten Ereignissen sehr wenig gelernt, noch weniger aber ihre Veräter, die Alldeutschen.

Das Ergebnis.

Der Reichstag hat am Sonnabend die allgemeine sozial- und wirtschaftspolitische Auseinandersetzung beendet. Am letzten Tage sprachen Abg. Vassermann von den Nationalliberalen, Staatssekretär Dr. Delbrück, Abg. Dr. Wendorf von der fortschrittlichen Volkspartei, Graf Westarp von den Konservativen, Genosse Spiegel, vom Zentrum Dr. Fagbender, zum zweiten Male der liberale Bauernbundsmitglied Schme, der Fortschrittler Schweichardt, Genosse Veus und zuletzt der von den Nationalliberalen an die Pult geleitete Herr Destermann. Mehrere Redner erwähnten das letzte schwere Vergarbeitsungsglück. Die bürgerlichen Redner begnügten sich mit bedauernden Bemerkungen. Genosse Spiegel aber wies außerdem mit Recht darauf hin, daß solche Unfälle sich nicht so oft ereignen würden, wenn unser gesetzlicher Arbeiterschutz besser wäre.

Die Verhandlungen haben 9 Sitzungen in Anspruch genommen. Und sie sind nicht nutzlos gewesen. Sie haben vielmehr zu einem sehr wichtigen Ergebnis geführt: Sie haben Klarheit geschaffen über die Stellung des Reichstags und seiner einzelnen Fraktionen zu den wichtigsten sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, mit denen sich der Reichstag in den nächsten Jahren beschäftigen wird oder wenigstens beschäftigen sollte.

Am ausführlichsten und lebhaftesten wurde unsere Handelspolitik besprochen, weil wir vor dem Ablauf der gegenwärtigen Handelsverträge stehen. Die Regierungen hatten zwar versucht, in dieser Frage die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien möglichst abzumildern durch die Versicherung, daß alles beim alten bleiben, unsere „bewährte Wirtschaftspolitik“ in keiner Weise geändert werden soll. Wer nimmt aber noch die Versicherungen der Regierungen ernst? Die Agrarier wissen zu gut, daß in der Politik nur ein entschiedenes Vorgehen Erfolg haben kann. Daher setzten sie sich leichten Herzens über die Versicherung der Regierungen hinweg und machten einen Vorstoß gegen die angeblichen Päden der Zuckerzölle. Sie beanspruchten noch mehr Zuckerprotekte und verlangten daher eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung, was die große Klasse des arbeitenden Volkes darunter auch noch so sehr leiden.

Allerdings traten so offen nur einige Draufgänger auf. Jedoch ist es bezeichnend, daß sich solche Draufgänger bei fast jeder bürgerlichen Partei bemerkbar machen. Offenbar würden sehr viele bürgerliche Abgeordnete gerne den Spuren dieser ihrer Freunde folgen, wenn sie nicht vor der immer mehr wachsenden Zahl der sozialdemokratischen Stimmen und sozialdemokratischen Abgeordneten Angst hätten. Daher arbeiten denn auch die Zollwucherparteien unermüdblich daran, sich für den Fall zu rüsten, daß sich eine günstige Gelegenheit zur Auflösung des Reichstags und zu einer allgemeinen Heße gegen die Sozialdemokraten bietet.

Das Todtmittel zur Vereinigung der bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die Sozialdemokratie soll ein neues Zwangsgezet gegen die streikenden Arbeiter und die Gewerkschaften sein. Damit wollen die Agrarier auch die gewerblichen Unternehmer vor den Zollwucherkarren spannen. Die Aussprache im Reichstag hat gezeigt, daß ihnen dies bereits bei vielen bürgerlichen Abgeordneten gelungen ist.

Und um dieses schöne Zusammenspiel der „schaffenden Stände“ ja nicht zu stören, soll der so dringend notwendige Ausbau unseres gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung des Reiches wieder auf die lange Bank geschoben werden. Die sogenannte Begründung dieser unverantwortlichen Schädigung der Arbeiter, wie sie der Staatssekretär für das Reichsamt des Innern jetzt im Reichstag vorgetragen hat, ist nicht nur sachlich ganz unzutreffend, sondern steht auch im schroffen Widerspruch mit den Versprechungen fast aller bürgerlichen Parteien im letzten allgemeinen Wahlkampf. Trozdem hat sich keine einzige bürgerliche Partei gegen die Verschleppung erklärt. Im Gegenteil ist der Staatssekretär gerade in diesem Jahre mit besonderem Lobe aus bürgerlichem Munde beglückt worden.

Dies heißt die bürgerlichen Parteien freilich nicht ab, auch einen solchen Redner vorguschicken, der einige arbeiterfreundliche Redensarten macht. Auf eine solche Rede berufen sich dann bei den Wahlen die Parteien, um denen, die nichts von der wahren Haltung der bürgerlichen Parteien bei den entscheidenden Abstim-

mungen im Reichstage wissen, aufzubinden, als ob gerade sie bessere soziale Gesetze für die Arbeiter haben wollten.

Unsere Genossen im Reichstag sind den arbeiterfeindlichen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien entschieden entgegengetreten.

Jetzt gilt es aber, die Lehren, die sich aus der Aussprache im Reichstag ergeben, in die weitesten Kreise des arbeitenden Volkes hinauszutragen. Die gegenwärtige Zeit ist wahrlich sehr ernst. Schwere Gefahren für die Arbeiter ziehen herauf. In dem schlichten Geschäftsgang, zu den ungünstigen Arbeitsverhältnissen, zu der großen Arbeitslosigkeit drohen uns jetzt auch noch neue Zwangsgeetze, haben wir den Stillstand, ja hier und dort sogar einen Rückschritt in der sozialen Befreiung, und schließlich soll uns eine weitere künstliche Verteuerung der Lebenshaltung auferlegt werden. So darf es doch unter keinen Umständen kommen. Gegen diese Gefahren muß sich jeder denkende Arbeiter mit allen Kräften wehren.

Die Grubenkatastrophe auf Zeche Achenbach.

Der Tod hat wieder einmal Einkehr in der Zeche „Minister Achenbach“ bei Dortmund gehalten. Wenn auch die Befürchtung, daß die diesmalige Katastrophe die vom Dezember 1912 mit 50 Toten noch übertreffen würde, sich erfreulicherweise nicht bestätigt hat, so hat die Schlagwetterexplosion doch unfählichen Jammer geschaffen. 22 Tote, die durch die heldenmütigen Kameraden aus der Tiefe heraufgeholt wurden, liegen in der Schreinerei der Grube aufgebahrt. Daneben sind 17 Vergarbeiter verletzt worden, von neun Schwerverletzten sind bereits drei gestorben. Das Unglück hat also bisher 25 Todesopfer gefordert.

In Brannbauer herrscht tiefe Trauer. Auf den Straßen der kleinen Ortschaft stehen die Leute in Gruppen beieinander und besprechen die Folgen der Katastrophe. Manche Mutter und manche Tochter kehren tränenden Auges vom Jochenplatz zurück. Die Flagge auf dem Förderturn ist halbmast gehißt. Die Toten liegen auf Strohhalm und sind mit grauer Leinwand bis zur Brusthöhe bedeckt. Kopf, Brust und Arme sind frei. Die Mehrzahl der Toten ist völlig verkohlt und nur schwer erkennlich. Kopf- und Barthaare sind abgefallen. Einem Toten ist die Kinnlade zertrümmert, ein anderer hebt wie zur Abwehr beide Arme. Bei jeder Leiche liegt eine Karte mit dem Namen des Toten. Die Angehörigen der Verunglückten defilieren am Sonnabend an den Leichen vorbei, wobei sich herzzerreißende Szenen abspielten.

Die heldenmütigen Ritter.

Ueber die nach Bekanntwerden des Unglücks sofort eingeleitete Rettungsaktion wird uns von unserem am Unglücksort weilenden Korrespondenten gemeldet:

In das Dunkel des winterlichen Abendhimmels bringt von Zeche Achenbach der schrille Pfiff der Dampf sirene, fünf langgezogene lange Rufe, die erkennen lassen, daß dringende Hilfe erforderlich ist. Der Telegraph trägt die Kunde zu den umliegenden Zechen. In stürmischer Eile kommen die Rettungsmannschaften per Auto, per Wagen und zu Fuß herbeigeeilt, um ihren Kameraden dort unten in Not und Gefahr beizustehen. Schon saßen sie mit dem Förderkorb in die Tiefe, die jetzt etwas unheimlich Gespensterhaftes hat. Sie dringen in die Streden vor, mit Rauchhelmen und Sauerstoffapparaten ausgerüstet. Da hallt aus den Gängen ein schmerzhafter Schrei, ein Wimmern nach Hilfe. Ueber Brüche, aus denen in jedem Moment die Steinmassen niederfärzen können, geht es mit Todesverachtung hinweg. Zuerst zu den Verletzten, die unter Verbrennungen und Durst zu leiden haben und nach Wasser verlangen, das für sie der sichere Tod wäre. Doch die Grube will ihre Opfer nicht freigeben. Ueber Eisenbahnschienen, die durch die Gewalt der Explosion wie Spiralfedern gebogen sind, durch Schuttmassen hindurch müssen die Braven sich ihren Weg suchen. Doch es gibt für die Rettungsmannschaft kein Halt. Ist es nicht möglich, beim ersten Vorstoß in die Gänge einzudringen, wird ein zweiter, ein dritter Versuch gemacht. Man opfert das eigene Leben, um einem Kameraden Hilfe zu bringen. Die ersten Toten wurden in einem Querschlag gefunden. Ein Fahrsteiger und zwei Mann waren hier auf der elektrischen Lokomotive von der Explosion überrollt worden. Die Verbrannungen waren bei diesem Unglück um so fürchterlicher, weil die Vergleute wegen der hohen Temperatur mit nacktem Oberkörper arbeiten und deshalb schreckliche Verletzungen erlitten.

Mittlerweile ist über Tage das Sanitätspersonal mit der Aufnahme der Verletzten beschäftigt, die in das Krankenhaus geschafft werden. Rasch verbreitet sich die Kunde zu den Hütten der Arbeiter, wo die Angehörigen in banger Sorge warten, ob einer von den Ihrigen dabei ist.

Diese traurigen Bilder wiederholen sich bei jeder Katastrophe. Gendarmen und Polizisten werden in großer Zahl requiriert, denn sowohl bei Streiks als auch im Unglück ist der preußische Gendarm der Ordnungshüter. Zuerst war man allgemein der Ansicht, daß das Unglück einen größeren Umfang angenommen habe. Das Gerücht wurde dadurch genährt, da die Zechenverwaltungen erfahrungsgemäß mit den Auskünften zurückhalten und die Größe des Unglücks nicht zugeben wollen, wie dies auf Radbot und Lothringen der Fall war.

Liste der Toten.

Die Rekonstruktion der Todesopfer aus der Reihe Minister Schenck bereitete die größten Schwierigkeiten, da die meisten der Toten gräßlich verkrüppelt sind. Bis gestern nachmittag ist es trotzdem gelungen, 18 Tote zu identifizieren, unter ihnen ist ein großer Teil polnischer Nationalität. Die gestern nachmittag aufgestellte vorläufige Liste der Toten umfasst folgende Namen: Fahrsteiger Hermann Reinhardt, Hilfssteiger Konrad Dittlich, die Bergleute Theodor Bellmann, Edmund Gaweled, Gustav Czwalina, Valentin Balcarz, Karl Fischer, Hubert Weer, Karl Zajons, Heinrich Alborn, August Konrad, Johann Polakowski, Philipp Labisch, Friedrich Gieszelski, Ernst Stephan, Leo Kurz.

Von den Toten waren sieben verheiratet und neun ledig. Die Beerdigung der Opfer findet voraussichtlich Montag nachmittag statt.

Die Untersuchung über die

Ursache der Katastrophe

hat noch nicht zu einem definitiven Ergebnis geführt. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es indessen festzustehen, daß die Explosion in dem westlichen Teil der Arbeitsstätte von Flöz 19 entstand und von hier aus auf andere Abteilungen übersprang.

Ein neues Unglück.

Dorsten, 31. Januar. Auf der Heide Fürst Leopold sind in der Nacht drei Bergleute durch hereinbrechende Gesteinsmassen eingeschlossen und bisher noch nicht geborgen worden. Ihr Schicksal ist unbekannt. Die Rettungsarbeiten dauern fort.

Um das Koalitionsrecht.

Gelbe Arbeitswillige und grüne Vorbelle.

Zu der famosen Bestätigung, die uns der gelbe Fleischer-Gesellenbund in Form einer „Berichtigung“ über den Zusammenhang zwischen gelber Führerschaft und Vorbelleit sendete, teilt uns noch die Redaktion des Organs des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, „Der Fleischer“, einige Ergänzungen mit, die zeigen, was von dem Versuch der Gelben zu halten ist, Herrn Kollé ein wenig von sich abzuschütteln:

Am Juni 1911 erklärte die Magdeburger Brüderchaft der Fleischer-Gesellen ihren Beitritt zum gelben Bund der Fleischer-Gesellen. Der Altgeselle und Brüderchaftsvorsitzende Ernst Kollé war die treibende Kraft dieses Anschlusses. Er hat mit allen Mitteln gegen die Organisation, die damals versuchte, in Magdeburg Fuß zu fassen, gearbeitet. Die Geschäfte des gelben Bundes für Sachsen und Anhalt hat Ernst Kollé als Bundesvorsitzender seit Bestehen geführt. Alle offiziellen Bekanntmachungen usw. sind von ihm als Vorsitzender unterzeichnet. Auf der Delegiertenversammlung des gelben Zweigbundes vom 7. Dezember 1913 in Magdeburg wurde nach dem Bericht der „Deutschen Fleischer-Gesellen-Zeitung“, des gelben offiziellen Bundesorgans, dessen verantwortlicher Redakteur Herr Otto Prednow ist, Ernst Kollé einstimmig zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Der Vorbelleitbetrieb der Frau Kollé konnte den führenden Bundesmitgliedern nicht unbekannt sein, da im „Fleischer“ schon einigemal darauf angespielt wurde.

Die „Deutsche Fleischer-Gesellen-Zeitung“ hat bis heute noch nicht mitgeteilt, daß Kollé sein Amt „niedergelegt“ habe. Auch die den Gelben jederzeit zur Verfügung stehende „Allgemeine“ und die „Deutsche Fleischerzeitung“ haben bis heute noch nichts über die Angelegenheit Kollé gebracht, auch nichts von seiner Amtsniederlegung, obgleich sonst diese Blätter jederzeit bereit sind, über alles im gelben Bund zu berichten und den Zentralverband nach allen Regeln anzuschwärzen. Die Angaben Prednows in der Berichtigung, daß Kollé sein Amt sofort nach der Wahl niedergelegt hat, entsprechen nicht der Wahrheit. Kollé ist noch nach seiner anfangs dieses Jahres im „Fleischer“ erfolgten Rezeichnung Bundesvorsitzender gewesen. Das mag den Gelben sehr unangenehm sein, trifft aber doch zu.

Soweit die Bemerkungen des „Fleischer“. Ob Herr Kollé heute noch Vorsitzender bei den Gelben ist, erscheint und unerheblich, da ungewissheit feststeht und von dem Organ der Gelben bestätigt ist, daß er zum Vorsitzenden gewählt ist, und da Kollé unfehlbar bis in die jüngste Zeit hinein eine führende Stellung bei den Gelben einnimmt, und zwar nicht nur, wenn der Weg nach den grünen Fensterbänken der Nr. 48 des Knochenhauerufers in Magdeburg zu zeigen ist.

Die Figur Kollés darf in der Denkschrift der Reichsregierung gegen „Terrorismus“ nicht fehlen.

Die Terrorismandanklagen entstehen.

Im November vorigen Jahres brach in der Mannheimer Kartonnagenarbeiter wurde beauftragt, die Streikposten zu kontrollieren. Bei Erledigung dieses Auftrages traf er eine Arbeiterin vor den Toren des bestreikten Betriebes, die als Arbeitswillige tätig war. Der Arbeiter machte sie auf ihr vorverfügliches Tun aufmerksam und forderte sie in ruhiger Weise auf, sich den Streikenden anzuschließen; sie werde genau so unterstützt wie diese. Diese Unterredung wurde von dem einen Firmeneinhaber beobachtet, der dann die Arbeiterin über den Inhalt des Gesprächs ausfragte und ihr den „guten Rat“ gab, sich an einen Schuhmann zu wenden. Gesagt, getan. Polizeiprotokoll wurde gefertigt. Danach gab die Arbeiterin an, sie sei bedroht worden, denn der Kartonnagenarbeiter habe ihr gesagt, „es sei notwendig, daß man ihr auf die Backen schlage, daß sie den Waden suche. Die ganze Gesellschaft der Arbeitswilligen im Betriebe gehörte angezündet.“ Im weiteren Verlaufe der Untersuchung nahm die Arbeiterin den letzten Teil der angeblichen Äußerung als unwahr zurück. Trotzdem wurde Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung erhoben. In der Verhandlung vor dem Mannheimer Schöffengericht nahm jetzt die Arbeiterin auch den ersten Teil ihrer Beschuldigung zurück; sie stellte überhaupt die ganze Sache wesentlich anders dar als ursprünglich, so daß sich der Gerichtsvorsitzende zu dem Hinweis veranlaßt fühlte, daß sie ihre Angaben schon dreimal geändert habe und sie sich darum nicht wundern dürfe, wenn das Gericht ihr keinen Glauben beimesse. Das Gericht verzichtete denn auch auf die Vernehmung der Entlastungszeugen, auch auf die des Firmeneinhabers. Der Ankläger selbst beantragte Freisprechung. Das Gericht beschloß dem Antrage entsprechend und überbürdete alle Kosten, einschließlich der des Verteidigers, der Staatskasse auf.

Wodurch ist die Arbeiterin so terrorisiert worden, daß sie die falschen Angaben machte, die zu der überflüssigen Anklageerhebung führten? Wird die Reichsregierung denkschriftlich das mitteilen?

Die Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosendemonstration.

Am Freitagnachmittag wurden in Düsseldorf zwei stark besuchte Arbeitslosenversammlungen abgehalten. Nach Schluß der Versammlungen zogen mehr als tausend Arbeitslose durch die Stadt. Die Polizei versuchte mit einem starken Aufgebot an Berittenen und Fußmannschaften an jeder Straßenkreuzung den Zug zu sprengen. Die Demonstranten fanden sich aber immer wieder zusammen und führten ihre Demonstration bis gegen Dunkelwerden aus.

Wer fördert die Arbeitslosigkeit?

Daß die „nationale Wirtschaftspolitik“ der wohlgeschützten Industrien die Arbeitslosigkeit vermehrt, das wird nun auch im „Reichs-Arbeitsblatt“ — Nr. 1, 1914 — bestätigt. In dem Bericht aus der Eisen- und Metallindustrie wird unter anderem als Ursache schlechteren Geschäftsganges bei Eisengießereien bemerkt, daß „das Roheisensyndikat zu erheblich billigeren Preisen das Roheisen ins Ausland geliefert habe, wodurch das Ausführungsgeschäft für Eisengießereien und Maschinenfabriken empfindlich geschädigt worden sei“. Auf dem Inlandsmarkt wurden „die verhältnismäßig hohen Preise des Roheisens... nicht der weichen Konjunktur angepasst“. Betriebsbeschränkungen waren die Folge. So wird durch die vielgepriesene Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“ die Arbeitslosigkeit im Inlande gefördert. Die Zechen- und Hüttenmagnaten, die durch ihre Zoll- und Kartellpolitik die Arbeitslosigkeit mehren, sind aber gerade die ärgsten Feinde der Arbeitslosenversicherung.

Gemeindliche Arbeitslosenfürsorge.

Der Stadtrat von Karlsruhe (Baden) hat ein Statut über Arbeitslosenunterstützung erlassen. Bisher wurde schon Arbeitslosenunterstützung in einzelnen Fällen aus Wohltätigkeitsmitteln gewährt, aber da die Armenbehörde solche Besuche begünstigen mußte, wurde wenig Gebrauch davon gemacht. Nach dem jetzigen Statut werden täglich 70 Pf. für ledige und 1 M. für verheiratete Arbeitslose gewährt. Für jedes Kind unter 15 Jahren wird eine weitere Zulage von 10 Pf. bezahlt, der Höchstbetrag von 1,80 M. pro Arbeitstag darf aber nicht überschritten werden. Die Stadtverwaltung hat für das Jahr 1914 4000 M. für solche Zwecke in Anschlag gebracht.

Staatsbeihilfen zur Arbeitslosenversicherung.

Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, im ersten Halbjahr 1914 zwei Millionen Kronen als Zuschüsse zur gemeinnützigen Arbeitslosenunterstützung herzugeben. Die „Christlich-sozialen“, die in Wien die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ablehnen, stimmten auch gegen die Staatszuschüsse! In derselben Sitzung wurde auf Antrag des Genossen Dr. Renner auch eine Verlängerung der Steuerfreiheit für Neubauten beschlossen, die die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter wesentlich einschränken würde. Endlich sprach sich der Ausschuß für zweijährige Gehaltsvorrückung der Eisenbahner aus.

Eine Arbeitslosenversammlung in Brüssel.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Die in anderen Städten so bekannte Erscheinung der von den sozialistischen Parteien oder Gewerkschaften veranstalteten Arbeitslosenversammlungen war für Brüssel bisher unbekannt. Die am 27. Januar von der Brüsseler Föderation der Arbeiterpartei einberufene Arbeitslosenversammlung war daher ein Novum. Rechnet man damit, daß die in der Arbeitslosigkeit Betroffenen zum geringsten Teil Brüssel selbst bewohnen, sondern die ländlichen Distrikte, so ist das Gelingen dieses ersten Versuches um so höher anzuschlagen. Im Saal drängten sich an 1200 Arbeitslose. Den Vorsitz führte der Sekretär der Metallarbeiter, Solau. Ueber die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung sprachen die Vertreter der Handelsangehörigen, der Holzarbeiter und Camille Gussmans. Die von Gussmans verlesene Resolution verlangt die obligatorische Arbeitslosenversicherung, und bis zu ihrer Realisierung Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat, die Provinz und die Gemeinde. Nach der Versammlung begaben sich die Arbeitslosen in geschlossenem Zuge zu einer improvisierten Manifestation durch die Stadt.

Politische Uebersicht.

Sozialistenhege.

Keine Gelegenheit lassen die geschworenen Arbeiterfeinde vorübergehen, ohne gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu hegen. Am Sonnabend benutzten sie im Abgeordnetenhause die Beratung des Etats der Forstverwaltung, um plötzlich unter Führung des Ministers Herrn v. Scharlemer-Lieser, der dadurch wohl seinen Beschäftigungsnachweis für den Statthalterposten in Elsaß-Lothringen erbringen wollte, über die Sozialdemokratie herzufallen. Nach Art seines Kollegen von der Eisenbahnverwaltung verkündete er, daß die Forstarbeiter sich nicht organisieren dürften, ja auch gar keinen Grund dazu hätten, da ihnen ja der Widerstand in dieser in die höchste Instanz offen stehe. Natürlich fehlte es in dieser Rede auch nicht an den üblichen Schlagwörtern über sozialdemokratischen Terrorismus, Ausbeutung der Landarbeiter u. dgl. Die Antwort erteilte dem Minister der Genosse Hofer, und als noch ein konservativer Redner, Hg. Dr. Meyer, sich gemüht fühlte, dem Minister heizupringen und den Versuch machte, ihn in Scharfmacherlei noch zu übertrumpfen, da mußte dieser Herr sich von unseren Genossen Adolf Hoffmann und Girsch nachweisen lassen, daß er eine selbst für das Interparlament ungläubliche Unkenntnis über politische und gewerkschaftliche Fragen besitzt.

Die weitere Erledigung des Etats der Forstverwaltung vollzog sich ohne Zwischenfall.

Am Montag fällt die Sitzung wegen des katholischen Feiertags aus. Am Dienstag sieht als erster Punkt eine Interpellation Ernst (S.) über das neueste Grubenunglück auf der Tagesordnung.

Die neue Regierung Elsaß-Lothringens.

Ueber die Veränderungen, die in der Regierung Elsaß-Lothringens vorgenommen worden sind, verdrödete Wolffs Telegraphen-Bureau gestern abend nachstehende Notiz:

Die schon bekannt, hat sich der Statthalter in Elsaß-Lothringen Graf von Wedel auf Wunsch des Kaisers bereit erklärt, noch einige Monate auf seinem Posten zu bleiben. Dem Staatssekretär Freiherrn Jörn von Sulach ist die nachgesuchte Dienstentlassung unter Verleihung der Krone zum Roten Adlerorden 1. Klasse erteilt, auch ist er vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats in die Erste Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtags berufen worden. Ferner hat Seine Majestät bei Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche dem Staatssekretär Dr. Petri den königlichen Kronenorden 1. Klasse und dem Unterstaatssekretär Wandel den Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse verliehen.

Der Unterstaatssekretär Ahler wird in seinem Amte verbleiben.

Zum Staatssekretär für Elsaß-Lothringen ist der Oberpräsident Graf von Roedern in Weidam ernannt; er wird auch die Leitung der Abteilung des Innern im Elsaß-Lothringischen Ministerium übernehmen. Zum Leiter der Abteilung für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten, die bisher vom Staatssekretär geleitet wurde, ist der zum Unterstaatssekretär ernannte bisherige Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Geheimrat Oberregierungsrat Freiherr von Stein angetreten. Die Entscheidung über den Nachfolger des Unterstaatssekretärs Dr. Petri ist noch vorbehalten.

Weitere Zuspitzung des Streites der Bischöfe.

Die Angriffe der gekrönten Bischöfe gegen den Kardinal Kopp werden immer robuster. Aller Respekt vor der kirchlichen Autorität schwindet. Des „Ernstes“ der gegenwärtigen Situation wegen folgt eine Erklärung der andern. Das „Westf. Volksblatt“ läßt sich, wie bereits gemeldet, von seinem Bischof Schulte jetzt in aller Form die „absolute Richtigkeit sämtlicher Angaben“, die es bisher in der Sache gemacht hat, bestätigen. Die Erklärung prangt in auffallendem Druck an der Spitze des Blattes. Mit anderen Worten, der Bischof Dr. Schulte unterschreibt die von dem „Westf. Volksblatt“ gegen den Kardinal Kopp erhobene Beschuldigung, daß er es in seinem Brief an den Grafen Oppersdorff mit der Wahrheit nicht gerade sehr genau genommen habe. Jedenfalls ein recht bedenklicher Vorwurf gegen den höchsten Kirchenfürsten Deutschlands!

Und das Baderborner Bischofsblatt fügt in derselben Nummer, in der es seinen Lesern die Bestätigung des Bischofs Schulte ferkert, gleich noch einige neue Etischeleien auf Se. Eminenz hinzu. Es meint:

„Wenn der Herr Kardinal seiner Aussprache gegenüber dem Bischof von Baderborn in dem Briefe vom 1. Dezember 1912 die Bedeutung beilegte, die er jetzt in dem Briefe an den Herrn Grafen von Oppersdorff ihr allem Anscheine nach beilegt, so ist es durchaus unbegreiflich, daß er über sie den Gesamt-Episkopat bis jetzt in Unkenntnis ließ, daß er länger denn ein volles Jahr vor den Mitgliedern der Fuldaer Konferenz völlig schweigend, daß er ein Brief des Herrn Grafen von Oppersdorff ihm dazu zu bringen vermochte, über eine so ernste und so folgenschwere Sache, deren amtliche Verantwortung auf ihm ruhte, sich zu äußern.“

Der Mut ist, wie es scheint, bei der Kölner Richtung im Zunehmen, die Schläge gegen den Kardinal, der den christlichen Gewerkschaften diesen unerhörten Streich spielte, verstärken sich mit dem Erscheinen jeder neuen Zeitungsummer. Wo so sich alle Bande frommer Scheu lösen, da müssen tatsächlich Befürchtungen umfassendster Art wachgerufen worden sein.

Die römischen Schildhalter der Kölner Färbung schrecken denn auch nicht mehr davor zurück, besondere Minen springen zu lassen. Der nachstehende geberdt gedruckte Satz im „Westf. Volksblatt“ ist dafür ein deutlicher Beweis:

„Wir können aus bestimmtester Kenntnis der Tatsachen noch hinzufügen, daß der Bischof von Baderborn über sämtliche Vorgänge, die mit der Interpretation vor und nach dem Essener Kongress zusammenhängen, dem Heiligen Stuhle von Anfang an und bis in die jüngste Zeit beghändig und rückhaltlos Bericht erstattete.“

Jugleich geht die Herkule „Essener Volksztg.“ mit aller Verbe gegen Kopp vor. Sie erklärt:

„Soweit wir unterrichtet sind, ist es zutreffend, daß der Papst den Frieden im Gewerkschaftsstreit wünscht und in diesem Sinne sich auch Bischof Schulte gegenüber bei dessen jüngstem Besuch in Rom ausgesprochen hat. Ohne Zweifel darf angenommen werden, daß die übrigen Mitglieder des Episkopates sich auf die Seite des angegriffenen Baderborner Oberhirten stellen.“

Das mag richtig sein. Sicherlich ist dem Vatikan der Streit im deutschen Episkopat durchaus zuwider, denn so klug ist man auch in Rom, daß man einseht, das Ergebnis der gegenseitigen Beschuldigungen werde unbedingt das Ansehen des hohen Klerus bedenklich beeinträchtigen. Auch die Mitteilung, daß die meisten Mitglieder des Episkopates mit Dr. Schulte sympathisieren, dürfte richtig sein; denn Kardinal Kopp hat in seiner Herrschaft gar manchem auf die Knieen getreten. Aber das alles schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß der Breslauer Fürstbischof in Rom starke Freunde hat und seine Auffassung der Gewerkschaftsfrage dort dominiert. Das gibt auch eine allem Anscheine nach aus dem Kölner Zentrumslager stammende Zuschrift an die „Köln. Ztg.“ zu. Es heißt dort:

„Die Kundgebung des Kardinals Kopp bedeutet eine Brückung des gesamten deutschen Episkopates, die, abgesehen von den zwei Parteigängern des Kardinals, von allen deutschen Oberhirten mehr als peinlich empfunden werden dürfte. Mehr als einer der durch den Koppischen Brief an den Grafen Oppersdorff bloßgestellten Bischöfe dürfte es bereuen, sich bei den Fuldaer Konferenzen gegenüber der von Jahr zu Jahr gestiegenen Heftigkeit Kardinal Kopp's nachgiebig gezeigt zu haben. Schon seit einiger Zeit sind in den beteiligten Kreisen Klagen über das gewalttätige Auftreten des Fürstbischofs von Breslau bei diesen Versammlungen geführt worden. Der Kardinal hatte mit zunehmendem Alter sich einen Ton angeeignet, der nicht nur die jüngeren Mitglieder der Fuldaer Konferenzen verstimmt, die Schärfe insbesondere, mit der er dem verstorbenen Kardinal-erzbischof von Köln, Fischer, wiederholt begegnete, führte zu unliebsamen Austritten und hinterließ bei den ruhiger gemühten Teilnehmern wenig erfreuliche Eindrücke. Kardinal Kopp ist alt und eigeninnig geworden, und da seine Ansichten sich mit jenen der derzeit maßgebenden Strömung im Vatikan decken, steht hinter diesem seinem Eigensinn die Autorität des Heiligen Stuhls, die von den polnischen Zwischenmännern, über die Graf Oppersdorff an der Kurie verfügt, mit Geschick zugunsten der Berliner Richtung beeinflusst wird. Das alles sind Dinge, die in kirchlichen Kreisen übel vermerkt werden. Der deutsche Episkopat dürfte es auf die Dauer nicht ertragen können, sich unter die Fuchel eines einzelnen Mannes beugen zu müssen, der das Ansehen seiner Sonderstellung nicht in den Dienst friedlichen Ausgleichs, sondern des Habers und der künstlich aufgebaute Mißverständnisse stellt. Es scheint, daß Kardinal Kopp seinen letzten Aufenthalt in Rom nach der Richtung hin benützt hat, daß er sich mit neuen und schärferen Instruktionen gegen die kirchlichen Gewerkschaften versah. Diese Entwicklung des alten, früher gerade wegen seiner Versöhnlichkeit und seines friedliebenden Sinnes hochgeschätzten Mannes weckt in kirchlichen Kreisen ernste Besorgnisse. Sie ist fast unverhätlich, wenn man den hohen Grad von Rücksichtslosigkeit beachtet, den Kardinal Kopp gegenüber seinen Mitbischöfen an den Tag legt, denen er letzten Endes das katholische Empfinden doch nicht dürfte absprechen können.“

In erster Stelle kommt hier der Bischof von Paderborn in Betracht, der allen Anlaß hat, sich über das wenig amüßliche Verhalten Koppes zu beklagen.

Zentrum und Konservative.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die dem Abg. Dr. Porck, dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, nahesteheude „Schlesische Volkszeitung“ in ihrer Nummer 43 vom 28. Januar einen Artikel, der besonders hinsichtlich der Frage „Zentrum und Wahlreform“ von großer Bedeutung ist. Das Breslauer Blatt gibt einer Zuschrift Raum, die sich mit der Rede des Grafen Schwerin-Löwig auf dem konservativen Parteitag befaßt. Der Graf hat dort das Bestehen eines Programms der „ganzen Demokratie“ behauptet, das so aussehen soll:

1. Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages bis zur vollen parlamentarischen Regierung;
2. Einschränkung der obersten Kommandogewalt des Kaisers und
3. Demokratisierung des preussischen Wahlrechts oder, wenn dies nicht zu erreichen, Mediatisierung Preußens und der übrigen Bundesstaaten durch Vernichtung ihrer finanziellen Unabhängigkeit.

Dazu bemerkt der Verfasser des Artikels, Graf Schwerin habe Einsicht genug, um zu erkennen, daß die konservative Partei für sich allein den Abwehrkampf gegen die „ganze Demokratie“ nicht zu führen vermag, sondern daß sie Unterstützung braucht einerseits von der Regierung und andererseits von den anderen, heute noch fest auf monarchischem Boden stehenden Volkskreisen und Parteien.“ Deshalb werfe er auch Nationalliberale und Zentrum nicht gleich zu den „Demokraten“, aber er wolle sie möglichst bald zu einer klaren, unzweideutigen Stellungnahme in diesem Kampfe zwingen.

Dazu bemerkt der Verfasser des Artikels der „Schlesischen Volkszeitung“, mit dem „demokratischen Programm“ habe das Zentrum nichts zu schaffen. Das Zentrum wolle 1. keine „parlamentarische Regierung“ anstreben, 2. wolle es die Kommandogewalt unangefastet lassen, und weiter:

„Das Zentrum will 8. Preußen nicht demokratisieren und auch nicht mediatisieren. Sein Verhalten in Sachen der Wahlreform können die Konservativen am wenigsten tadeln, da das Zentrum bei der letzten Verhandlung mit der konservativen Partei ein Wahlrechtskompromiß getroffen hatte.“

Das ist allerdings „klar“ genug. Auf den Schwinkel, daß das Zentrum bei der „Wahlreform“ nur deshalb mit den Konservativen zusammengegangen sei, um das Mögliche zustande zu bringen, verzichtet der Verfasser; er gibt unumwunden zu, daß das Zentrum den Konservativen zuliebe, auf deren Kampfgemeinschaft es entscheidenden Wert legt, eine wirkliche Reform hintertrieben hat. Auf den gleichen Ton ist ein weiterer Artikel gestimmt, der sich der Zuschrift anschließt und wie folgt beginnt:

„In der letzten Zeit scheinen Konservative und Zentrum nicht so zueinander zu stehen, wie es in beiderseitigem Interesse erwünscht wäre; denn darüber kann und darf kein Zweifel herrschen, daß es nach wie vor eine ganze Reihe von bedeutenden politischen Fragen gibt; in denen Zentrum und Konservative zusammenarbeiten müssen, soll nicht das gesamte Volkswohl erheblichen Schaden leiden, ungeachtet davon, daß sich auch ein großer Teil der beiderseitigen Programmpunkte nur dann wirksam nach außen zur Geltung bringen läßt, wenn beide Parteien die gegenseitige Fühlung nicht verlieren.“

Eindringlich mahnt das Zentrumsblatt, sich nicht wegen Kleinigkeiten herumzuzanken, sondern die Möglichkeit zu erhalten, daß wir in den anderen großen Fragen, wo unsere Interessen und Ziele die gleichen sind, Schulter an Schulter kämpfen können wie bisher. Möge das Verständnis hierfür den verantwortlichen Stellen, vor allem in der Presse nicht fehlen.“ Der Standpunkt des Zentrums in der Wahlrechtsfrage bleibt also: Zusammenarbeit und Verständigung nicht mit den Wahlrechtsfreunden und der Linken, sondern mit den Wahlrechtsfeinden — mit der Junkerpartei.

Der neue Oberpräsident von Brandenburg.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der Regierungspräsident von der Schulenburg in Potsdam, zu seinem Nachfolger im Präsidium der Potsdamer Regierung der Geheimere Oberregierungsrat und vortragende Rat im Landwirtschaftsministerium Freiherr von Jollenhausen ernannt worden.

Endlich seiner wahren Bestimmung zugeführt.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird offizielles Regierungsorgan. Bisher schon stellte das Blatt den sogenannten maßgebenden Personen der Regierungsbürokratie bereitwilligst seine Spalten zur Verfügung; nun aber wird es aller Form nach Publikationsorgan dieser Kreise. Die Uebernahme des Scherhanschen Verlages durch ein Konsortium gutgestimmter Regierungsfreunde, von der wir kürzlich berichteten, bestätigt sich nämlich. Herr Scherl wird die Leitung des Unternehmens niederlegen. Er gedenkt, wie es heißt, auf seinen Lorbeeren auszuruhen. An seine Stelle tritt Herr Geheimere Regierungsrat a. D. v. Krüger, früher vortragender Rat im preussischen Finanzministerium, der auch einen größeren Teil des Kapitals übernommen hat.

Wetterlé zitiert Keim vor den Strafrichter.

Gegen den Vorsitzenden des Deutschen Wehrvereins, General Keim, hat der eich-lothringische Führer Adde Wetterlé Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, die der Kläger in einem Artikel gefunden hat, den General Keim im „Tag“ veröffentlichte und der betitelt war: „Schwabe und Elässer“.

Liberaler Kultur für Jagow.

Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ versichert Herrn v. Jagow ihrer Zustimmung zu seinem Verbot der Auführung des Rosenwischen Dramas „Die im Schatten leben“. Sie schreibt:

„Zwischen der Auffassung des Bürgertums und der Sozialdemokratie über die Kunst und deren freie Betätigung besteht — das beweist dieses ganze Gefäch der sozialdemokratischen Presse wieder einmal schlagend — ein grundsätzlicher Gegensatz. Das Bürgertum prüft ein Kunstwerk auf seine künstlerischen Qualitäten hin, nicht auf seine Tendenz. Ob ein Stück vom Hohenstaufen-Patriotismus erfüllt ist, wie „Der Prinz von Homburg“, ob es liberal-philolemitische Tendenz hat, wie „Kathak, des Weils“, ob es einen so radikalen Grundton hat, wie „Die Weber“, das macht dem Bürgertum bei der Beurteilung des Kunstwerkes nichts aus. Der Wert dieser Stücke liegt ihm eben nicht in der patriotischen oder liberalen oder in der radikalen Tendenz, sondern in der Genialität, mit der der Dichter des Stoffes Herr geworden ist, denn nicht der Stoff macht das Kunstwerk, sondern das „Wie“ ist das Entscheidende.“

Ganz anders die Sozialdemokratie aber. Ihr ist die durch die Tendenz hervorgerufene Wirkung die Hauptsache. Ihr erscheint ein noch so roh zusammengeknümmertes sozialistisches Machwerk tausendmal wertvoller, als Goethes „Faust“ oder Schillers „Wallenstein“ oder Lessings „Minna von Barnhelm“ oder alle drei zusammengezogen. Ihr ist der Gewinn für die Parteizwecke die Hauptsache, nicht die Kunst... Wenn das Berliner Polizeipräsidium und das Oberverwaltungsgericht da nicht mitsmachen wollen, so wird das Bürgertum das nur billigen können.“

Das liberale Blatt bestätigt damit unser Urteil über die geistige Verlotterung unseres liberalen Bürgertums. Das Geschwäg von der rein künstlerischen Beurteilung dramatischer Dichtungen durch das Bürgertum und die banalste-tendenzlose Stellungnahme der Sozialdemokratie beweist nur, wie gewissenlos diese liberalen Schwärmer für Theaterzensur und Jagow'sche Kunstentmannung mit den Tatsachen umspringen.

Denn die literarische Kritik hat ja gerade dem Rosenwischen Stück dichterischen Wert zugestanden. Nicht seiner Tendenz wegen sollte es aufgeführt werden, sondern deshalb ist es gerade verboten worden! Niemals aber ist bisher ein burlesk-patriotisches, byzantinisches oder haubinitisches Machwerk seiner poetischen Wertlosigkeit wegen beanstandet worden!

Polizei und Oberverwaltungsgericht als literarische Kreppage wären denn doch auch eine zu groteske Erscheinung. Nein, sie verbieten einfach, weil ihnen die Richtung eines Stückes — und sei es auch nur eine eingebildete Tendenz! — nicht paßt. Und das findet ein liberales Blatt ganz in der Ordnung!

Die Abgeschmacktheiten des Blattes über die unkünstlerischen Auffassungen der Sozialdemokratie können wir um so mehr auf sich beruhen lassen, als der Sozialdemokratie von Kunstverständigen Bürgerlichen — sogar Konservativen! — wegen des Unterhaltungsstils ihrer Presse bekanntlich die größten Komplimente gemacht worden sind!

Wieder ein Kölner Polizeiprozess.

An den großen Kölner Polizeiprozess knüpfen sich eine Reihe kleiner Beleidigungsprozesse, von denen bereits einer vor dem Kölner Landgericht verhandelt wurde. Wegen Beleidigung des Polizeikommissars Botsch, des Polizeikommissars Epping und des Wirtes Epping hatte sich eine Frau Mecherhofer, Besitzerin einer Gastwirtschaft, zu verantworten. Die Frau fühlte sich durch die Polizei ihres Bezirks besonders scharf kontrolliert, während sie beobachtete, daß der Wirt Epping tun und lassen konnte, was er wollte. In ihrer Erregung sagte sie eines Tages zu einem Polizeiwachmeister, daß Epping wohl Paketchen zum Polizeibureau nach der Rainzer Straße schicke. Epping bestritt das in der Verhandlung. Er habe nur einmal der Frau des Kommissars geweihte Kerzen aus Koblenz mitgebracht. Die Schenkung sollte nur einen rein religiösen Charakter haben, da Epping augenleidend sei. Betreffs weiterer Behauptungen der Frau Mecherhofer über Inspektor Botsch ergab die Beweisaufnahme, daß Epping häufig mit dem Inspektor Botsch bei Fischer in der Passage zusammentraf. Eines Tages sandte dieser an Botsch, der krank war, acht bis zehn Flaschen Wein, die zu seiner Genesung dienen sollten. Trotz eindringlicher Vorstellung des Gerichts wollte sich Epping nicht mehr entschließen, ob er dieses Geschenk vor oder nach Erteilung einer Konfessionserweiterung gemacht hat. Ihm gegenüber beklagte Polizeiwachmeister Konrat, daß Epping ihm gesagt habe, es seien 50 Flaschen Wein gewesen.

Da das Gericht den Beweis für die Behauptungen der Frau nicht für voll erachtete, wurde sie wegen dreier Beleidigungen zu insgesamt 45 M. Strafe verurteilt.

Nach dem Kölner Polizeiprozess.

Gleich nach Beendigung des Kölner Polizeiprozesses hatte der Minister des Innern v. Dallwitz den Kölner Polizeipräsidenten und den Kölner Regierungspräsidenten nach Berlin befohlen. Das vorläufige Ergebnis der Unterredung ist, daß der Polizeipräsident v. Wegmann auf längere Zeit „in Urlaub“ geht. Er wird wohl aus diesem Urlaub nicht mehr zurückkehren.

Die Stellen der suspendierten Inspektoren sind durch Beamte aus Hannover, Magdeburg und Kiel besetzt worden. Wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt, sollen für diese gehobenen Posten nur noch ehemalige Offiziere eingestellt werden. Eine seltsame Maßregel, da eine ganze Serie von Skandalprozessen betrieften hat, daß die Offizierskaste alles andere als unschuldig ist.

Unser Kölner Vorkriegsblatt hat die Prozeßverhandlungen als Broschüre erscheinen lassen. Es wurden in wenigen Tagen fast 10 000 Exemplare abgesetzt, so daß sich sofort eine Neuauflage notwendig machte.

Das Rechtsbewußtsein des betrunkenen Soldaten.

Im scharfen Gegensatz zu dem Straßburger Urteil gegen die Gubernator Offiziere, denen attestiert wurde, daß sie das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungen nicht befehlen haben, wurde vom Kriegsgericht der 88. Division ein Rekrut, der betrunken aus der Kantine kam und sich gegen den Unteroffizier ungebührlich benahm, nach ihm acht und bei der Verhaftung Widerstand leistete, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht wagt an, daß ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung nicht gefehlt habe.

Siemens-Schuckert in Japan.

Paris, 31. Januar. Die Erpressungsaffäre, die vor einigen Tagen den Angestellten Richter vor die Berliner Gerichte führte, findet jetzt ihr Nachspiel in Japan und wirbelt dort viel Staub auf. So berichtet wenigstens der „Matin“, der folgende Depesche aus Tokio veröffentlicht: Der durch den Berliner Presseprozeß gegen den Stenographen Richter hervorgerufene Marinestandal erregt die Gemüter in Japan nach wie vor. In der Absicht, die Regierung zur Stellungnahme zu zwingen, beschuldigte vor einigen Tagen der japanische Abgeordnete Shimada im japanischen Parlament den Tokioer Vertreter der Telegraphenagentur Reuter, verschiedene Dokumente von ehemaligen Angestellten des Hauses Siemens-Schuckert erworben und sie später in erpresserischer Absicht an die Firma Siemens-Schuckert zurückverkauft zu haben. Der Marineminister Baron Saito hat die Richtigkeit dieser Beschuldigungen bestätigt und seine Erklärungen haben in der Kammer große Aufregung hervorgerufen. Der japanische Vertreter der Agentur Reuter, Pooley, ist im Kabinett des Untersuchungsrichters verhaftet worden. Man erklärt sogar ganz offen, daß der Standal noch einen anderen Hintergrund habe und daß noch größere Enthüllungen unmittelbar bevorstehen. Die Situation ist sehr kritisch. Es haben eine ganze Anzahl von Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Angelegenheit beschäftigten.

Die Folgen des Skandals.

Tokio, 31. Januar. Die Stellung des Ministerpräsidenten und des Marineministers erscheint nunmehr gefährdet. Die gesamte Öffentlichkeit Japans ist stark erregt. Die Ankunft der Dokumente des Berliner Gerichts am 10. Februar wird mit großer Spannung erwartet. Die Flottenuntersuchungskommission hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Schweiz.

Sozialdemokraten als Geschworene.

Richtigter sollte es heißen: als Nicht-Geschworene. Denn, wie die Verhandlungen des Züricher Kantonsrats gezeigt haben, wird selbst in diesem demokratischen Lande das gleiche Recht der Bürger zur Ausübung des Richteramtes durch Parteitreiber zunichte gemacht. So berichtete Genosse Dr. Studer, daß ihm ein Staatsanwalt auf seine Frage, wie fast nie Sozialdemokraten als Geschworene fungieren, erwiderte: er freche grundsätzlich alle Sozialdemokraten von der Liste, da sie für dieses Amt nicht fähig seien. Der Staatsanwalt hat nämlich das Recht, nach seinem Belieben zwölf Namen von den ausgetretenen Geschworenen zu streichen. Studer forderte daher, diese unbegründete Verfügung im Gesetz zu beseitigen. Dr. Erdler bestätigte Studers Feststellung und teilte mit, daß auf der Liste jeder Geschworene mit seiner Parteizugehörigkeit aufgeführt werde, um dem Staatsanwalt die Streichung der Namen zu erleichtern. Genosse Obergerichtspräsident Lang betonte, daß dies Verfahren nicht allein eine Beleidigung unserer Partei, sondern auch eine Fälschung des Gedankens der Schwurgerichte ist. Er forderte, daß der Regierungsrat die Staatsanwälte auffordere, ihre ungesetzliche Praxis aufzugeben, und im Falle der Widerständigkeit von ihrer Wiederbestellung (die Ernennung erfolgt nur auf Zeit) absehe. Regierungsrat Mouchon erklärte, wie ihm der Erste Staatsanwalt mitgeteilt habe, sei eine Verfügung in diesem Sinne nie ergangen. Es seien ja auch eine ganze Reihe sozialdemokratischer Kantonsmitglieder schon Geschworene gewesen. Eine „unbedachte“ Äußerung, wie Studer sie berichtete, werde vom Regierungsrat entschieden mißbilligt. Es kommt freilich weniger auf eine formelle Verfügung, als auf tatsächliche Praxis an. In dieser wußte Genosse Lang noch mitzuteilen, daß nach einer unter seiner Obmannschaft erfolgten Freisprechung der Staatsanwalt erklärt haben soll: „Dieser Sozialdemokrat kommt nicht mehr ins Schwurgericht“.

Norwegen.

Steigerung der Rüstungsausgaben.

Unter dem Eindruck, den die Rüstungsagitation in Schweden gemacht hat, ist nun eine ähnliche Strömung in Norwegen entstanden. Die strategische Lage ist ja ungefähr die gleiche und die russische Bedrohung der skandinavischen Territorien trifft in gleichem Maße Norwegen wie Schweden. Die rüstungsfreundlichen Kreise sind hier wie dort vorhanden und insbesondere sind sie dann fanatische Anhänger militärischer Rüstungen, wenn die Kosten auf die breite Masse abgewälzt werden können. In Christiania wird nun Ebon Hedra, der schwedische Rüstungsbeher, demnächst auf Einladung der Studenten einen Vortrag halten. Aber es bedürfte gar nicht seiner Rede, um die Norweger zu vermehrten Rüstungen zu bekehren. Das zeigt das Marinebudget, das neben von der Regierung beraten wurde, um demnächst dem Parlament vorgelegt zu werden.

Die Ausgaben lauten auf 7,5 Millionen Kronen, das ist eine Steigerung von 715 700 Kronen. Für Neubauten werden gefordert 300 000 Kronen für Minenleger, 80 000 Kronen für Hydroaeroplane, 500 000 Kronen für die Kiellegung von Unterwasserbooten und 120 000 Kronen für Minen- und Torpedomaterial. Die Marineübungszeit der Wehrpflichtigen soll von 6 Monaten auf ein Jahr erhöht werden. Und zu gleicher Zeit beginnt eine Agitation für eine befestigte Marinestation im Parlament, wo der Kriegsminister bereits interpelliert wurde wegen der Versäumnisse auf diesem Gebiete. Nach dieser Interpellation soll sich das Land „in der einzig-denkenden“ Lage befinden, eine befestigte Hauptstation der Marine nicht zu besitzen. Und selbstverständlich soll nun das nachgeholt werden. Der Kriegsminister verzweigte die Aussage, weil die Frage noch im Instanzenwege geklärt wird.

Die Militärkommission des Parlaments beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage neuer Rüstungen. Sie hat bisher Erwägungen darüber angestellt, welche Kosten durch eine Verlängerung der Übungen der Rekruten auf 60 resp. 90 Tage entstehen würden. Falls die Rekrutenübungen aller Waffen auf 90 Tage festgelegt würden, erhöhten sich die Kosten um 1 035 000 Kronen, wozu dann noch einige weitere Mehrausgaben für vermehrte Übungen kommen würden; man kann deshalb auf eine Erhöhung der Kosten um 2 Millionen Kronen rechnen, falls die Reserve in Angriff genommen wird.

Die Landesverteidigungsmassnahmen sind aber auch hier im fortwährenden Steigen begriffen. Unsere Parteigenossen bekämpfen diese Politik mit aller Schärfe; sie fordern die Abrüstung und lehnen alle anderen Forderungen ab.

Bulgarien.

Der Gewaltstreich der Regierung.

Sofia, 31. Januar. (B. L.) Vier Führer der bulgarischen sozialdemokratischen Partei sind auf Befehl der Regierung verhaftet worden. Die Verhaftungen erfolgten wegen der von den Sozialisten gegen den König und die Regierung betriebenen Agitation.

Südafrika.

Nach der Deportation.

Kapstadt, 31. Januar. Die Maßnahmen der Regierung Botha gegen die Streikführer haben einen engeren Zusammenschluß der Opposition zur Folge gehabt. Die Verbannten, wird die Herkog-Partei in Zukunft in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Arbeiterpartei im südafrikanischen Bundesparlament eine scharfe Opposition gegen das Kabinett Botha betreiben.

Letzte Nachrichten.

Eine Skandalaffäre in Böhmen.

Prag, 31. Januar. (B. L. B.) Gegen den seit einer Woche fälligen Amtsdirektor von Franzensbad, Dr. Habi, wurde bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Betruges, Dokumentenfälschung und versuchten Giftmordes erstattet. Auch gegen die Witwe des verstorbenen Franzensbader Arztes Dr. Diefle, welche Dr. Habi auf seiner Flucht begleitet, ist die Untersuchung eingeleitet worden. Ein Offizier des Egerer Kreisgerichtes, welcher in der Angelegenheit verwickelt ist, wurde des Dienstes entlassen. Habi soll unter anderem das Testament des Dr. Diefle zugunsten der Witwe gefälscht haben. Zwei Zeugen sagten aus, Dr. Habi habe ihnen je zweitausend Kronen für Beschaffung von Gift versprochen. Dr. Habi ist von seiner Gattin geschieden und unterteilt mit der Witwe des Dr. Diefle ein Verhältnis.

Podenerkrankungen in Tampico.

Washington, 31. Januar. In Tampico (Mexiko) ist ein Ausländer an den Poden gestorben. Kommandant Kestler berichtet von 64 weiteren Erkrankungen. Das Hospitalschiff „Solace“ befindet sich dort, die amerikanischen Seeleute erhalten keinen Landurlaub.

Apotheker Kumbler's „Berliner Stahlbrunnen“

seit 28 Jahren von bewährter Heilkraft bei

Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden, Magen-, Darm-, Leber-, Gallenstein-, Nieren- und Blasenleiden, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Lungenkatarrh, Atembeschwerden, Herzleiden, :: Leiden der Wechseljahre, Epilepsie, Schlagader-Verfälschung, Zuckerkrankheit ::

Bequeme Hauskur ohne Diät. — Garantiert unschädlich. — Aerztlich empfohlen.

Einige Erfolg-Bestätigungen,

wie sie uns täglich einlaufen, sämtlich streng wahrheitsgemäß. Originale können eingesehen werden.

Seit 12 Jahren litt meine Frau an **offenen Füßen**, und durch Ihren Berliner Stahlbrunnen ist sie vollständig wieder hergestellt worden, was ich hiermit jedem Leidenden empfehlen kann.

Berlin, 18. Dezember 1913. F. Friedrich.
Gerichtstraße 17.

Wägen Sie, bitte, die leeren Flaschen abholen lassen, es sind ca. 60 Stück. Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß der Berliner Stahlbrunnen mir und meiner Frau sehr gut geholfen hat und wir beide recht gesund geworden sind; wir haben bereits mehrere Jahre unser Leiden gehabt, **Reissen, Gicht** und **sonst alles**, sind jetzt aber gesund und dankbar bis auf weiteres. Wir werden jedem Kranken den Berliner Stahlbrunnen empfehlen und bitten, dies zu veröffentlichen.

Berlin, 13. Dezember 1913. Hermann Neumann.
Ritterstraße 88.

Teile Ihnen hierdurch mit, daß Ihr Stahlbrunnen mir bei **Rheumatismus**, meiner Frau bei **hartnäckigem Nervenleiden** sehr gute Dienste getan hat (bei einem Verbrauch von je 60 Flaschen). Kann die Kur jedem Leidenden aufs beste empfohlen.

Strehlen i. Schlesien, 10. Dezember 1913. F. Brantschek, Bäckermeister.

Erteile Ihnen hiermit die Erlaubnis zur Veröffentlichung meines Erfolges bei 3 Sendungen (90 Flaschen). **Symptome: Verstopfung und allgemeine Schwäche.**

Berlin, 10. Dezember 1913. Drangelstraße 112. Wagen-Lademeister Paul Lenz.

Ihr Berliner Stahlbrunnen ist mir gut bekommen, besonders gegen meine **Appetitlosigkeit und Stuhlverstopfung**. Sollte ich gegen mein Leiden mal wieder keinen Rat wissen, so werde ich wieder Ihren Berliner Stahlbrunnen bestellen und habe ihn auch schon viel empfohlen.

Schöneberg, 28. Oktober 1913. Frau Viol.
Hauptstr. 117, Quergebäude 1.

Auf Ihr Schreiben teile ich ergebenst mit, daß ich es gern erlaube, meinen guten Erfolg Ihres Berliner Stahlbrunnens zu veröffentlichen, denn man kann denselben jedem Leidenden mit gutem Gewissen empfehlen.

Schöneberg, 9. Dezember 1913. Frau Viol.
Hauptstr. 117, 1 Treppe, Quergebäude.

Nach meiner Ueberzeugung hat mir Ihr Berliner Stahlbrunnen sehr gut geholfen bei **Leberschwelung, Herz- und Magenleiden, Nervosität, Schwindelanfällen**, und bin bereit, die Kur zu wiederholen. Bitte daher um Zusendung von 60 Flaschen.

Berlin, 2. November 1913. H. Gohr.
Bornemannstr. 9.

Auf Ihr werthes Schreiben vom 25. d. Mts. bin ich gern bereit, folgendes mitzuteilen: Ich gebe nicht nur meine Einwilligung zur Veröffentlichung, sondern bin hoch erfreut, der Menschheit damit einen guten Dienst zu tun. Ich wünsche jedem Patienten, der die Kur anwendet, genau so wie mir, einen guten Erfolg.

Berlin, 25. November 1913. H. Gohr.
Bornemannstr. 9.

Ich muß Ihnen mit herzlichem Dank schreiben. Ich litt 4 Jahre an **Rheumatismus und Gicht** und **Herzkrankheit** und habe Gefundung nur Ihrem Stahlbrunnen zu verdanken. Ich fühle mich, Gott sei Dank, wie neugeboren. Es ist das Beste von allen Mitteln, die ich schon angewandt habe. Ich brauche keinen Tee mehr, wo ich früher ohne Tee nicht leben konnte. Kurzum, Ihr Stahlbrunnen ist einfach großartig. Bitte senden Sie mir noch 30 Flaschen.

Berlin, 29. August 1913. Frau Aug. Sowalski.
Reisenburger Straße 12.

Ich bestätige Ihnen hiermit, daß schon nach Gebrauch von 15 Flaschen Ihres Berliner Stahlbrunnens ich Besserung verspürte. Meine **Magen- und Kreuzschmerzen** waren nicht mehr so schlimm, Essen und Trinken schmeckt wieder, daher kann ich jedem Leidenden nur Ihren Berliner Stahlbrunnen mit gutem Gewissen empfehlen.

Berlin, 20. Juni 1913. Emil Grzschok.
Orlitzer Weg 46. III.

Die 90 Flaschen Berliner Stahlbrunnen haben meinem Mann sehr gute Dienste gegen **Rheumatismus und Kopfschmerzen** getan.

Schöneberg, 23. Dezember 1913. Frau Spiegel.
Hauptstraße 104.

Ich teile Ihnen ergebenst mit, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen bei meinem **nervösen Magenleiden, Brust- und Rückenschmerzen** sehr gute Dienste getan hat, so daß ich ihn jedem empfehlen kann. Ich selbst werde die Kur im Herbst wiederholen. Ich gestatte Ihnen, von meinem Schreiben Gebrauch zu machen.

Berlin, 15. Juli 1913. gez. Frau C. Müller.
Hufelandstraße 46.

Bei unserem jetzt zehnjährigen Töchterchen, das bis zu seinem neunten Lebensjahre stets gesund gewesen war, traten im November 1912 plötzlich **heftiges Nervenleiden und Veitstanz** auf. Allmählich wurde das Kind so **blutarm und bleichsüchtig** und nachher auch so **herzleidend**, daß es schneeweiße Lippen bekam, das Blut unter den Nägeln auch weiß ausah und die Gesichtsfarbe fahl und gelb wurde. Die Ärzte konnten dem Kind wegen der bedrohlichen Herzschwäche keinerlei wirksame Heilmittel mehr eingeben und nahmen uns jede Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens. Unser Töchterchen magerte vollständig ab und wurde immer kraftloser. Von Weihnachten an ließen wir das Kind in ein Krankenhaus aufnehmen, nahmen es aber im Februar ds. Js. wieder heraus, weil wir auch dort leider keinen Fortschritt zum Besseren konstatieren konnten.

Im Februar ds. Js. entschloß ich mich darauf im Einverständnis mit dem behandelnden Arzte, das Kind Apotheker Kumbler's Berliner Stahlbrunnen trinken zu lassen, mit dem ich persönlich vor etwa drei Jahren so gute Erfahrungen gemacht hatte. Die Kleine trank $\frac{1}{2}$ - 1 Flasche täglich, ihr Zustand wurde von nun an zusehends besser, sie bekam wieder Appetit, verdaute die genossenen Speisen besser als bisher, Fingernägel, Lippen, Wangen, überhaupt der ganze Körper bekamen wieder ihre frühere frische Farbe. Unser Kind sieht sich heute, nachdem es etwa 60 Flaschen getrunken hat, **körperlich derartig wohl und kräftig**, daß es wieder fröhlich und munter spielt, und gegen die Zeit seiner Krankheit gar nicht wieder zu erkennen ist. Wir schreiben den **wunderbaren Erfolg** nur der Kur mit Ihrem legendären Brunnen zu, den das Kind deshalb auf Wunsch des Arztes weiter trinken kann. Der behandelnde Arzt des Kindes und der Schularzt haben bei der letzten Untersuchung irgend welche krankhaften Erscheinungen, insbesondere irgend einen Herzfehler, nicht mehr feststellen können, unser Kind ist wieder ganz gesund.

Wir teilen Ihnen diesen glücklichen Erfolg voller Freude mit und wir gestatten Ihnen aus Dankbarkeit sehr gern, von dieser Erfolgserstättigung jeden Ihnen gutsehnenden Gebrauch zu machen.

Berlin, 26. Juni 1913. gez. Otto Woroh, Verwalter.
Frobenstraße 30.

Meine Mutter und ich bezogen vor einigen Wochen 60 Fl. von Ihrem Stahlbrunnen. Meine Mutter gegen **Gicht**.

Er ist ihr wie immer (sie hatte schon einmal 60 Flaschen vor 2 Jahren getrunken) **sehr gut bekommen**. Da ihr Reizen sich schon bedeutend bessert, will sie noch weitere 30 Flaschen trinken, und bitte ich um Lieferung von 30 Flaschen und Abholung der 60 leeren Flaschen. Nachdem meine Mutter diese zu liefernden 30 Flaschen getrunken hat, werde ich Sie ersuchen, das gleiche Quantum für mich zu liefern, da ich mich nach den ersten 30 Flaschen schon **bedeutend wohler, frischer und kräftiger** fühle. Ich war vorher stets matt und schläfrig infolge **grosser Blutarmut** und hoffe, diesem Uebel nun allmählich ganz abzuhelfen. Ich werde Ihren Brunnen nur immer empfehlen. Ich stelle Ihnen anheim, von diesen Angaben Gebrauch zu machen.

Berlin, 15. Juli 1913. gez. Jänioke.
Wilhelm-Stolze-Straße 17.

Mit Freuden bestätigen wir gern hiermit, daß uns der Berliner Stahlbrunnen bei unseren Leiden — bei **Nieren-, Gallensteinen und chronischen Darmschwellungen** vorzügliche Dienste geleistet hat. Wir können dem Herrn Apotheker Kumbler nicht genug dafür danken. Wir können ihn nur jederzeit bestens empfehlen.

Berlin, 26. Mai 1913. Frau Czernofski.
Antonstraße 6, Hof 2 Treppen.

Ich erlaube hierdurch, die leeren Flaschen abholen zu lassen, gleichzeitig bemerke ich, daß mir die Kur sehr gute Dienste gegen meinen **Rheumatismus** getan hat, so daß ich mich entschlossen habe, diese bei jedem Jahr zu wiederholen. Ich gestatte Ihnen, wenn Kurverfolg in 3 Tagen Angelegen zu veröffentlichen.

Berlin, 16. März 1913. Emil Umanns, Pasteurstr. 39. IV

Ich bestätige Ihnen hiermit, daß schon nach Gebrauch von 15 Flaschen Ihres Berliner Stahlbrunnens ich Besserung verspürte. Meine **Magen- und Kreuzschmerzen** waren nicht mehr so schlimm, Essen und Trinken schmeckt wieder, daher kann ich jedem Leidenden nur Ihren Berliner Stahlbrunnen mit gutem Gewissen empfehlen.

Berlin, 20. Juni 1913. Emil Grzschok.
Orlitzer Weg 46. III.

Verzeihen Sie, daß ich Sie so lange auf mein Schreiben warten ließ. Ich wollte sehen, ob sich Rückfälle einstellten würden, was bis jetzt noch nicht der Fall ist, wofür ich herzlich danke. Ich litt an so hartnäckiger **Verstopfung**, hatte oft **4-5 Tage keinen Stuhl**, dazu **Kopfschmerzen und Rückenschmerzen**. Ferner litt ich an **Verdauungsstörungen** und an **Schlaflosigkeit**. Schon nach Verbrauch von 30 Flaschen Ihres „Berliner Stahlbrunnens“ verspürte ich Besserung, nun hat mich der Gebrauch von 60 Flaschen wieder hergestellt, Essen und Trinken schmeckt wieder und schlafen kann ich auch sehr gut. Ich werde jede Gelegenheit wahrnehmen, Ihren Brunnen zu empfehlen.

Potsdam, 7. Februar 1913. Maria Gothan.

Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich durch Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ von meinem **Herz- und Magenleiden** derartig hergestellt bin, daß ich seit einigen Wochen meinem Dienst wieder vorstehen kann. Ich war sehr **matt**, hatte **keinen Appetit** und **schwitzte** bei der geringsten Anstrengung. Nachdem ich ungefähr 10 Flaschen getrunken hatte, machte sich auch der überdringende **Nachtschweiß** nicht mehr bemerkbar. Vor mehreren Jahren hatte ich Ihren Brunnen schon mit Erfolg angewandt und kann ihn jedermann empfehlen.

Sindow (Mark), 30. Januar 1913. Lemke,
Gendarmereiwachststr.

Bin sehr zufrieden mit der Brunnenkur, mein **Allgemeinbefinden** hat sich enorm gebessert, was bei meinem Körperzustand und **Lähmung** viel sagen will. Auch den **krankhaften Fettsatz** habe viel verloren.

Neudöln, 26. Januar 1913. Frau Martha Altmann.
Reuterstraße 84.

Ich litt an **großer Blutarmut** und konnte **nicht schlafen**, auch hatte ich **heftige Magenschmerzen** und konnte fast kein Essen mehr vertragen. Nachdem ich 120 Flaschen von Ihrem „Berliner Stahlbrunnen“ getrunken habe, habe ich wieder Blut bekommen, der Schlaf hat sich wieder eingestellt und die Magenbeschwerden sind besser geworden. Ich bin 61 Jahre alt.

Meine Tochter trank 60 Flaschen „Berliner Stahlbrunnen“ gegen **rheumatische Rückenschmerzen**. Schon bei der 8. Flasche machte sich der Erfolg bemerkbar und besserte sich täglich zusehends. Jetzt kann sie sich wieder flink bewegen. Meine Tochter wird die Kur im Frühjahr wiederholen. Wir sind Ihnen sehr dankbar und werden Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ mit gutem Gewissen weiter empfehlen.

Berlin, 5. Januar 1913. Fr. E. Zepernick.
Gohlwolskystr. 24. IV.

Auf Ihre gütige Anfrage teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen nicht nur die Erlaubnis gebe, sondern ich möchte Sie sogar bitten, meinen **guten Erfolg** mit Ihrem Berliner Stahlbrunnen zu veröffentlichen. Ich danke Gott, daß ich durch Zufall Ihr Inserat in der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ vom 18. August gelesen habe, ist mir doch durch die Kur so gut geholfen worden. Ich werde Ihren Brunnen überall empfehlen.

Berlin, 16. Januar 1913. Frau E. Zepernick.
Gohlwolskystraße 24. IV.

Ich bezog von Ihnen 4 Kisten à 30 Fl. Berliner Stahlbrunnen. Ich habe Ihren Stahlbrunnen weiterempfohlen, und wenn Sie von hier noch nicht Aufträge erhalten haben, werden Ihnen solche wohl bald zugehen. Nachstehend's Schreiben können Sie veröffentlichen, denn sehr viele Patienten wissen von Ihrem Brunnen nichts. Ich habe gelegentlich von einem Piarer Ihre Adresse erfahren.

Hohensta. 20. Septbr. 1912. W. Drews,
Kirchhoffstraße 4. Inspektor.

Ich litt seit **30 Jahren** an **chronischem Magen- und Dickdarmkatarrh** verbunden mit **hartnäckiger Stuhlverstopfung, Blutandrang** nach dem Kopfe, **heftigen Kreuzschmerzen** und **allgemeiner Körperschwäche**. Ich konnte zuletzt die Stelle eines Landwirtschaftsinspektors nicht mehr ausfüllen und brach mich 13 Wochen nach Posen zu einem Spezialarzt. Habe Karlsbader, Rißinger und Marienbader Brunnen getrunken, aber dieselben wirkten bei der hartnäckigen Verstopfung nicht genügend. Ihr Stahlbr. hat alle anderen Brunnen übertroffen, er hat mir außerordentliche Dienste getan, und ich kann ihn ähnlich Leidenden nur empfehlen. Ich hatte mit dem Leiden durch ein kaltes Glas Bier zugezogen.

Hohensta. 20. September 1912. W. Drews,
Wirtschaftsinspektor. Kirchhoffstraße 4.

Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen auch dieses Jahr wieder gute Dienste gegen **Gliedersteifheit** getan hat, und bitte um Abholung der leeren Flaschen.

Berlin, 17. Dezember 1913. Fr. Schulz.
Hochstr. 32d.

Drucksachen mit weiteren stellen-eigenen Inhalten.

Wir liefern für **Groß-Berlin frei Haus** und nehmen die leeren Flaschen zurück. Für **Stadtmittleres** erfolgt tägliche Zustellung, für **Stadtäußeres** zweimalige Zustellung à 15 Flaschen (Pfund 1.50), für **Vororte** Zustellung von 30 Flaschen zusammen (Pfund 3.00), für **Provinz oder Ausland Bahnkiste** à 30 Flaschen (Pfund 5.00) frei zur Bahn. Der Kurpreis für mindestens 30 Flaschen ist voranzuzahlen und kostet 30 Flaschen 10.— Mark, 60 Flaschen 17.—, 90 Flaschen 24.—, 120 Flaschen 30.—, Nachbestellungen vor Ablauf von 10 Wochen sind 2.— Mark billiger.

„Berliner Stahlbrunnen“ (Apotheker Kumbler's Erben) G.m.b.H., bisher (28 Jahre lang) Berlin, Marienstr. 30
jetzt Berlin-Treptow, Treptower Chaussee 41 (zwischen Bahnhof Treptow und Spreetunnel)

Reinbreit-Anschlüsse Amt Reichplatz 9636 und 9637. Fabrik anerkannt 1885.

Gewerkschaftliches.

Trau, Schau, wem!

Mittelständler, Jüntler auf allen Gebieten, entpuppten sich in der letzten Zeit immer mehr als die eifrigsten Schleppenträger der Reaktion. Im Kampfe gegen Koalitionsrecht und gegen Sozialpolitik verhielten sie, die großindustriellen Scharfmacher und arbeiterfeindlichen Junker gar noch zu überbieten. Die Gründung und das Programm des „Kartells der schaffenden Stände“, in dem der Reichsdeutsche Mittelstandsverband eine große Rolle spielt, haben deutlich genug enthüllt, wessen sich die Arbeiterschaft von dieser Seite zu versehen hat. Unter lärmenden Ausrufungen haben die christlichen Gewerkschaften denn auch gegen die Bestrebungen des Kartells demonstriert, öffentlich, vor verammeltem Publikum. Und was geschieht nun? Von ultramontaner und katholisch-kirchlicher Seite wird das Kartell gegen Koalitionsrecht und Sozialpolitik unterstützt. Am 24. und 25. Januar 1914 tagte in Essen der Verband der katholischen kaufmännischen Vereinigungen.

Unter ausdrücklicher Zustimmung der Vertreter aus der Handlungsgehilfenschaft, so berichtet die „Köln. Volksztg.“, erklärte der Ausschuss, daß er in der Entwicklung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes das erfreuliche Anzeichen einer erstarkenden Mittelstandsbeziehung erblicke. Demgemäß werden die Ortsvereine aufgefordert, sich den Ortsstellen des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes anzuschließen. Auch begrüßte er die Bestrebungen, welche eine Gemeinschaftsarbeit der einzelnen Berufsstände zum Ziele haben. In dieser Hinsicht wird, so heißt es in der angenommenen Entschließung, das sogenannte Kartell der schaffenden Stände eine hohe Aufgabe erfüllen, wenn es an der Grundanfassung festhält, daß alle Stände durch eine Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Interessen verbunden sind. Diese Interessengemeinschaft besteht nicht nur zwischen den selbständigen Erwerbsstufen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk, sondern auch zwischen diesen und den arbeitnehmenden Berufsständen. In der Voraussetzung, daß das Kartell der schaffenden Stände auf dieser Grundlage seine Aufgabe nach wie vor zu erfüllen sucht, hält der Verbandsausschuss die weitere Mitarbeit des Verbandes an diesen Bestrebungen für dringend notwendig und empfiehlt das gleiche seinen angeschlossenen Ortsvereinen.

Handlungsgehilfenvertreter „begreifen“ die Gründung des erwähnten Kartells und seine Bestrebungen und schließen sich der Koalition der Scharfmacher an. Fehlt noch zu erwähnen, daß alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften verpflichtet sind, den katholischen Berufsvereinigungen anzugehören. Was diese Verpflichtung bedeutet, davon gibt der geschilderte Vorgang eine Kostprobe.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik bei Veermann in Treptow.

Die Firma Veermann scheint sich auf den „Run-gerade-nicht“-Standpunkt stellen zu wollen. Der Direktor hat jegliche Verhandlungen glattweg abgelehnt, den Streik als „frivol“ und die Klagen der Arbeiter für „Schwindel“ erklärt. Man sollte dieses Verhalten nicht für möglich halten, angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter nicht nur moralisch, sondern auch gesetzlich mit ihren Forderungen im Recht sind. Daß sie weiter nichts wollen als ihr gesetzlich gewährleistetes Recht, geht schon daraus hervor, daß es sich bei den Differenzen nicht um Forderungen auf höheren Lohn oder kürzere Arbeitszeit handelt, sondern schlichtweg um Einhaltung einer gesetzlichen Bestimmung, wonach bei Fertigstellung eines Auftrags eine vollständige Abrechnung zu erfolgen hat. Was würde z. B. die Firma Veermann sagen, wenn ihre Auftraggeber Vorschüsse, die eine Konkurrenzfirma ausgenommen hätte, ihr (der Firma Veermann) abziehen würde? Ist es dann nicht geradezu ein Stück aus dem Tollhause, Arbeiter Vorschüsse abzurechnen, die andere verbraucht haben? In einer am Sonnabend abgehaltenen und vollzählig besuchten Versammlung der Ausständigen stimmte denn auch die Empörung über eine solches System lichterloh auf und machte sich in bitteren Worten Luft. Behr er d t gab den Situationsbericht. Er erklärte,

daß, nachdem die Firma sich aufs hohe Ross setzte und jede Verhandlung ablehnte, die Arbeiter gar keinen Grund hätten, in den Betrieb zu laufen, sondern ruhig abzuwarten würden, bis der Stolz des Herrn Direktors sich gelegt habe. Wenn der Streik sich erst am Profit bemerkbar mache, werde sich der Herr schon besinnen. Im so mehr, als mit den gewordenen Streifbrochern und den paar allen Arbeitsverträtanen der Betrieb sich doch nicht aufrechterhalten ließe. Mehrigens haben die Kommissionsmitglieder die Arbeit nicht niedergelegt, wie irrtümlich in der bürgerlichen Presse mitgeteilt wurde, sondern sie sind entlassen worden. Interessant, aber nicht neu ist die Tatsache, daß der Bund der gelben Werkerbereine sich die Streifbrocherbermittlung angelegen sein läßt. Während ungefähr 30 Mann arbeiten, stehen 310 geschlossen im Ausstand.

Die Diskussion bestätigte die Zustände, die wir bereits als ungeheuerliche bezeichnet haben. Infolge dieser Zustände waren Wochenlöhne an der Tagesordnung, die als beschämend bezeichnet werden müßten. So gingen Arbeiter nicht selten mit Löhnen von 8 bis 12 M. am Wochenschluß nach Hause. Ein Arbeiter verlas Lohnzettel, nach denen verdient wurde: in 3 Tagen 7,50 M., in 9 Tagen 11,32 M., in 8 Tagen 14,36 M., in 9 Tagen 8,32 M. usw. und das in einem Betriebe, der Staatsarbeiten liefert, zurzeit fast nur Militärlieferungen in Auftrag hat und darum (nach einem bekannten Ausspruch) „Rusterbetrieb“ sein sollte. — Bei den Drechern und Fräsern wurde einmal sogar versucht, nachdem die Abrechnung bereits abgeschlossen war, Vorschüsse, die Arbeiter von anderen Branchen (!) ausgenommen hatten, anzurechnen. Erst auf den heftigen Protest der betreffenden Arbeiter wurde von dieser Maßnahme abgesehen.

Es kam auch noch ein weiterer Fall zur Sprache. Ein Arbeiter hatte einen Akkord angefangen. Da wurde er krank und ein Kollege erhielt die Arbeit. Ein Meister versicherte, daß nur 25 M. Vorschuß darauf ständen. Wenn der Arbeiter nicht zurechtkomme, werde er es bei einer anderen Arbeit wieder gutmachen. Der Arbeiter fragte bei seinem kranken Kollegen an und erhielt die Mitteilung, daß auf dem betreffenden Akkord schon 51 M. Vorschuß ständen. — Daß die Verhältnisse bei der Firma schlecht sind, zeigt der Umstand, daß die gewordenen Streifbrocher schon nach kurzer Frist wieder den Betrieb verlassen, weil sie nicht zurechtkommen. Es werden denn auch verzweifelte Anstrengungen gemacht, um Arbeitswillige zu lapern. Selbst in der Wohnung werden solche gesucht und umworben.

Joseph der Vertreter des Firisch-Dunderschen Gewerksvereins, ergänzte den Situationsbericht noch im einzelnen. Die Situation gelte sich für die Arbeiter gut. Die paar Leute, die im Betrieb seien, könnten die Firma nicht retten, und die Kräfte, die reingingen, gingen fast ebenso schnell wieder heraus, weil sie nichts verdienten. Die Arbeiter könnten mit aller Ruhe dem Verlauf der Dinge zusehen. — An dem Streik ist auch die „Polnische Berufsvereinigung“ beteiligt.

Der Tarifkampf bei der Firma Sperlich, Fleisch- und Wurstzentrale, Brunnenstraße 76, geht weiter. Herr Sperlich ist zu einer Verständigung und Einigung nicht zu bewegen. Im Gegenteil, im Laufe dieser Woche wurden die organisierten Fleischergesellen, welche noch bei der Firma Sperlich beschäftigt waren, entlassen. Herr Sperlich bekennt sich somit offen als Gegner der organisierten Arbeiterschaft. In seinem Laden hat Herr Sperlich ein Plakat ausgehängt, worauf geschrieben steht, die tägliche Arbeitszeit betrage circa 12 Stunden. Dies trifft nicht zu. Die Arbeitszeit bei der Firma Sperlich beginnt morgens von 7 bis 7 Uhr und endet abends um 9 Uhr. In letzter Zeit wurde an manchen Tagen die Arbeitszeit sogar ausgedehnt bis abends 10 und 10 Uhr, ohne daß Überstunden bezahlt wurden. Pausen gibt es in dem Betrieb der Firma Sperlich für die Fleischergesellen, welche in der Wurstküche arbeiten, keine. Vom Essen geht es ohne jegliche Pause sofort wieder an die Arbeit. Die Arbeitszeit beträgt also durchschnittlich täglich 14 Stunden. Die Polizei stellt sich der Firma Sperlich bei dem Kampfe in jeder Beziehung zur Verfügung. Die Organisation der Fleischer hat in den Wirtschaften im Norden Plakate ausgehängt, in denen auf den Kampf bei der Firma Sperlich hingewiesen wird. Die Polizei befiehlt nun den Inhabern der Wirtschaften, die Plakate zu entfernen. Verschiedene Wirte haben sich auch einschüchtern lassen und haben die Plakate entfernt. Plakate aber, welche Herr Sperlich in seinem Laden hängen hat, die sich doch auch auf den Kampf beziehen, läßt die Polizei natürlich hängen. Wenn die Firma Sperlich glaubt, mit Hilfe der Polizei dem Kampfe ein Ende machen zu können, so irt sie sich gewaltig.

Die Tariffkommission der organisierten Fleischergesellen.

Buchbinderverband. Zahlstelle Berlin. In der Branchensammlung der Buchbinder wurden als Mitglieder der Agitationskommission gewählt die Kolleginnen Lüdike, Böllner und die Kollegen Grebe, Herzog, Gerber, Neubauer und Brüggemann; als Beisitzer der Ortsverwaltung die Kollegin Böllner und die Kollegen Küger und Ketscher.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiterschaft der Firma Schach u. Co., Rungstraße 4, ist infolge Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Die Firma, welche schon im Herbst Abzüge an den Lohnsätzen der Maschinenarbeiter vornahm, sucht jetzt gelegentlich der Aufstellung einer Kappenscharfmachine die Löhne der Arbeiter über das mögliche Maß zu beschneiden. Die angerufene Vermittlung des Unternehmerverbandes war erfolglos. In der Antwort desselben wurde behauptet, daß die Arbeiter immer die Kappen verschärft hätten, was die Arbeiterschaft als eine Verhöhnung auffaßte, da die Arbeiter schon jahrelang zur Zufriedenheit im Betriebe beschäftigt sind.

Wir ersuchen daher strengste Solidarität zu üben!

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Aus dem Fleischerberwerb. Der Zentralverband der Fleischer hat über die Fleischereien A. Roschmann, Koloniestr. 7, und Bösch, Fleisch- und Wurstwarenzentrale, Ede Förster- und Reichensberger Straße, wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrags die Sperre verhängt.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Ein koalitionsfeindlicher Fleischwarenfabrikant ist Herr J. O. Siems in Apen (Oldenburg). Vor einiger Zeit wurde vom Fleischerverband eine Versammlung für die Beschäftigten bei Siems einberufen. Herr Siems stellte sich mit zwei Söhnen und zwei Buchhaltern vor dem Lokal auf, um die Beschäftigten vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Als der Gauleiter die Gehilfen in einem anderen Lokal aufsuchte und dort eine Ansprache an sie hielt, kam auch Herr Siems mit seinen Söhnen schleunigst dort hin und fiel dem Gauleiter ins Wort; er warnte seine Leute, sich nicht verbeten zu lassen und erklärte dem Gauleiter, die Firma wolle keine Heber in ihrem Betriebe und dulde auf keinen Fall organisierte Gesellen. Die Firma hat darin auch bisher ihr Wort gehalten. Am ganz sicher zu gehen, daß kein organisierter Geselle in die koalitionsfeindliche Firma hineinkommt, werden die Gesellen von einem gelben Arbeitsnachweis in Braunschweig bezogen. Im Betriebe selbst werden die Neueingestellten nochmals befragt, um herauszubekommen, ob sich nicht doch ein organisierter Arbeiter unter falschen Angaben eingeschlichen hat. Herr Siems greift aber auch von Zeit zu Zeit selbst impulsiv ein, um das Eindringen der Organisation in seinem Betriebe zu verhindern. Als kürzlich der Gauleiter des Fleischerverbandes den Neuen Flugblätter überreichte, rief Herr Siems selbst ihnen die Flugblätter aus den Händen. Die Firma Siems fabriziert ausschließlich Corned beef (Wahrschinken), das auch durchweg bei allen Fleischermeistern und Delikatessgeschäften geführt wird.

Ausland.

Einigungsverhandlungen im österreichischen Buchdruckgewerbe.

Unter Leitung des Handelsministeriums und unter Einwirkung des Tarifamtes der reichsdeutschen Buchdrucker als Sachverständiger Ratgeber haben in den letzten Tagen Einigungsverhandlungen stattgefunden. Diese haben am ersten Sitzungstage in den Hauptfragen eine Verständigung ergeben. Die Zustimmung von beiden Seiten vorausgesetzt, dürfte nun eine baldige Beilegung des Konfliktes zu erwarten sein.

Mailänder Arbeiterkämpfe.

Die Mailänder Trambahner haben zwei Tage gestreikt und dann die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Anlaß des Streiks, die plötzliche Entlassung eines Arbeiters, einem Schiedsgericht überwiesen worden ist. Um den Schiedsrichtern Beine zu machen, haben die Arbeiter beschlossen, in Erwartung des Schiedsspruchs jeden Sonntag zu streiken. Diese Drohung wird die Unternehmer sicher veranlassen, den Schiedsspruch zu beschleunigen.

Ein neuer Konflikt ist in der Firma Riani u. Silvestri für die Herstellung von Eisenbahnmaterial ausgebrochen. Diese Firma, deren Arbeiter den Anlaß zu dem jüngsten Mailänder Generalstreik

ausländischen Blattes findet sich eine nicht ohne Charakteristik des Bergson-Snobismus, der nicht zum wenigsten in der nichtstündenden Damentwelt anzutreffen ist. Die Müßiggänger, heißt es, haben es sich zur Gewohnheit gemacht, Bergson (der am Collège de France liest) eine geschlagene Stunde zuzuhören, ohne ein Wort zu verstehen. . . Sie gähnen vor Langeweile, würden es aber um keinen Preis zugestehen. Am Abend beim Diner, bei festlichen Gelagen wechelt man seine „Eindrücke“: „Sie waren bei Bergson, meine Liebe!“ „Aber natürlich, es war entzückend.“ „Ganz meine Meinung. Es ist der unterhaltlichste Philosph.“ . . . In solchen Ausdrücken wird die transzendenten Begriffswelt der Bergson-philosophie gewertet.

Man geht zu den philosophischen Vorlesungen, wie man in den zoologischen Garten geht, um die Tiere zu füttern oder zum Zangoote, um zu sitzen. Es ist wahrlich kein Unterchied. — Das betrieblustige ist, daß die Snobs den Studenten ihre Plätze wegnehmen, die, wenn sie ankommen, den Saal besetzt finden. Wie es heißt, wollen die Studenten, für die doch eigentlich die Vorlesungen stattfinden, ernste Maßregeln gegen die Snobs ergreifen. Bis dahin gibt es aber wohl wieder eine andere Mode, für die Snobs schwärmt und für die er sich erhigen muß.

Notizen.

Freie Volkshäuser. Die Direktion des Deutschen Opernhäuses gibt wegen technischer Schwierigkeiten mit der Ausführung des „Parfisa“ bekannt, daß sie Sonntag nachmittags nicht „Par und Zimmermann“, sondern Lorchings „Waffenknie“ auf das Repertoire setzte. Eventueller Umtausch oder Abgabe der nicht gewünschten Karten kann im Theater oder in der Zahlstelle erfolgen.

Musikchronik. Der Wagner-Abend, der am Sonntag, den 1. Februar, 8 1/2 Uhr im Schiller-Saal, Charlottenburg, stattfindet, wird zum größten Teil Partien aus dem „Parfisa“ bringen.

Vorträge. Im Institut für Meerestunde spricht Montag Dr. A. Rühl über London und Liverpool, Dienstag Dr. M. v. Gemmingen über das Zeppelin-Luftschiff zur See, Freitag Dr. R. v. Z. über eine Schiffsreise nach Honolulu. — Ueber die Fortschritte auf dem Gebiete der telegraphischen Bildübertragung spricht am Dienstag in der Urania Prof. Glagel. — Maeterlinck auf dem Indes. Römische Wälder veröffentlicht ein Dekret des Papstes, wonach sämtliche Werke des Dichters Maeterlinck auf den Indes gesetzt worden sind. — Diese Reklame!

Das größte deutsche Dorf ist die Landgemeinde Borbeck bei Essen. Die gegenwärtige Einwohnerzahl dieses „Dorfes“ beträgt 75 776 Personen, von denen 39 441 männlichen und 36 335 weiblichen Geschlechtes sind. Aus diesem starken Ueberwiegen der männlichen Bevölkerung geht schon hervor, daß Borbeck ein Industrieort ist. Borbeck wird in wenigen Monaten mit einigen anderen Gemeinden in der Stadt Essen aufgehen, die damit ihre Einwohnerzahl auf rund 450 000 erhöhen wird.

Kleines Feuilleton.

Der Fall Lang. Wieder einmal ist in Berlin ein Theater vor die Hunde gegangen, und der Nekrologe sind kein Ende. Wie auch an dieser Stelle gemeldet wurde, ist's durchaus nicht glatt abgegangen: die Schauspieler werden nicht die einzigen Leidtragenden sein, Gelbmänner melden sich ohne Zahl, und Herr Lang tritt vom Showplay mit einem großen künstlerischen und einem ungeheuren finanziellen Defizit ab.

Wie war das möglich? Das heißt: konnte man das Risiko denn nicht voraussehen? Konnte man nicht die warnen, die auf die junge Direktion vertrauten, konnte man sie nicht belehren, daß es hier nur einmal einen Streich, aber nie einen Erfolg geben würde?

Die Behörde hat natürlich gleich versagt. Sie, die hinter jedem Berliner Sitz von Hans Ohan einen Hochverrat wittert, die Konzerte, Fessen und Gott weiß was alles verbietet, war ahnungslos wie ein neugeborenes Kind. Sie wußte wieder einmal von nichts, sie ahnte nicht, was ihr jeder Kaffeehausbesucher hätte mitteilen können, — wenn man ihn gefragt hätte. Kurz: sie erteilte die Konzession, glaubte dem haren Geld, das vor ihr auf dem Tisch lagte, und fühlte sich nicht im geringsten demüßigt, nach der Herkunft dieses gepumpten Geldes zu fragen. Lang war Direktor.

Aber da haben wir doch noch die Presse! Ach, die gute bürgerliche Presse! Sie wußte aus Erfahrung, wie weh es tut, wenn einem das Geschäft verborben wird und spende reichlich die verlangten Vorkaufslösungen. Nicht zu vergessen, daß hier wieder eine Stelle war, bei der man freibleibts — und wer weiß — vielleicht auch einmal eine Unterkunftsstelle für eigene Stühle erhielt. Was mügte es da, wenn unabhängige, aber kleine Theaterblätter Warnungssignale ausstießen! Siegfried Jacobsohn hatte damals in seiner „Schaubühne“ „es gleich gesagt“. Was half's! Der neue Direktor machte ihm einen Spektakel, verbot ihm das Haus und die Zeitungen berichteten ausführlich über diese belanglose Zwistigkeit. Heber den Kern der Sache schweig man sich aus. Dem „Feurio!“-ruser wurde der Prozeß wegen ungebührlichen Lärms gemacht, das Haus beannte gemächlich weiter. Und nun, da es heruntergebrannt ist, spotten die einen, die noch Charakterbold zu nennen sind, gegen die andern, die plötzlich alles, alles vergessen haben, was sie damals rühmten. Die anderen verfluchten mit geranzelter Stirn und gebogenem Jägerfinger, daß es demnach in Berlin nicht so leicht sein müsse, Theaterdirektor zu sein. Warum haben sie aber nicht gleich zum Beginn gesagt: dies ist eine Schwindelgründung, die nie gehen wird, nie gehen kann, nie gehen soll? Weil sie keinen Standpunkt haben, sondern Angst.

Und diese Politik der vollen Hosen wird noch viele Schieber begünstigen, die mit pompösen Theatergründungen in Berlin hervorretten werden. Und wenn wieder ein Mann kommt deselben Kalibers, dann werden sie hinlaufen und loben und ihn lieben und sich nicht zu lassen wissen.

Hoffmanns Opernhaus. Wir bekommen aus Architektenkreisen folgende Auskunft: Als nach dem zweiten Weltbeiworb um das Berliner Opernhaus die Kunde kam, Hoffmann baut das Opernhaus, atmete wohl der größte Teil der Interessenten auf, da nun jeder von ihnen die Arbeit in guten Händen wußte. War denn überhaupt eine andere Lösung der Frage möglich? Wir wollen darüber nicht lange streiten, Hoffmann baut das Opernhaus. Aber fragen wollen wir uns, ob er die gewendeten Hoffnungen mit seiner Arbeit erfüllt hat. Nicht und viele, viele andere hat Hoffmann enttäuscht, grauam enttäuscht. Das ist nicht unser Hoffmann, der da spricht, das ist nicht unser unter Ludwig Hoffmann, dessen geniale Bauten uns so oft entzückt, das ist ganz und gar und im wahren Sinne des Wortes der Herr Geheimrat Hoffmann. Der Mann, der beim Bau des Stadthauses so konsequent seinen Weg gegangen ist, hat sein eigenes Ich hingegeben, hat sich einem fremden Willen gebeugt, der seinem ganzen Stoffen Wesen entgegensteht, hat den freien Künstler abgestreift um der großen Aufgabe willen.

Das Opernhaus wird nun wohl so gebaut werden, aber einen Ludwig Hoffmann bekommen wir nicht, sondern nur einen Schüler von ihm. Der Herr Geheimrat hat so manches beim Ludwig gelernt, aber er bleibt doch nur der Schüler. Der große Geist, der durch seine Berliner Bauten geht, wird im Opernhaus nicht umgehen, denn der Herr Geheimrat hat zu viel fremden Willen zu verarbeiten. Schade, schade.

Das Volksauto. Volksauto? Wirklich. — jetzt gibt es schon Volksautos. . . Eine große deutsche Automobilfirma fühlte in ihrem dunklen Reklamedrange das Bedürfnis, ein Auto für vier Personen „Volksauto“ zu nennen. Die Reklame vermag selbst einem so heruntergekommenen Ausdruck wie „Volk“ wieder zu Ehren zu verhelfen, denn noch vor einem Jahre zählten sich doch wirklich die Besitzer eines vierfäßigen Autos noch nicht „zum Volk“. Der Automobilist war das Volksauto.

Diese neue Wortprägung zeigt die Macht des Schlagwortes. Ein gutes Schlagwort — und die Sache ist gemacht. Der Schimmer des Schlagwortes blendet die Geister, aus schwarzen Volksworten werden weiße Automobiltauben. Ohne sich etwas dabei zu denken, wird der Fabrikant, der Rentier und vielleicht sogar der — Offizier im neuen Modell, in — Volksauto über die Landstraße rollen.

Und wie es mit diesem neuen Schlagwort ist, so ist es mit älteren und alten. Patriotismus, die gottgewollte Schlacht, der Erbsind, die Militärautorität, Wohltätigkeit und Moral — alle diese Worte sind mit einem Schlagwort-Pauker versehen worden, der den Sinn gleichgerichtet umflummert. Die meisten können dabei nichts mehr sehen und denken. Es sind Schlagworte, die sich in die Ohren einmischen wie das Wellengeläsch an der Küste und das Gekloppe und Gekämmere in der Nähe einer Werft.

Bumm, bumm, bumm, geht es — bummtera, bummtera — die Pauke dröhnt und der Philister tanzt dazu. . .

Der Robespierre. Der Pariser Snob schwärmt augenblicklich für die Philosophie Bergsons. In der Pariser Korrespondenz eines

gegeben haben, entließ am 26. Januar einen Arbeiter wegen eines Wortwechsels mit einem Aufseher. Die Arbeiterschaft hielt die Entlassung für unbedeutend und ließ sich zu einigen Akten von Sabotage hinreißen. Daraufhin hat die Firma ihr ganzes Personal, etwa 600 Arbeiter, ausgesperrt.

Französischer Parteitag.

4. Tag.

Amiens, 28. Januar. (Fig. Ber.)

Der Abschluß der Parteitagungsverhandlungen hat das Wort der vorangegangenen drei Tage in würdiger, erhabendster Art gefaßt. Die beschlossene Resolution, die der Partei die Grundgedanken hat, sondern vor allem dadurch, daß sie die Ideenregal der Wahlkraft gibt, ist eine Schöpfung des ganzen Parteitag, nicht nur durch die Einmütigkeit, die sich bei der Abstimmung in der Diskussion von den verschiedenen Rednern vertreten worden sind, zusammenschloß und, ohne zu Zweideutigkeiten und Unklarheiten greifen zu müssen, verbindet. Es hat diesmal, wo es sich um die Erweckung und Lenkung der proletarischen Energie im Wahlkampf handelte, wirklich keine verschiedenen „Richtungen“ gegeben. Die Partei hat nur eine Richtung als möglich erkannt: den Wahlkampf als Propaganda und Aktion für den Sozialismus, Engländer ist Organisation der befreiten Arbeit, Sicherung des einzelnen und der Völker in friedfertiger Gemeinschaft. So ergab sich das entscheidende Gesetz der Taktik von selbst: nach der unmittelbaren Vorbereitung die Sicherung der besten Bedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Aktion; also Niederwerfung der Kriegslieger, Schutz der Republik vor der politischen Reaktion, die den Klassenkampf noch einmal verzögern oder verzerren würde, aber — bis zum Schluß — Selbständigkeit der Partei, Ablehnung jeder Art von Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Das ist der Sinn der Resolution, das war die beherrschende Idee der Verhandlungen. Heute weiß es Frankreich und mit stolzer Freude wird das internationale Proletariat die Kunde vernehmen: die französischen Sozialisten sind jetzt nicht nur „unifiziert“, nicht nur eine äußerliche Vereinigung; sie sind vielmehr einig und eins.

Dieser große Wille zur Einheit hat auch die Verhandlung der sonst so leicht Erregungen hervorruhenden Konfliktfälle, die die heutige Vorkonferenz ausfüllte, gemildert und zu befriedigendem Ende gebracht. Der schwierigste dieser Fälle war der des Depütierten Meyens von Boulogne für Ver, dessen Wiederwahlstellung die Föderation des Pas-de-Calais wegen entgegenkommenden Verhaltens gegen die Merikalen abgelehnt, die Wahlkreisorganisation aber einstimmig aufrecht erhalten beschlossen hatte. Meyens gab in seinem und seiner Freunde Namen die Erklärung ab, die Kongreßbeschlüsse über die Wahlkraft beizubehalten zu wollen, worauf der Kongreß beschloß, die Frage der Kandidatur Meyens zu nochmaliger Prüfung an die Föderation Pas-de-Calais zurückzuverweisen.

Unterdes hatte die in der gestrigen Nachtigung der Resolutionskommission gewählte Subkommission, der Jaurès, Tassant, Renaudel, Compère-Morel, Brade und Piffremane angehörten, ihren Entwurf vollendet, der am Nachmittag vom Plenum der Kommission durchberaten wurde. Es war schon fast 5 Uhr, als die Kongreßsitzung wieder aufgenommen wurde. Zunächst wurde die Verwaltungskommission beauftragt, ein Apatrogramm für die Wahlen zu entwerfen. Hierauf betrat Jaurès die Tribüne, um den von der Kommission einstimmig angenommenen Resolutionsentwurf zu verlesen.

Die Resolution über die Wahlkraft.

Die Resolution stellt sich als eine ausführliche Darlegung der politischen Situation dar, aus der sie die Folgerungen für die im Wahlkampf anzuwendende Taktik zieht. Sie geht von der Tatsache aus, daß sich die radikalisierten sozialistischen Parteien jetzt befinden, die Republik in ihre Hände zu bekommen und daß es nicht notwendig ist, durch den Propaganda den Wahlkampf zu einem reinen Kampf der Ideen, Programme und Parteien zu gestalten. Sie erklärt: „Daher ist es notwendig, daß die sozialistische Partei mit ihrer klaren Politik, in ihrer Einheit, die auf der in Amiensdam von der Internationale, sowie durch die Parteistatuten und Kongreßbeschlüsse gegebene Grundlage errichtet ist, auf den Plan trete.“

Die sozialistische Partei bleibt unverbrüchlich der Politik erhaben, die ihre Kraft, ihre Disziplin und ihr Programm ausmacht — der Politik, die sie unbeweglich allen Parteien der Bourgeoisie entgegensetzt, der Politik, die sie zur Partei des Arbeiter- und Bauernproletariats, seines Klassenkampfes, seiner Forderungen, seiner Befreiung macht.

Sie spricht sich klar und entschieden gegen die Wiederherstellung des Bloks aus, die keine anderen Wirkungen haben könnte, als ihren Charakter und ihre Lehre abzuschwächen, ihre Kampfkraft zu mindern und die übrigen, in gar keinem Grad, die Bedingung einer republikanischen Aktion der Partei ist.

Aber eben darum, weil sie eine Partei des ununterbrochenen Kampfes ist, nimmt die sozialistische Partei auf die Umstände und Ereignisse Rücksicht. Heute wie gestern und im Einklang mit ihrer Lehre und ihrer dauernden Betätigung weiß sie unter den Parteien der Bourgeoisie diejenigen zu unterscheiden, die die Arbeiterklasse und den Sozialismus am meisten bedrohen. Sie weiß, daß alle unter verschiedenen Formen und in verschiedenem Grad einen Teil der Verantwortung an der jetzigen Situation haben. Sie kennt die Wilschuld des Radikalismus am marokkanischen Abenteuer, seine Schwächeanfalle im Kampf gegen das Dreijahresgesetz.

Aber vor allem verabsieht sie den imperialistischen Nationalismus. Sie legt ihm an, durch seine rückschrittlichen Auffassungen und durch seine öde Routine die Verteidigungskraft des Landes zu desorganisieren, den Opfermut und den Unabhängigkeit der Bürger in die Irre zu führen, das Volk und die Armee dadurch, daß er sie einander entgegenstellt, gleichzeitig zu schädigen, die Produktion durch Steuern zu erschüttern, das Budget aus dem Gleichgewicht zu bringen, die Steuern unerträglich zu erhöhen, die Hilfsquellen der sozialen Reformen zu verknüpfen und die Willkür, deren die vernachlässigten Werte der Zivilisation, das rückschrittliche wirtschaftliche Rüstzeug, der unzureichende und eingeschränkte weltliche Unterricht, die störenden öffentlichen Arbeiten und die launigen finanziellen Gesetze der Gerechtigkeit und Solidarität bedürftigen, zu unfruchtbaren und unheilvollen Ausgaben zu verwenden.“

Nach der Anklage gegen den Nationalismus hebt die Resolution die Gefährlichkeit des Briandismus hervor, der Streiks niederwirft, das Dreijahresgesetz gegenwärtig, ein Spiegelbild rückschrittlichen Militarismus ist und alle gegen die Demokratie und das Proletariat verschobenen reaktionären Mächte in einem Bündnis vereint. Das sozialistische Proletariat weiß heute wie gestern, daß es allein ohne Vorbehalt und ohne Schwäche für den Schutz der Unabhängigkeit Frankreichs und des Weltfriedens durch die Organisation der bewaffneten Nation kämpft. Mit dem Dreijahresgesetz bekämpft die sozialistische Partei zugleich die geistlose und brutale Reaktionspolitik, deren Ausdruck und Sinnbild es ist.

Dem Aufruf der Internationale in Basel, dem in Bern begonnenen Internationale erwidern, will sie bis zur Wurzel der europäischen Gegensätze vordringen, indem sie ihr Teil am gemeinsamen Werk des Proletariats aller Länder vollbringt und an der deutsch-französischen Annäherung arbeitet, die das dauernde Einbernehmen Frankreichs, Englands und Deutschlands, die Bedingung des Weltfriedens ermöglichen wird.“

Die Resolution hebt die Bedeutung der Organisation der verantwortlichen Parteien organisierter Demokratie für die Befreiung des sozialistischen Wobls hervor und erklärt, daß die Partei, bei aller Entschlossenheit, den Mißbrauch der Wahlreform

für die Zwecke des Militarismus und Briandismus zu vereiteln, ihre Bemühungen zur Durchsetzung des wahren ganzen Propozes fortsetzen werde. Die Partei ist gewiß, daß die Wählerkraft des allgemeinen Stimmrechts, vermittelt einer von allen Proportionalisten vorgelegten Klaren und gleichlautenden Formel, zugunsten der Reform einen so entscheidenden und gebieterischen Willen fundgeben wird, daß sich diese allen, ohne verdächtige Koalition durch die große Macht der Wahrheit und Gerechtigkeit, die ihre inne-mohnt, aufzwängt. Die sozialistische Partei wird ihr um so mehr ihre Kraft leihen, als sie sie als Einleitung zur notwendigen Verfassungsrevision ansieht, da mit dem im Vertriebe des allgemeinen Stimmrechts hergestellten Gleichgewicht und Macht der letzte Vorwand für die Rechte des Senats verschwindet, der durch seinen Widerstand gegen jeden sozialen Fortschritt, die Republik, die er zu verteidigen behauptet, periodisch in Gefahr bringt und das politische Leben des Landes lähmt.“

In diesem Geist, mit der Macht aller ihrer politischen und sozialen Forderungen zieht die sozialistische Partei in die Schlacht. Sie wird im ersten Wahlgang ihren Kandidaten, den Träger ihrer Propaganda, ihrer ganzen Lehre, ihres vollständigen Programms in jedem Wahlkreis haben.

Im zweiten Wahlgang, der den ersten fortsetzt, wird sie mit aller Kraft dazu beitragen, die militärische Reaktion mäßig zu sehen. Indem sie keine andere Verpflichtung anerkennt, als die gegen die Sache des Proletariats und des Sozialismus, aber diese nicht von der Sache der Republik des weltlichen Prinzips und des Friedens trennt, wird sie dort, wo sie keine direkten Aussichten auf den Sieg hat, frei ihre Hilfe den Kandidaten anderer Parteien gewähren, im Verhältnis zur Energie und Entschiedenheit, womit sie den Kampf gegen die drei Jahre, den Krieg, den Chauvinismus und die militärische und hierale Koalition führen.

Sie überträgt vertrauensvoll ihren verantwortlichen Föderationen die Aufgabe, das Interesse des Sozialismus und der Republik am besten zu bestimmen. Sie weiß, daß sie, welche Lösung auch immer die Umstände des politischen Kampfes und die Haltung der verschiedenen Parteien ihnen gebieten: Aufrechterhaltung der sozialistischen Kandidaturen, einfache Zurückziehung oder proklamierter Rücktritt mit Eintritt für die Republikaner, die der Demokratie und dem Frieden ergeben sind — sie weiß, daß sie im unteilbar sozialistischen und republikanischen Geist des Kongreßbeschlusses von Chalon entscheiden werden, von dem die gegenwärtige Resolution eine Anwendung auf die jetzigen Umstände ist.

Der Kongreß hält sich für berechtigt, unbedingt auf das Verantwortlichkeitsgefühl der Föderationen gegenüber der Gesamtpartei zu rechnen, die vor der öffentlichen Meinung für die Handlungen aller ihrer Gruppen notwendig haftbar bleibt.

Sollte aber — alle politischen und moralischen Anstände der jetzigen Stunde machen diese Annahme völlig unvorteilhaft — ein Konflikt zwischen einer Föderation und einer ihrer Wahlkreisorganisationen über die Anwendung der von der Partei vorgezeichneten Regeln ausbrechen oder sollte eine Föderation so offenbar verfehlen, hat die Verwaltungskommission selbstverständlich das Mandat, diejenigen, die in einer Minute des Zartums von den gemeinsamen Regeln der sozialistischen Aktion abgewichen sind, zu ihrer Befolgung zu ermahnen und zurückzuführen. Aber diese Vorichtsmaßregeln haben keinen anderen Zweck, als die Partei gegen jede Gefahr zu schützen und die Kampfsolidarität aller ihrer Mitglieder und aller ihrer Gruppen zu betonen.

Es ist in der Tat die tiefste und freiwillige Gemeinsamkeit der sozialistischen und republikanischen Gefühle, die die Einheit der Aktion unserer Partei sichern wird. Die sozialistische Partei erhebt sich gegen alle Mächte der politischen und sozialen Reaktion und zieht in den Kampf, nicht um vor allem Mandate zu erobern, nicht nur um ihre parlamentarische Macht und ihren Einfluß in der Gesetzgebung zu vergrößern, sondern um die Weisheit aufzuklären, die Gewissen für ihr hohes, klar verkündetes Jhdal zu gewinnen und die moralische Kraft des Sozialismus, der einzigen Schutzwache der Zivilisation und des Proletariats, der Republik, der Vermunft und des Friedens zu erhöhen.“

Die Verlesung der Resolution wird wiederholt durch klärenden Beifall unterbrochen. Eine Diskussion findet nicht statt. Der Vorsitzende, Genosse Renaudel, nimmt die Abstimmung vor und heißt die Einmütigkeit fest. Donnernder Beifall folgt seinen Worten.

Nach Erledigung der erübrigenden geschäftlichen Angelegenheiten — der Direktions- und Verwaltungsrat der „Humanité“ und die Verwaltungskommission der Partei werden wieder gewählt, die letztere mit Eintritt des Ersatzmannes Albert Thomas an Stelle Profanes — schließt Genosse Renaudel den Kongreß mit einer kurzen Ansprache, in der er die Einmütigkeit, die die Verhandlungen beherrschte, hervorhebt und den Genossen der Sommerföderation dankt. Die Delegierten stimmen die „Internationale“ an.

Der 14. Parteitag der britischen Arbeiterpartei.

Glasgow, 28. Januar. (Fig. Ber.)

Die allgemeinen Arbeiten des 14. Parteitags der britischen Arbeiterpartei begannen heute in der City Hall. Nach den üblichen Begrüßungsreden der Vertreter der lokalen Arbeiterorganisationen verlas der Vorsitzende, Stadtrat Box (Manchester), die Eröffnungsrede. Er betonte, daß es die Aufgabe der Arbeiterpartei sei, die Arbeiterunruhe, die sich in den letzten Jahren so mächtig offenbart habe, in die richtigen Bahnen zu lenken. Ein Passus war momentlich für uns Deutsche von Interesse. Er lautete: „Welches ist die Hauptursache dafür, daß die britische Arbeiterpartei nicht den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gemacht hat, die den von ihr gemachten Anstrengungen und den gebrachten Opfern entspricht? Nach meiner Ansicht ist es die beklagenswerte Antriebskraft unserer Organisationsmethoden. Wir können nichts gewinnen, indem wir der Welt die Wahrheit verheimlichen, und es ist der Gipfelpunkt der Torheit, zu versuchen, sich selbst zu betrogen. Unsere deutschen Brüder haben ihre Aktion besser gelernt und machen einen besseren Gebrauch von ihrer Erfahrung trotz der größeren politischen Hindernisse, mit denen sie zu rechnen haben. 2½ Millionen deutsche Gewerkschafter sind in etwa 40 Gewerkschaften organisiert, 3 Millionen britischer Arbeiter sind in mehr als 1000 Gewerkschaften eher zerstreut als organisiert.“ In seiner Ansprache erwähnte der Vorsitzende die wichtige Rolle, die das Tagesblatt der Partei, der „Daily Citizen“, in der Bewegung spiele, und forderte die Arbeiterpartei auf, das so nützliche Sprachorgan des Proletariats nicht untergehen zu lassen. Er lobte die gewerkschaftliche Großverkaufsgesellschaft, die in dem Dubliner Kampf ihre prächtige Organisation der Gewerkschaftsbewegung zur Verfeinerung der Lebensmittel zur Verfügung gestellt habe; er warnte vor der Landpropaganda Lloyd Georges. Zu diesem Punkt bemerkte er: „Die Grundbesitzer, deren heiligsten Güter so rasch angefaßt werden sollen, habe diese Vorschläge mit einer begeisterten Gemütsruhe aufgenommen. Die Delegierten können sich darauf verlassen, daß die Arbeiter, wenn die Deute verteilt werden wird, ihren Anteil ohne Inanspruchnahme einer Dampfmaschine werden davontragen können.“ Die Anrede schloß mit einer scharfen Verurteilung des Rüstungswesens und des Militarismus, in der der Vorsitzende die Befriedigung gab, daß die Arbeiterpartei stets an der Seite des Proletariats aller anderen Länder gegen den gemeinsamen Feind kämpfen werde.

Nach der Eröffnungsrede wurden Begrüßungsreden von den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Frankreichs und dem Internationalen Bureau verlesen.

Die Ereignisse in Südafrika.

Die erste Resolution, die den Parteitag beschäftigte, betraf die jüngsten Ereignisse in Südafrika. Sie hatte den Wortlaut:

„Diese Konferenz protestiert nachdrücklich gegen die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Aktion in Südafrika durch die bewaffnete Macht und die Proklamierung des Kriegsrechts, da dadurch die elementarsten britischen Bürgerrechte vergewaltigt werden — Rechte, deren Geltendmachung den südafrikanischen Krieg rechtferdigte, wie dem Lande vor kurzem mitgeteilt wurde. Sie drückt den Gewerkschaftsführern, die bei Außerkräftigung der gewöhnlichen Gesetze verhaftet, eingesperrt und ausgewiesen worden sind, ihre Sympathie aus und beklagt, daß sie zu ihrer Weigerung, freiwillig auf die Versammlungsfreiheit, das Recht der freien Rede und das Koalitionsrecht zu verzichten, und ersucht die Partei, auf eine vollständige Unterdrückung aller Tatsachen der Ungerechtigkeit, besonders bezüglich der Verantwortlichkeit Lord Gladstones, zu dringen, und wenn notwendig, seine Rücktrittung durchzusetzen. Die Unterdrückung soll sich ferner mit der Frage befassen, wie am besten eine Wiederholung der Loge in irgend einem Teil des Reiches verhindert werden kann.“

Nachdem begründete diese Resolution in einer zündenden Rede. Er bezeichnete die jüngsten Ereignisse in Südafrika als den zündendsten Schlußakt zu dem südafrikanischen Trauerspiel. Vor einigen Jahren habe Großbritannien 2 bis 300 Millionen Pfund ausgegeben, Tausende seiner Söhne auf dem Schlachtfeld geopfert, nur um der politischen Tyrannie ein Ende zu bereiten und die Rechte des britischen Staatsbürgers zur Geltung zu bringen, wie es geheißen habe. Und nun sehe man das Resultat des Krieges in der brutalen Vergewaltigung der Arbeiterschaft, der Unterdrückung aller Rechte des Proletariats. Eine Streitmacht, die man die Bürgerwehr nenne, habe die Tat vollbracht. Im vorigen Sommer habe man in Johannesburg Reichstruppen gegen das Volk aufmarschieren lassen, aber der Protest der Arbeiterpartei habe der Regierung Angst eingejagt und man habe die Bürgerwehr mobilisiert. Eine Lehre, die man aus den Ereignissen ziehen könne, sei die, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch die gewerkschaftliche Aktion allein nicht vollzogen werden könne. Im Parlament werde die Arbeiterpartei die Ereignisse in Südafrika zur Sprache bringen. Man müsse jedoch bedenken, daß die südafrikanische Union ein sich selbst regierendes Gemeinwesen sei; eine Einmischung des Mutterlandes in die Angelegenheiten der Union würde selbst von den Opfern der Tyrannie verurteilt werden. Die Arbeiter Südafrikas müßten ihre eigenen Kämpfe durch ihre Vertreter im Parlament der Union führen. Aber die britische Arbeiterpartei könne den Statthalter Lord Gladstone, der die Proklamierung des Kriegsrechts genehmigt habe, zur Rechenschaft ziehen. Ein Staatsrecht gebe es im britischen Reich nicht. Minister, die das Recht abschafften und an dessen Stelle das Kriegsrecht, die Laune des einzelnen setzten, könnten nicht gerichtlich verfolgt werden, wenn sie ihr Parlament nicht vorher durch eine Indemnitätsbill von der gerichtlichen Verfolgung befreie. Er habe bis jetzt geglaubt, daß man als britischer Bürger überall im Reich gewisse Rechte und Freiheiten genieße, wie das Koalitionsrecht und das Streikrecht. Heute erkläre man, daß all diese Launen und blauer Dunst sei. Wenn es bis jetzt noch keine Reichsbehörde gebe, die mit der Macht ausgerüstet sei, Ereignisse, wie sie in Südafrika vorgekommen, zu verhindern, dann sei es die höchste Zeit, daß eine derartige Behörde geschaffen werde.

Parlamentsmitglied Warde (Eisenbahner) führte aus, daß die britischen Eisenbahner nichts von der Verstaatlichung der Eisenbahnen wissen wollten, wenn die Zustände, unter denen ihre Kollegen in Südafrika lebten, für Staatsbahnen maßgebend wären.

Reiz Harrie erklärte, daß das britische Parlament das Recht habe, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Der Indemnitätsbill, die Goba in der nächsten Woche vom Parlament der Union verabschiedet werde, könne Lord Gladstone auf Geheiß der liberalen Regierung Gewerkschaften die königliche Sanktion vorenthalten. Dann würde die Sache im Parlament zu Westminster zur Sprache kommen und entschieden werden. Deshalb sollte die Partei darauf dringen, daß der Indemnitätsbill die Genehmigung der Krone vorenthalten werde. — Wir haben uns bei Rechtsanwältigen nach der Stichhaltigkeit dieser Ansicht erkundigt, konnten aber keine genaue Auskunft erhalten; es scheint, daß hiermit eine sehr verwickelte konstitutionelle Frage aufgerollt werden wird. — Auf Antrag Bill Thorne wurde der Resolution die Forderung, den südafrikanischen Statthalter zurückzuberufen, einverleibt. Thorne warnte sich auch gegen die Auffassung, daß das Vorenthalten einer Bürgerwehr sei. Sie sei nur dem Namen und nicht dem Wesen nach eine Bürgerwehr.

Nachmittags wurde die Debatte von Browney (Vorsitzender der Maschinenbauer) fortgesetzt. Die Gewerkschaft, der er vorstehe, ist direkt an dem Kampf in Südafrika beteiligt. Ihre Mitgliedschaft erstreckt sich über das ganze britische Weltreich. Er schiederte, wie man in Natal alle Beamte der Maschinenbauer verhaftet und die Weiber der Organisation beschlagnahmt habe, wie der Reichsrat von Durban an das Zentralbureau in London gekommen sei. Wie man die Zentralleitung gebeten habe, sofort Gelder zur Führung des Kampfes zu schicken, wie aber der Bankier der Gewerkschaft erklärt habe, es habe keinen Zweck, Gelder nach Natal zu schicken, die dort nur sofort konfiskiert werden würden, und wie der Kolonialminister sich geweigert habe, eine Deputation der Maschinenbauer zu empfangen.

Die Resolution fand durch Aklamation eine begeisterte Annahme.

Seddon, der Vorsitzende des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses, der als Gast anwesend war und darauf eine Ansprache hielt, erklärte, daß das parlamentarische Komitee sobald wie möglich mit den aus Südafrika ausgewiesenen Gewerkschaftsbeamten telegraphisch in Verbindung treten und für einen entsprechenden Empfang im Londoner Hafen sorgen werde.

Der Rest des Tages war fast ganz den inneren Parteigeschäften gewidmet. Nur eine wichtige Resolution gelangte noch zur einstimmigen Annahme. Sie betraf

Das Rüstungswesen

und lautete:

„Diese Konferenz beurteilt entschieden das ungeheure, verderbliche und unnütze Wachstum der Rüstungsausgaben, die im laufenden Jahre wahrscheinlich 50 Millionen Pfund Sterling übersteigen werden; und da sie der Ansicht ist, daß Rüstungen durch die Art der Politik bestimmt werden, erklärt sie, daß dieses Land als ersten Schritt zu einem besseren Einverständnis die Aufrechterhaltung des Seebaurechts zu Kriegszeiten aufgeben und mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, auf die Herstellung eines Friedensbundes, der Großbritannien, Deutschland und Frankreich einschließt, dringen sollte.“

Bemerkenswert an der Debatte, die sich dieser Resolution anschloß, war die spontane Begeisterung, die jedes deutschfreundliche Wort der Redner auslöste. Deutschland ist bei dem englischen Volke populär, populärer als irgend eine andere Nation, und alle Argumente der Rüstungsfanatiker, die sich auf den angeblichen Deutschhuh der Engländer stützen, entbehren jeder Begründung.

Aus der Partei.

Das Heulstücken der „Neuen Zeit“.

Die Erklärungen in Nr. 30 des „Vorwärts“ vom 31. Januar nötigen uns zu folgender Feststellung:

Unserer Mitteilung in Nr. 18 der „Neuen Zeit“ über die Änderung in den Redaktionsverhältnissen war gegenüber unseren Lesern geboten — dies um so mehr, als eine Reihe von Parteiblättern bereits in dringender Weise Aufklärung gefordert hatte. Unserer Parteipflicht gemäß haben wir so lange Zurückhaltung geübt, bis

die angeregten Parteifinanzien gesprochen hatten. Eine Geheimhaltung ist aber in einer demokratischen Partei, bei der in letzter Instanz der Parteitag vor aller Öffentlichkeit entscheidet, selbstverständlich ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 31. Januar 1914.

Die Redaktion der „Neuen Zeit“.

Stadtverordnetenwahlen.

Am Freitag wurde in Kiel bei der Ersatzwahl zum Stadtverordnetenkollegium, die durch den Tod eines bürgerlichen Abgeordneten verursacht worden war, ein Sozialdemokrat gewählt. Rummer ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Kiel wieder so stark wie die bürgerliche; jede dieser beiden Fraktionen zählt 24 Mitglieder.

Der Protest, der gegen die Mainzer Stadtverordnetenwahlen eingelegt worden war, die 10 Sozialdemokraten mehr ins Stadtparlament bringen, ist vom Kreisaußschuß als unbegründet zurückgewiesen worden.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Leobichau, die von allen Orten des Wahlkreises, 10 Organisationen bestehend, durch Delegierte besucht war, billigte einstimmig den Beschluß der Leitung des Wahlkreises wegen Nichtbeteiligung an der im Anfang dieses Jahres stattgefundenen Reichstagswahl. Einstimmig wurde der bisherige Kandidat, Genosse Ernst Trappe, wieder als Kandidat des Wahlkreises aufgestellt. Die Kreisleitung wurde wiedergewählt. Ueber das Thema, wie in dieser schwarzen Stunde in Zukunft die Agitation erfolgreich zu gestalten ist, gab der Bezirkssekretär, Genosse Hönig-Deutzen, Anregungen, die von allen Delegierten mit Beifall aufgenommen wurden.

Die Arbeiterbibliotheken.

Die Arbeiterbibliotheken in Leipzig weisen im Jahre 1913 wiederum eine bedeutend erhöhte Ausleihziffer auf. Die 59 Bibliotheken in Leipzig-Stadt und -Land verliehen insgesamt 214 976 Bände an rund 17 000 Leser. In den letzten sieben Jahren steigerten sich die Ausleihziffern wie folgt: 1907: 70 835 Bände; 1908: 121 563; 1909: 140 243; 1910: 163 933; 1911: 196 428; 1912: 197 858; 1913: 214 976. Die Organisationen wendeten 1910 bis 1913 für die Bibliotheken insgesamt rund 80 000 M. auf. Die Leipziger Arbeiterbibliotheken werden voraussichtlich auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig ihre Entwicklung und ihre Einrichtungen darstellen. Ebenso erscheint eine Konferenz der deutschen Arbeiterbibliothekare im August dieses Jahres in Verbindung mit der „Bügra“ nunmehr geendet.

Totenliste der Partei.

Rom, den 28. Januar. (Sig. Ber.) Der bei den letzten Wahlen im 4. Turiner Wahlkreis gewählte Genosse Gay ist am 27. d. M. ganz plötzlich in Turin gestorben. Gay war von Beruf Buchdrucker, also einer der wenigen Arbeiter in der italienischen Kammer. Seine Eltern hatten ihn für den priesterlichen Beruf bestimmt, aber Gay wendete sich sehr jung der Arbeiterbewegung zu und wirkte erst in der anarchistischen, dann seit 20 Jahren in unserer Partei. Der erst 43 Jahre zählende Mann ist einer Bluthochdruck erlegen, die sich an einen Furunkel am Hals angeschlossen. Der ganz unerwartete Verlust trifft besonders die Arbeiterpartei Turins schwer, unter der Gay als Direktor des allgemeinen Arbeitervereins, der größten Turiner Genossenschaft, seit Jahren mit Eifer und Hingebung wirkte.

Parteiliteratur.

Badisch — Der Kölner Polizei-Prozess.

Unter diesem Titel hat die Buchhandlung der „Rheinischen Zeitung“ in Köln die Verhandlungen des von der Kölner Polizei gegen unser Kölner Parteimitglied angehängten Schmiergeldprozesses in Broschürenform erscheinen lassen. Die 128 Seiten starke Broschüre bringt einleitend eine Vorgeschichte des Prozesses, und in einem Schlusswort werden die Folgerungen aus dem Prozeß gezogen. In wenigen Tagen war die erste Auflage von 100 000 Exemplaren bereits vergriffen, so daß sofort eine zweite hergestelt werden mußte. Der Preis der Broschüre beträgt 25 Pf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Festgenommene Zentrumsvorkommnisse.

Bei den letzten Krankenkassenwahlen in Freiburg i. B. glaubte das Zentrumorgan „Freiburger Tagespost“ gegen die Parteifreundliche der freien Gewerkschaften dadurch einen sicheren Erfolg führen zu können, daß es einen „sozialdemokratischen Hilferuf“ veröffentlichte, nach welchem die alten Parteigänger in der Freiburger Sozialdemokratie durch das neue Regiment des sozialdemokratischen Stadtrates Engler in den Hintergrund gedrängt würden. Seit Engler in Freiburg tätig sei, wäre die Einigkeit unter den Genossen in die Brüche gegangen usw. Genosse Engler strengte gegen den Redakteur Schöber von der „Tagespost“ Klage an. Obwohl der Beklagte einen ansehnlichen Zeugenapparat aufgebieten konnte, konnte er keine einzige seiner aufgestellten Behauptungen beweisen. Er ging einen Vergleich ein, indem er förmliche gegen Genossen Engler vorgebrachten Beschuldigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm und 50 M. Buße für die Ortsgruppe Freiburg des Vereins für Krüppelfürsorge bezahlte.

Soziales.

Zur Ausbeutung der Bordellprostituierten.

In Nürnberg ist die Prostitution kaserniert, angeblich aus sittlichen und sanitären Gründen, in Wirklichkeit aber zur besseren Bequemlichkeit der Polizei. Denn die Geschlechtskrankheiten sind dabei nicht geringer verbreitet als anderwärts, und wenn man von sittlichen Gesetzen sprechen will, so sind solche bei den Bordellen, die alle Welt kennt, wohl viel größer als bei der geheimen Prostitution. Dafür sind aber die Bordellprostituierten der schrankenlosesten Ausbeutung überliefert, wie aus den „Mietverträgen“ hervorgeht, die sie mit den Bordellhabern abschließen müssen. Hier das Beispiel eines solchen Vertrages:

Mietvertrag.

Frau Anna Fritzer, Wirtin des Hauses Spillertor-mauer 44, nimmt die Dirne in ihrem Hause auf. Sie räumt ihr insbesondere ein möbliertes Zimmer mit Bett ein und gewährt ihr Kost, die Wäsche, die Beheizung, Beleuchtung, alles in vollstündiger ausreichender Weise. Hierfür hat die Mieterin an Frau Anna Fritzer täglich einen Preis von 12 M. — Pf. (mit Worten zwölf Mark — Pf.) pünktlich zu entrichten.

Zwölf Mark muß also die Prostituierte mit ihrem traurigen Gewerbe täglich verdienen, nur um die „Wirtin“ zu befriedigen. Zwölf Mark pro Tag — das sind im Jahre 4380 M. von einer einzigen „Dirne“. Man sieht, die polizeilich geregelte Prostitution ist ein sehr einträgliches Geschäft für die „Wirtin“. Diese Bordellhabers sind zwar als Kuppler strafbar. Aber — wo kein Ankläger, da ist kein Richter.

Die fränkischen Handlungsgesellen werden rebellisch!

Die Behandlung der Sonntagsruhe durch die bürgerlichen Parteien und durch die Regierung hat selbst den Widerspruch der parteilichen katholischen kaufmännischen Vereinigungen herausgefordert. Der zu gleichen Teilen aus Freisingern und Schwäbischen bestehende Verband der Kaufleute nahm nach der „Allg. Volksz.“ (Nr. 88) eine Entschlieung an, in der er bedauert, daß der Ent-

wurf der Verbündeten Regierungen zur Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe so wenig den begründeten Wünschen und Forderungen der großen Mehrheit der kaufmännischen Kreise Rechnung trägt, je sogar wesentliche Verschlechterungen der heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Vorschlag bringt. Auch müsse der Verbandsauschuß sein Bestreben über die Haltung der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen, die in einem überraschenden Gegensatz zu ihren früheren Erklärungen stehe. Insbesondere bedauere der Verbandsauschuß im Namen der dem Verbandsangehörigen selbständigen Kaufleute, daß einzelne Redner ihre ablehnende Stellungnahme mit der Notwendigkeit eines Schutzes des kaufmännischen Mittelstandes begründet haben. Die große Mehrheit des kaufmännischen Mittelstandes stehe nicht hinter der dabei zum Ausdruck gekommenen Auffassung, wünsche im Gegenteil keine angelegte Mittelstandspolitik auf Kosten der kaufmännischen Angehörigen.

Auch den Profiteuren will der katholische Verband die Wohlthat der Sonntagsruhe zuteil werden lassen. Die Entschlieung ist eine scharfe Abgabe an die Haltung der Zentrumspartei, die übrigens längst auch bei den katholischen Privatbeamten Mißtrauen findet, weil es das Zentrum bisher nicht für nötig gehalten hat, einen einzigen Privatbeamten in den Reichstag zu wählen.

Tarifgültigkeit.

Ein Schriftföcher Klage gegen vor dem Gewerbegericht (Magistratsrat Schulz) gegen die Firma Abel u. Schmidt auf Zahlung von 46,88 M. wegen kündigungsloser Entlassung. Die Firma hat den Tarif anerkannt. Sie geriet in finanzielle Schwierigkeiten, konnte die fälligen Raten für die Maschinen nicht zahlen und kündigte dem gesamten Personal zum 22. November. Diese Kündigung soll nun jede Woche wiederholt worden sein, behauptet die Firma. Der Kläger bestritt das für die letzte Zeit seiner Tätigkeit.

Das Schiedsgericht hatte einstimmig die Firma zur Zahlung verurteilt. Begründend hatte es ausgeführt: Von Woche zu Woche zu kündigen, also ein dauerndes Arbeitsverhältnis unter fortwährender Kündigung ist unzulässig. Ebenso wenig sei es nach dem Tarif zulässig, ein gekündigtes Arbeitsverhältnis mit Kündigungsaußschluß fortzusetzen.

Das Gewerbegericht kam zu derselben Entscheidung.

Justizfähigkeit für Kinodarsteller.

In der noch immer unstrittenen Frage, ob das Gewerbegericht auch für Kinodarsteller zuständig sei, hat die Berufungsinstanz unter dem 2. Januar 1914 entschieden:

„Wie der erste Richter zutreffend ausgeführt hat, ist die Tätigkeit eines Statisten, bei dessen Anstellung nicht seine künstlerischen Fähigkeiten, sondern seine Figur und Physiognomie ausschlaggebend sind, niemals eine künstlerische. . . . Er hat also mit Recht seine Justizfähigkeit angenommen.“

Damit ist also der Teil der Schauspieler, die, wie etwa im vorliegenden Falle, Rolles, Bismarcks und dergleichen darzustellen haben, dem Gewerbegericht ausdrücklich unterstellt.

Eine Entscheidung der Berufungsinstanz über die Justizfähigkeit bei Filmschauspielern im allgemeinen liegt bisher noch nicht vor.

Der Bergverein zu Ludwigshafen gegen die guten Sitten.

In Bayern besteht schon seit langer Zeit das System der Bahnärzte. Kurz nachdem die Pfalzbahn, eine frühere Privatbahnbahn, in die Hände des bayerischen Staates gekommen war, suchte der bayerische Fiskus das System der Bahnärzte auch hier einzuführen. Ein Vorvertrag wurde auch im August 1911 von 60 Ärzten unterschrieben. In Streitigkeiten kam es jedoch wegen der freien Arztwahl und wegen der Pauschalgebühren. Als vor Erledigung dieser Streitigkeiten vier Ärzte in Ludwigshafen den Vertrag mit dem Fiskus abschlossen und als Bahnärzte angestellt wurden, mißte sich die ärztliche Standesorganisation in den Streit ein, da die Ärzte nicht direkt (weder mit Krankenkassen noch mit dem Fiskus) abschließen sollten, sondern immer nur die Organisation für die betreffenden Ärzte. Nachdem weder Vermittlungen noch das Anhören eines Schiedsgerichts die vier Ärzte bewegen konnte, von dem Vertrage mit der Bahn zurückzutreten, berief der Verein der Ärzte zu Ludwigshafen a. Rh. auf den 24. Oktober 1911 eine außerordentliche Versammlung ein, die über den Ausschluß der vier Ärzte beschließen sollte. Kurz vor der Beschlußfassung liehen die vier in der Versammlung nicht anwesenden Ärzte dem Vereinsvorsitzenden ein Schreiben überreichen, in dem sie ihren Austritt erklärten. Der Vorsitzende legte das Schreiben aber zunächst beiseite und ließ über den Ausschluß abstimmen, den er dann proklamierte, bevor er zu der Verlesung der Austrittserklärung schritt. Darauf wurde erklärt, daß mit dem Ausschluß der Bahnärzte aus dem ärztlichen Standesverein alle kollegialen Beziehungen mit ihnen abgebrochen seien, der Abbruch des beruflichen Verkehrs müsse als selbstverständliche Konsequenz des Ausschlusses gelten. Diese Beschlüsse wurden auch der Gesellschaft der Ärzte in Mannheim mitgeteilt.

Wegen der Berufserklärung und wegen des unberechtigten Ausschlusses haben die vier Ärzte, Dr. Kaab und Genossen, gegen den Verein der Ärzte zu Ludwigshafen Klage erhoben und Feststellung verlangt, daß der Ausschluß aus dem Verein zu Unrecht erfolgt und daß die Berufserklärung aufgehoben ist. (§§ 130, 826, 249 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) Das Landgericht Frankenthal hat dem Antrage entsprechend erkannt, ebenso das Oberlandesgericht Zweibrücken. Das Oberlandesgericht begründet sein Urteil in Bezug auf den unberechtigten Ausschluß mit dem § 130 des Bürgerlichen Gesetzbuches, da die Austrittserklärung bereits vor dem Beschluß über den Ausschluß in die Hände des Vorstandes gelangt war. In dem Erlaß des Verlehrsverbotes, das den Anschein der Standesunmündigkeit erweckt, erblidet das Oberlandesgericht eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Kläger. Denn das Verlehrsverbot stellt einen unerträglichen Gewalttät dar und verstößt deshalb gegen die guten Sitten, während im Gegensatz dazu der Vertrag der Bahnärzte durchaus nicht zur Verleumdung führt, sondern auch mit vielen anderen Ärzten abgeschlossen ist.

Das Reichsgericht hat am Donnerstag das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und dazu ausgeführt: Es ist zu berücksichtigen, daß der belagte Verein zu ehrenrührigen Gewaltmitteln gegriffen und zugleich eine wirtschaftliche Schädigung der Kläger herbeigeführt hat. Diese Mittel verfolgten den Zweck, den Klägern den Willen des Vereins aufzuzwingen, um Vorteile für die Organisation herbeizuführen. Die Anwendung der §§ 826 und 249 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf den vorliegenden Fall ist deshalb zu billigen. (Allgemeine: IV. 567/13.)

Genau wie dieser vom Reichsgericht jetzt abgeurteilte Fall liegen die Fälle, in denen unter Mitwirkung von Behörden in ähnlicher Weise gegen Ärzte vorgegangen ist, die ohne Zustimmung der Ärztesorganisation Verträge abgeschlossen haben.

Gerichtszeitung.

Ein gemeingefährlicher Verbandsmörder.

In rücksichtsloser Weise Organisationen gebrandschakt hatte der 27jährige Kaufmann Arnold Juch aus Prag, der vor der Strafkammer Halle a. S. wegen Diebstahls, Urkundenfälschungen, Betrugs und Beilegung falscher Namen in zahlreichen Fällen angeklagt war.

Der Mann, der sich über ein Jahr in Haft befindet und in Wien mit schwerem Koller vorbestraft ist, hat in den Jahren 1911 und 1912 in einer großen Anzahl Städte aller Gauen des Deutschen Reiches mit gestohlenen Verbandsbüchern allerhand Unterstüngen erschwindelt. In 66 Fällen gab er sich als Buchdrucker und Metallarbeiter aus und erschwindelte Beträge von 2 bis 30 M. In den Verbandsbüchern forderte er zunächst einige Leistungen und stahl dann in einem unbewachten Augenblick Verbandsbücher. In Greifswald und Saarbrücken ist er wegen ähnlicher Schwindeleien schon vorbestraft. Durch sein Treiben hat der Angeklagte nicht bloß Schaden, sondern auch große Unannehmlichkeiten für Verbandsangestellte angerichtet. Nach erlassenen Warnungen und Zirkularen wurde er schließlich in Reg unter dem falschen Namen Friedländer — so nannte er sich auch in Berlin — festgenommen. Er wollte in keinem Falle der Täter gewesen sein, wurde aber von den als Zeugen geladenen Verbandsangestellten als der Schwindler bezeichnet.

Die Strafkammer verhängte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

1 1/2 Monate unschuldig in Untersuchungshaft.

Der katholische Propst Ditzgumal in Chobna (Kreis Gollantsch, Provinz Böhmen) hatte die Errichtung einer polnischen Parzellierungsbank in Gollantsch bewirkt, um den Germanisierungsarbeiten der Anstiftungskommission entgegenzutreten. Der Propst, der sofort zum Vorsitzenden der Bank gewählt wurde, war nicht nur bei den Genossenschaftsmitgliedern der Bank und in seiner Gemeinde, sondern auch in weitem Umkreise bei den Rationalpolen sehr beliebt. Er war nicht nur bemüht, seinen Landsleuten ihren Grundbesitz zu erhalten, er bewirkte es auch, daß diejenigen seiner Landsleute, die aus wirtschaftlichen Gründen genötigt waren, ihre heimatische Scholle zu verlassen, sich mit Hilfe der von ihm geleiteten Bank im masurenischen Teile Ostpreußens ansiedelten, damit diese Leute der polnischen Nationalen Sache nicht verloren gehen. Wohlthätig wurde der Propst wegen Verdachts der Untreue verhaftet. Nach 4 1/2 Monaten gelang es jetzt dem Verteidiger des Propstes, Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee-Verlin, die Haftentlassung zu bewirken. Dem Verteidiger ist der Nachweis gelungen, daß der Verdacht der Untreue gegen den Propst vollständig unbegründet ist. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist nunmehr das Verfahren gegen den Propst endgültig eingestellt worden, da sich nach eingehender Prüfung der Bücher usw. ergeben hat, der Propst habe nicht zum Nachteil, sondern ganz wesentlich zum Vorteil der Bank gehandelt. Dies Ergebnis hätte doch wohl auch vor und ohne Verhaftung gezeitigt werden können, wenn die habsburgischen Denunziationschriftstücke rechtzeitig vorurteillos geprüft wären.

Uberglauben und Dummheit

hatten einen recht plump angelegten Schwindel ermöglicht, der den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg bildete. Wegen Betruges war die ledige Jägerin Ottilie Red angeklagt. — Die Angeklagte gehörte einem Jägermeister an, der in einem Hause der Friedrichsfelder Straße sein „Lager“ aufgeschlagen hat. Sie behauptet, sich durch einen Handel mit Spitzen und Posamentieren zu ernähren, in Wirklichkeit bildet dieser Handel nur den Deckmantel für sie, um sich an Dienstmädchen und Köchinnen heranzumachen, um diesen „aus der Hand“, Kaffeegrund und anderen Substanzen wahrfragen zu können. Am 10. Januar kam die Angeklagte auch nach Steglitz, wo sie die Bekanntschaft eines Dienstmädchens S. machte, welches als ein Muster von Dummheit, die durch die Mängel unserer Volkserziehung verschuldet wird, gelten kann. Die Jägerin, die wohl einen besonderen Scharfsinn für derartige „Schlau“ Köchinnen hatte, bot die S. zuerst, ihr ein Glas Wasser zu geben, da sie angeblich halb verdurstet sei. Nachdem sie sich auf diese Weise Einlaß in die Küche verschafft hatte, begann sie zu stöhnen und zu jammern. Die S. erwiderte sich auch laßfächlich als ein geeignetes Objekt. Denn sie ließ sich verleiten, der ihr wildfremden Jägerin ohne weiteres 9 Mark zu borgen. Am nächsten Tage erschien sie wieder bei der S. und brachte ihr, anscheinend um sie recht sicher zu machen, die 9 Mark zurück. Bei dieser Gelegenheit bat sie die S., ihr aus der Hand wahrfragen zu dürfen. Kaum hatte sie die Hand des Mädchens angefaßt, als sie sehr erschreckt tat und der S. mitteilte, daß sie einer schweren Krankheit entgegenstehe. Die S. wurde krebbedeich und beruhigte sich erst, als ihr die Jägerin mitteilte, daß es gegen die Krankheit einen wirksamen „Zauber“ gebe. Zu diesem Zauber brauche sie aber drei Zwanzigmarsstücke, oder wenn sie diese nicht habe, könne auch ein goldener Ring oder eine goldene Uhr die gleiche Wirkung hervorrufen; jedenfalls müsse es aber Gold sein. Die S. ging auch auf diesen lächerlichen Schwindel ein und holte schlenkig zwei Zwanzigmarsstücke und einen goldenen Ring im Werte von 50 M. herbei. Die Angeklagte zog sodann einen Leinenbeutel hervor, steckte hinein die Goldstücke und die Uhr hinein, pustete den Beutel dreimal an und murmelte eine geheimnisvolle Beschwörungsformel. Sodann hängte sie den verhegten Beutel der S. aus mit der Anweisung, ihn an einen Ort zu legen, wo ihn niemand sehe und ihn auch keinesfalls vor dem 10. Februar dort wieder wegzunehmen. Nachdem die S. mehrere Tage gewartet hatte, kamen ihr wohl doch allmählich Gedanken, daß sie möglicherweise betrogen sei. Sie öffnete den Beutel und fand darin — ein Zehnpennigstück. — Das Gericht kam zu einer verhältnismäßig milden Strafe, da es anscheinend von der Ansicht ausging, daß die Jägerin S. wegen ihrer beispiellosen Dummheit eigentlich eine höhere Strafe verdiene. Das Urteil lautete deshalb nur auf einen Monat Gefängnis.

Versammlungen.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Maschinenarbeiter beschäftigten sich in einer stark besuchten Branchenversammlung mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die Aufgaben der Branche hierzu.“ Kollege Petersdorf als Referent schilderte in eingehender Weise, wie sich die Krise mehr und mehr in der Metallindustrie bemerkbar mache. Als Beweis führte er die Zahlen der Arbeitslosen des letzten Jahres an. Demnach waren arbeitslos im 1. Quartal 8830 Personen, im 2. Quartal 7463 Personen, im 3. Quartal 7036 Personen und im 4. Quartal 6065 Personen. Insgesamt 32797 Personen. Allein an Unterstützung für Arbeitslose wurde die Summe von 1 150 980,50 M. gezahlt, und zwar für 910 256 Tage. Hieraus ergibt sich, daß der Einzelne circa 30 Tage ohne Arbeit war. Die Summe der Tage in Jahre umgerechnet ergibt die stattliche Zahl von 2928 Jahren. Leider ließ sich aus den angeführten Zahlen kein genaues Bild von der Wirkung der Krise in der eigenen Branche entwickeln. Dies scheiterte daran, weil die Branche in ihrer Zusammensetzung nicht scharf genug abgegrenzt ist. Diejenigen Maschinenarbeiter, die früher in anderen Berufen tätig oder als Hilfsarbeiter beschäftigt waren, haben es bisher unterlassen, in ihren Mitgliedsbüchern sowohl als in der Kartei eine Berufsänderung vorzunehmen zu lassen. Der Referent empfiehlt daher in Uebereinstimmung mit der Branchenleitung, den Besuchern der Branchenversammlung den Beruf „Maschinenarbeiter“ im Mitgliedsbuch einzustempeln. Der Vorschlag wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen. Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde folgender Antrag gestellt: Die Versammlung beauftragt den Branchenleiter, bei der Ortsverwaltung zu beantragen, den ausgetretenen Kollegen eine mehrwöchentliche Unterstützung zu geben und die Mittel hierzu durch Extrabeiträge aufzubringen. Die Versammlung erwartet, daß die nächste Generalversammlung dem Antrag zustimmt. Dieser Antrag wurde mit schwacher Majorität angenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Weisheitsunterstützung an die arbeitslosen Kollegen einer Kritik unterzogen, in deren Verlauf festgestellt werden konnte, daß von verschiedenen Seiten eine falsche Bezeichnung ergangen ist, besonders in der Funktionärversammlung des letzten Kreiswahlergebnisses. Mit dem Versprechen des Branchenleiters, Herüber Arbeit zu schaffen, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Leipziger
Straße
Versand-Abteilung
Ausführliche Preisliste
wird zugesandt.

A. Wertheim

Königstraße
Rosenthaler
Straße
Moritzplatz

Wäsche-Ausstellung
und Verkauf in den Lidthöfen

Weisse Woche

Verkauf
Weißer Waren
in fast allen Abteilungen

Bettwäsche

Deckbettbezüge	3.25	3.65	4.50	4.75
Lautianalodi				
Kissenbezüge	90 Pf.	1.05	1.25	1.40
Deckbettbezüge gestreift Dimitt		3.85	5.50	
Kissenbezüge gestreift Dimitt		1.25	1.65	
Damast-Garnituren 1 Deckbett, 2 Kissen		6.75		
Laken Größe ca. 150/200	2.10	2.40	2.65, 2.90	
Baumwollstoff				

Herren-Wäsche

Frack-Oberhemden mit Pikee-Einsatz und Leinwandmanschetten	4.50
Oberhemden weiß mit Pikee-Fahnenstreifen	3.75
Oberhemden farbige Perkal, helle kleine Muster mit Manschetten	2.25
Oberhemden farbige Zephyr in Streifenmuster mit Manschetten und Ersatzmanschetten	4.90
Nachthemden gute Qualität, 120 cm lang, mit Kragen und klein gemusterten Besatz, oder halbfrei mit rotem Besatz	3.50

Handtücher

Stubenhandtücher Dreif., gestümt u. gebändert, Größe ca. 40/100	4.40
Stubenhandtücher Dreif., gestümt u. gebändert, Größe ca. 45/110	5.70
Stubenhandtücher rechteckigen Jacquard, gestümt und gebändert, Größe ca. 48/120	8.40
Stubenhandtücher gebledt, rechteckig, Jacquard, gestümt und gebändert, Größe ca. 48/110	9.80
Stubenhandtücher rechteckigen Damast, gestümt und gebändert, Größe ca. 55/130	18 M.



Damen-Wäsche

Garnituren m. Stickerei, Myrthen-Muster	
Taghemd 2.95	Bein-kleid 2.75
Nachthemd	5 M.
Stickerei-Garnituren in verschiedenen Ausführungen	
Taghemden	2.40 2.95 3.35
Beinkleid	2.40 2.95 3.35
Nachthemd	3.90 4.90 6 M.
Garnituren m. Stickerei-Ein- u. Ansatz	
Taghemden	3.75 4.15
Taghemden	3.15 3 M.
Taghemden	6.50 6.25

Garnituren mit Stickereien u. Spitzen	
Taghemden	5.75
Beinkleid	8.25
Nachthemd	8 M.
Nachjackett	2.35 2.75
Nachthemden mit Handlangelle	3.90
Nachthemden mit Stickerei-Volant	4.65
Nachthemden mit Ein- und Ansatz	5.75
Nachthemden mit Ansatz, halbfrei	3.50
Nachthemden mit Ein- und Ansatz, halbfrei	3.90
Beinkleider	1.80 bis 2.45

Ein Posten Schweizer Wäsche-Stickereien zu außergewöhnlich billigen Preisen

Tisch-Wäsche

Jacquard-Tischtücher, halbgebledt			
Größe ca. 130/130	Größe ca. 130/160	Größe ca. 130/200	
Stück 1.90	Stück 2.30	Stück 2.90	
Servietten dazu passend	Dutzend 4.60		
Jacquard-Tischtücher, vollweiß			
Größe ca. 130/130	Größe ca. 130/160	Größe ca. 130/225	
Stück 1.80	Stück 2.25	Stück 3.10	
Größe ca. 160/160	Größe ca. 160/240	Größe ca. 160/310	
Stück 2.80	Stück 4.20	Stück 5.80	
Servietten dazu passend	Dutzend 3.15		Dutzend 3.75
Größe ca. 45/45	Größe ca. 50/50	Größe ca. 60/60	Dutzend 5.20
Hausmacher-Tischtücher	reinelein, halbgebledt, schwere Qualität		
Größe ca. 130/160	Größe ca. 160/165	Größe ca. 160/225	
Stück 3.60	Stück 4.90	Stück 6.60	
Größe ca. 160/280	Größe ca. 160/325		
Stück 8.20	Stück 9.70		

Ein großer Posten Künstler-Decken moderne Muster, waschecht bedruckt, hervorragend preiswert
Gr. ca. 130/130 130/160 160/160 160/225 84/84
2.60 3.70 4.25 6.25 1.40

Ein Posten Schweizer Stickereistoffe gute Ausführg. ca. 50 cm breit, Meter 60 Pf.

In dieser Woche Großer Verkauf Besonders billig Serie A Serie B Serie C Serie D
Seiden-Reste u. Abschnitte Mfr. 75 Pf. 1.25 2 M. 2.50

Garbáty Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Achtung!

Grimm & Triepel Kautabak.

In letzter Zeit sind mehrfach Nachahmungen unserer Stangen in den Handel gebracht worden. Man achte genau auf die Firmenzettel „Grimm & Triepel“ um jede Stange.



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger

Anzüge

Winterpaletots

Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.

Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.

Sonntags von 12-2 geöffnet.

Tel. Amt Norden 1591. 102/1*

Now Gründer
oder bei Streitigkeiten in Firma wenden
man sich sofort an den Spezialisten
Dr. Jr. Lorenz, Berlin 20 Götlicher
Strasse 106. Telefon: Moritzpl. 9816

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W.21, Thurmstraße 34.

Café Meyer
Dresdener Str. 129/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkel 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; Billard (ab. 60 Pf.).
Zahlschleife der Freien Volkabthe.

Das gute Riebeck Bier

Die Selbstverwaltung Berlins und die Arbeiter.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde von sozialdemokratischer Seite Kritik geübt an der Art, wie heute die Verteilung der Stadtbezirke an die repräsentierenden Stadtverordneten erfolgt. Es wurde dabei auch darauf hingewiesen, daß in Berlin die Arbeiterschaft von den kommunalen „unbesoldeten“ Ehrenämtern ganz ausgeschlossen wäre, wenn die sozialdemokratischen Stadtverordneten es nicht für ihre Pflicht erachtet hätten, auch Arbeiter zu den Arbeiten in Armenkommissionen, Schulkommissionen, Wassertrat usw. heranzuziehen, wenn sie sich zu den Arbeiten eignen. Es muß leider festgestellt werden, daß bürgerliche Stadtverordnete mit wenigen Ausnahmen Arbeiter zu kommunalen Ehrenämtern nicht heranziehen. Es sei sogar vorgekommen, daß Arbeiter, die sich zur Mitwirkung in unbesoldeten Gemeindeämtern angeboten hatten, geantwortet worden sei, sie hätten hübsch zu bitten. Der freimütige Stadtverordnete Thieme, dem diese Bemerkung galt, suchte die Sache so darzustellen, als hätten die Antragsteller an ihn am Schluß ihres Briefes geschrieben: „Und Sie wollen sich gefälligst danach richten“.

Dieser Darstellung des Herrn Thieme wollen wir den wahren Tatbestand gegenüber stellen. Das an Herrn Thieme gerichtete Schreiben lautet wörtlich:

Sehr geehrter Herr Stadtverordneter!

Auf Grund der Selbstverwaltung der Gemeinde sind nach der Städteordnung die Bürger Berlins zur Mitarbeit in der städtischen Verwaltung berufen. Aus diesem Grunde sind Tausende Berliner Bürger in den Armenkommissionen, im Gemeindevorstand, in der Schulkommission und in der Steuererschöpfungskommission tätig. Die Vorschläge zur Besetzung kommunaler Ehrenämter ist Sache der Herren repräsentierenden Stadtverordneten. Für unseren Bezirk haben Sie dieses Amt inne. Seit Jahren müssen wir bemerken, daß in den Kommissionen unseres Bezirks die Arbeiterschaft von diesen unbesoldeten Ehrenämtern ausgeschlossen ist, und es hat sich unter der Arbeiterschaft Ihres Bezirkes die Meinung verbreitet, daß Sie Arbeiter nicht in die Kommissionen vorschlagen wollen. Wir glauben, daß diese Meinung sofort widerlegt werden könnte, wenn Ihnen geeignete Vorschläge unterbreitet werden, zumal ja nach der Städteordnung eine Bevorzugung einer besonderen Partei oder einer besonderen Bevölkerungsklasse nicht zulässig ist. Um Ihnen hierbei behilflich zu sein, empfehle ich Ihnen der unterzeichnete Bezirksführer für die sozialdemokratische Partei bei Vorschlägen zur Armen-, Wasser- und Schulkommission folgende Personen zur Berücksichtigung, damit auch die Arbeiterschaft in diesen Kommissionen vertreten ist. Wir meinen, daß auch Arbeiter recht geeignet sind, in den genannten Kommissionen im Interesse der Stadtgemeinde nützlich wirken zu können.

Hochachtungsvoll (folgt Name.)

Diesem Schreiben lag ein Zettel bei, auf welchem einige Personen namhaft gemacht wurden, die sich zur Übernahme von bestimmten Ämtern bereit erklärt hatten. Dieser Zettel war mit dem Ersuchen versehen, die Vorge schlagenen berücksichtigen zu wollen. Das sagte Herr Thieme aber nicht, der in dem von Arbeitern stark bewohnten Bezirk in der Pringelallee seit Jahr und Tag keinen Arbeiter in eine Kommission genommen hatte. Er schrieb darauf folgenden Brief:

Herrn R. R. (Name).

Geehrter Herr!

Ich besitze Ihr Schreiben und möchte, ehe ich weiter darauf eingehe, darauf aufmerksam machen, daß ich folgenden Satz Ihres Schreibens: „und wünsche dieses berücksichtigen zu wollen“ für eine etwas ungewöhnliche Form einer Bitte ansehe, die Sie an mich stellen und ich diese ungewöhnliche Form durch nicht genügende Feingewandtheit wohl einschuldigen muß. Sollte ich mich aber in dieser Beziehung etwa in einem Irrtum befinden, so möchte ich Ihr Ersuchen in dieser Form als ungebührlich zurückweisen und die folgende Antwort als nicht gegeben ansehen.

Zur Sache selbst erwidere ich Ihnen, daß ich bei dem Vorschlag für die Besetzung von städtischen ehrenamtlichen Stellen auf die politische Richtung des Kandidaten keine Rücksicht nehme und prinzipielle Vorschläge solcher Herren ablehne, die mir nur mit Rücksicht auf die politische Parteirichtung empfohlen werden. Ich kann auch im vorliegenden Falle von diesem Prinzip nicht abgehen und behauere deshalb, die von Ihnen empfohlenen Herren nicht in Vorzug bringen zu können, wenn Sie für dieselben keine weitere Befähigung als ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei vorbringen können. Sollten die Herren jedoch besondere Eigenschaften besitzen, die sie für den städtischen ehrenamtlichen Dienst geeignet machen, so ersuche ich Sie, mir dies näher zu begründen, und werde ich dann keinen Abstand nehmen, bei einem oder anderen Herren für eine geeignete Stelle in Vorzug zu bringen.

Achtungsvoll

Karl Thieme, Stadtverordneter.

Diese Antwort des Herrn Stadtverordneten Thiemes charakterisiert sich selber. Herrn Thieme ist darauf folgendes Schreiben zugegangen:

Berlin, 8. Dezember 1913.

Herrn Stadtverordneten Thieme, hier N.

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 19. September cr. („Als Antwort auf meinen Brief.“ Diese Worte fehlen irrtümlicherweise. Die Redaktion d. „V.“) in welchem ich das Ersuchen an Sie richtete, bei Vorschlägen zu unbesoldeten kommunalen Ehrenämtern für unseren Stadtbezirk auch Personen aus Arbeiterkreisen zu berücksichtigen, komme ich erst heute zurück.

Ich möchte nochmals bemerken, daß die von mir vorgeschlagenen Personen natürlich geeignet sind, die in Frage kommenden Arbeiten zu erledigen. Das ist in meinem Schreiben an Sie auch als selbstverständlich angenommen worden. Ich bin der Meinung, daß die von mir geäußerte Form des Ersuchens um Berücksichtigung allen billigen Anforderungen an Höflichkeit genügen dürfte. Eine Bitte lag allerdings nicht in meinem Schreiben, da ich annehme, daß die Vereinnahmung, daß Arbeiter in den ehrenamtlichen Dienst der Stadt treten wollen, von den Herren Stadtverordneten nur begrüßt werden würde. Nach der Städteordnung ist ja jeder Bürger hierzu verpflichtet.

Hochachtungsvoll: Name.

Diese Antwort entbehrt uns wohl jeder weiteren Bemerkung. Der Briefwechsel zeigt, daß die Darstellung des Herrn Thieme in der Stadtverordnetenversammlung mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sein dürfte.

Zur Kaufmannsgerichtswahl in Berlin.

Für Liste 2! lautet das Thema einer öffentlichen Versammlung, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen zu Montag, den 2. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr, nach den „Sophienfäden“

Sophienstr. 17/18, einberufen hat. Es referieren die Genossen Reichstagsabgeordneter Feus-Dessau und Redakteur Paul Lange-Berlin.

Der Wahlkampf um das Kaufmannsgericht ist im Gange. Nicht weniger als 12 Listen stehen sich im Kampfe gegenüber. Auf der einen Seite die bürgerlichen Verbände, die auf dem Boden der Harmonie der Interessen zwischen Angestellten und Unternehmern stehen, auf der anderen Seite die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten, der Zentralverband der Handlungsgehilfen. Hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen schon bei der Wahl vor 3 Jahren einen großen Erfolg erzielt, indem er den antisemitischen Deutschnationalen und anderen Harmonieverbänden zusammen 16 Sitze im Kaufmannsgericht abnahm, so wird er diesmal verdoppelte Anstrengungen machen, um die Zahl seiner Sitze weiter zu steigern im Interesse der Handlungsgehilfen. War der Wahlkampf, soweit von einem solchen bisher gesprochen werden konnte, sachlich, so haben die Deutschnationalen dafür gesorgt, daß die sachliche Diskussion beeinträchtigt wird durch die an den Antisemiten bekannte persönliche Kampfmethode. Ist da neulich ein antisemitisches Schriftchen erschienen, das sich „Um unser gutes Recht“ betitelt. Dem Eingeweihten wird sofort klar, daß der Inhalt zu dem Titel paßt wie die Faust aufs Auge. Das Heftchen wimmelt von Verdrehungen und Entstellungen und eignet sich bestenfalls zur Lektüre für diejenigen, die nicht alle werden. Mit denen hat wohl auch der Herausgeber gerechnet, sonst hätte er Mühe und Zeit sparen können. Ein halbwegs vernünftiger Mensch nimmt das Schriftchen für das, was es ist, ein mißglückter Versuch, vernünftige Leute für den antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverband einzufangen zu wollen. Am Montag soll den antisemitischen Pöbeln heimgeleuchtet werden. Man will ja mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen „die Klinge kreuzen“, wie man großm... ündig in einer deutschnationalen Versammlung bekanntgemacht hat. Immer zu. Es soll ihnen nichts geschenkt werden. Aber auch die anderen Harmonievereiner sollen nicht zu kurz kommen. Die Handlungsgehilfen werden gut tun, diese Versammlung zahlreich zu besuchen.

Also auf zum Kampf für Liste 2!

Parteiangelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Mitte Februar erscheint wieder eine neue Lokalliste. Wir ersuchen daher, alle Vorschläge bzw. Neuaufnahmen bis spätestens Donnerstag, den 12. Februar, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Franz Lucht, SB, 68, Lindenstr. 2.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, S, 58, Urbanstraße 67.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO, 36, Grünauer Straße 26, IV.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Franz Wepersdorf, O, 34, Litauer Straße 14.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, C, 54, Auguststr. 51, III.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Solomon Joseph, NB, 21, Stromstr. 36.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Ernst Berkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Für Teltow-Beeslow an den Genossen Karl Rohr, Neutöln, Neue Jonaststr. 38, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Stahl, Spandau, Marschallstr. 2.
Für Ober-Barnim an den Genossen Karl Schindhelm, Eberswalde, Freite Straße 69.
Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitig Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Wahlkreise so oft gefaßten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 12. Februar einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einbringungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Epernotwendigkeit (Vergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Albert Hahnisch, C, 54, Auguststraße, 51.

Vierter Wahlkreis (Landsberger Viertel). Heute Sonntag findet im Cichlum, Landsberger Allee 40, ein Volksliederabend statt. Mitwirkende: Fr. R. Hlotnida, Sopran; Herr Leberer-Prina, Bariton; Fr. Balli Kassel, Rezitationen; am Flügel: Fr. Susanne Friedberg. Saalöffnung 8 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintrittskarten 30 Pf. Nach der Vorstellung Tanz.

Fünfter Kreis. Sonntag, den 1. Februar, in den Sophienfäden, Sophienstr. 17/18: Lichtbilder-Vortrag „Eine Reise durch die sächsische Schweiz“. Vortragender Genosse Rudolf Müller. Nach dem Vortrag Tanz. Personen, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach Anfang pünktlich 6 Uhr Eintrittskarte 20 Pf.

Sechster Wahlkreis. Eine öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen findet heute Sonntag, den 1. Februar, im Raabiter Gesellschaftshaus, Wilschstr. 24, statt.

Wir laden hierzu freundschaftlich ein. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein und Tanz. Der Vorstand.

Stegly-Friedenau. Am Dienstag, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Albrechtshof in Stegly: Öffentliche politische Versammlung. Reichstagsabgeordneter Daniel Stücken spricht über: Freies Koalitionsrecht und die Frage der Scharfmacher.

Tempelhof, Mariendorf. Montag, 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Benschel, Mariendorf, Chausseest. 27: Versammlung der Jugendsektion. Vortrag des Genossen Eberlin: „Die Organisationsformen der Arbeiterschaft.“ Das Erscheinen aller jungen Genossen und Genossinnen wird erwartet. Gäste willkommen.

Ober-Schöneberg. Montag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Rade: 4. Vortragsabend. Thema: Der Sozialismus als Lieber-

winder des Kapitalismus: Bergesellschaftung der Produktionsmittel. Referent Genosse Eichhorn. Teilnehmer zahlen 10 Pf. Arbeitslose freien Eintritt.

Bruchmühle. Heute Sonntag: Extra-Jahlabend bei Wille abends 7 Uhr.

Zehlendorf (Wannseebahn). Dienstag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Demo Widley, Potsdamer Str. 25, Wahlvereinsversammlung statt. Vortrag des Genossen A. Cohen über die Arbeitgeberorganisationen. Die örtlichen Leitungen der Gewerkschaften werden ersucht, für regen Besuch der Versammlung zu agitieren. Gäste sind willkommen.

Berliner Nachrichten.

Winterwanderung.

Vom Görlitzer Bahnhof, den wir durch Benutzung der Hochbahn oder mit Hilfe einer der an ihm vorbeifahrenden Straßenbahnlinien erreichen, fahren wir früh 8.50 Uhr nach Schmöckwitz-Eichwalde (Fahrkarte dritter Klasse 30 Pf.). Von der Haltestelle führt uns der Weg nach Osten durch die Kolonie Eichwalde, die zum großen Teile noch aus eingezäunten, lockeren Waldparzellen besteht. Kurz vor Schmöckwitz geht der Weg rechts nach dem eben genannten Orte ab, die Wagen einer Straßenbahn, der sogenannten Uferbahn, laufen an uns vorbei und wir wandern durch Schmöckwitz, das zwischen Zentherener und Seddinssee hübsch eingekesselt daliegt. Dann überschreiten wir die Brücke zwischen beiden Seen und biegen gleich links ab auf den Fußweg, der als Seddinssee-Bromenade bezeichnet ist. Auf diesem geht es an prächtigen alten Baumgestalten vorbei an das Seeufer und an diesem entlang weiter, mit prächtigen Blicken über den See hinweg auf die blauen Müggelberge. Der Riefernwald zur rechten Hand bricht mit steilen Gängen gegen unseren Weg ab, und aus den aufgebrochenen Stellen leuchtet der angenehm gelbe, weiche, feine Dünensand, der eine große Anzahl der Höhen dieser Gegend zusammenzieht, als Zeugen vorgeschichtlicher Windtätigkeit in steppenartigen Geländen. Aus dem Seddinssee führt der Spreekanal nach Fürstenwalde. Wir überschreiten ihn auf der schlanken Gofener Brücke und halten uns dann nordöstlich, wodurch wir bald die vor uns aufsteigenden Gofener Berge mit dem Aussichtsturm auf der höchsten Kruppe erreichen. Bei windigem Wetter würt man hier oben Sturm. Aber es lohnt sich, besonders im Winter bei weniger starkem Besuch, hier hinaufzusteigen, wegen der schönen Fernsichten ringsum und auch wegen des Sandes, der die Wähe nicht verdirbt, die ständig auf seine Kosten hier gerissen werden. Denn der Anblick dieser Sandwüste ist eigenartig genug, und sie erzählt ihre Geschichte. Vor uns (nordwestlich) liegt das Dorf Gofen, aus zwei rechtwinklig sich kreuzenden Säulenreihen aufgebaut. Wir steigen nach rechts gegen das Ufer des Bernsdorfer Sees herab, eines gestreckten, aber so flachen Beckens, daß an vielen Stellen Schilf und Untiefen aus ihm hervorragen. In seiner Nordhälfte überschreiten wir den aus dem See fließenden Graben auf einer Brücke und wenden uns westlich nach Neu-Zittau, wo gegebenenfalls Station gemacht werden kann, denn die weitere Wanderung führt uns mehrere Stunden durch ausgedehnten Wald. Wir schlagen die Straße von Neu-Zittau nach Friedersdorf ein, die den großen Friedersdorfer Forst in südlicher Richtung durchquert. Bevor diese Waldstraße den Spreekanal schneidet, erscheint der Stabelberg, den wir besteigen um seiner Einsamkeit willen und wegen der Fernsicht, die sein waldbestandener Rücken an manchen Stellen gewährt. Nach dem Abstieg wird die Brücke über den Kanal überschritten und bald darauf das nach Südosten gehende Coblower Gestell eingeschlagen. Wir erreichen auf ihm Coblau und haben vielleicht Glück, einen Zug nach Königs-Wusterhausen und von dort nach Berlin zu erwischen. Ist er aber kurz vorher abgefahren, wie es gewöhnlich der Fall zu sein pflegt, so wandern wir unbedroffen jenseits der Bahn und neben dieser nach Bernsdorf weiter, das wir nach Uberschreitung eines Damms zwischen Krüppelsee und Langensee, mit malerischen Ausblicken, bald erreichen. Von hier weiter auf der Chaussee nach der hübsch gelegenen „Neuen Mühle“ und von da auf einem Abkürzungsweg nach Königs-Wusterhausen. Hier fehlt es nicht an Bügen, die uns in weniger als einer Stunde nach dem Görlitzer Bahnhof oder nach der Stadtbahn zurückbringen.

In dieser Ausdehnung umfaßt der Ausflug etwa 30 Kilometer, eine Strecke, die man im heißen Sommer nicht gern, im Winter aber leicht zurücklegen kann, um die Muskeln wieder ordentlich in Gang zu bringen. Man sieht dabei oft mehrere Stunden lang keine Menschenseele, dafür aber hübsche Wald- und Seebilder die Menge und freut sich, wieder ein neues Stück der Mark kennen gelernt zu haben.

Vom Arbeitsnachweis für Groß-Berlin.

Gestern tagte unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth eine freie Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden im Berliner Rathaus, um in Verfolg ihrer früheren Beratungen über die Schaffung eines einheitlichen Groß-Berliner Arbeitsnachweises zu beschließen. Bekanntlich war eine Sonderkommission mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragt, über welche gestern in der Konferenz Bericht erstattet wurde. Während schon früher alleinig die Notwendigkeit anerkannt war, wirksame Maßnahmen gegen die auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung herrschende Zerplitterung durchzuführen, war Gegenstand der gestrigen Debatte im wesentlichen die Verwirklichung, welche der Zusammenfassung und weiteren Ausgestaltung des Reichs-öffentlichen Arbeitsnachweises zugrunde zu legen ist. Es soll angestrebt werden, einen engeren Zusammenschluß der Groß-Berliner Gemeinden und durch diesen zugleich ein Zusammenwirken mit der Provinz Brandenburg herbeizuführen. Zu solchem Zwecke wurde der Vorsitzende beauftragt, mit den Organen der Provinz in Benehmen zu treten, während die bereits gebildete Kommission die Einzelheiten des Planes ausarbeiten wird.

Mängel in der Angestelltenversicherung.

Für die Zwecke der Angestelltenversicherung sind die Arbeitgeber verpflichtet, die Verhältnisse und deren Veränderungen ihres Personals der Reichsversicherungsanstalt mitzuteilen, soweit diese für die Versicherung in Betracht kommen. Diese Meldungen werden aber nicht immer mit der nötigen Sorgfalt gemacht. Das Direktorium befragt sich darüber, daß es besonders in den ersten Monaten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe, wenn es auch gelungen sei,

Wahlberechtigt ist jeder männliche Handlungsgehilfe, der in Weichenbee beschäftigt und am Tage der Wahl mindestens 25 Jahre alt ist. Er muß außerdem in die Wählerliste eingetragen sein. Die Eintragung in die Wählerliste erfolgt auf mündlichen oder schriftlichen Antrag in der Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts Pistoriusstr. 24, Zimmer 35, werktäglich während der Dienststunden von 8-3 Uhr.

Wer nicht dort hingehen kann, findet in den vom Zentralverband der Handlungsgehilfen eingerichteten und durch Plakat kenntlich gemachten Anmeldebüroen Gelegenheit, seine Eintragung in die Wählerliste zu vollziehen. Der Antragsteller hat sich eventuell über Alter und Beschäftigungsort auszuweisen. Als Ausweis gelten: Geburtsattest, Militärpapiere, Zeugnisse der Militärbehörde oder des Arbeitgebers.

Der letzte Termin für den Antrag auf Eintragung in die Wählerliste ist der 12. Februar. Wer seine Eintragung verjährt, geht des Wahlrechts verlustig.

Spandau.

Gerüchte über einen Frauenmord schwirren gestern durch die Stadt. Es handelte sich um eine Stenotypistin, die am Sonnabend früh gegen 4 1/2 Uhr in einem Torweg der Lindenstraße betrunken aufgefunden worden war. Die Polizei stellte fest, daß der Tod der in der Schönwalderstraße beschäftigten Stenotypistin bereits eingetreten war. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen in der Nacht zum Sonnabend in Begleitung zweier junger Leute eine Anzahl von Schanklokalen und Cafés besucht hatte und von diesen in total betrunkenem Zustande nach der Lindenstraße verschleppt worden war. Dort mißbrauchten die beiden jungen Leute die sinnlos Betrunkene und überließen sie dann ihrem Schicksal. Später wurden die beiden Begleiter der Toten ermittelt und in Haft genommen, sie wurden aber im Laufe des gestrigen Vormittags wieder entlassen, da festgestellt wurde, daß der Tod des Mädchens wahrscheinlich durch Erbrechen oder Erstickung erfolgt ist. Genaue Klärung des Voralles muß die weitere Untersuchung erbringen.

Eihungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.
Kaulsdorf. Montag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Gemeinde-Festungsaal, Adalstr. 26.

Frauen-Leseabende.

Friedenau. Montag bei Klobe, Sandjersstr. 60/61. Vortrag der Genossin Dunder.

Friedrichshagen. Dienstag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Friedrichstr. 60, 2. Hof part. links.

Pankow. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Adler, Charlottenstr. 34. Vortrag der Genossin Lampe.

Wilmerdorf. Der fällige Leseabend am 2. Februar fällt aus. Dagegen findet gemeinsam mit dem Bildungsausschuß am Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Viktoriagarten ein öffentlicher Vortrag statt. Der Prof. Dr. med. Blafko spricht über: „Der Geburtenrückgang als soziales Problem“.

Jugendveranstaltungen.

Pankow. Heute Sonntag, nachmittags 5 Uhr, bei Schulz, Kurfürststr. 27, Unterhaltungsabend. Rezitationen, Gesang und Klavier-vorläufe. Donnerstag, den 5. Februar, Diskussionsabend bei Reizmann (früher Kömmele), Marienstr. 7, Anfang 8 Uhr. Sonntag, den 8. Febr., Tagespartie nach Großbeeren—Tietzen—Ludwigshöhe. Jahrgang 14 Jhr. für Abkommen der „Arbeiter-Jugend“ 25 Pf. Treffpunkt 1/8 Uhr Bahnhof Lichterfelde-Ost, Abmarsch 7/8 Uhr, Rückkehr abends 7 Uhr. Die Teilnehmer werden gebeten, ihre erwachsenen Söhne und Töchter anzuhaken, an den obigen Veranstaltungen teilzunehmen. Auch Erwachsene sind bei den Veranstaltungen gern gesehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — 2. Stock —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. M. 3. 33. Eine gesetzliche Verpflichtung, Krankenunterstützung in Höhe von 21 M. wöchentlich zu gewähren, besteht nicht. Die Höhe der Krankenunterstützung ergibt sich aus dem Statut. — **W. M. 99. 1. Ja.** 2. und 3. Die Mutter kann das Kind abholen, falls die Herausgabe verweigert wird, kann durch einen Rechtsanwalt Klage auf Herausgabe erhoben werden. — **W. M. 52.** Stellen Sie bei dem Vorhanden der Veranlagungs-Kommission einen Antrag auf Steuererlass. Dieser Antrag hat Aussicht auf Erfolg. — **W. T. 99.** Eine Klage auf Unterlassung erscheint undurchführbar. — **W. S. 66.** Das Gesetz schreibt die Entlassung nicht

vor. — **W. S. 50. Zeit.** — **S. 19.** Der Richter muß die Berechnung seiner Forderung nachweisen. Ob Berechnung vorliegt oder nicht, läßt sich aus Ihrer Darstellung nicht entnehmen. — **W. R. 75.** Sie sind haltbar. — **Kahn 13.** Ja, falls nicht der Abgang eines schriftlichen Vertrages vorbehalten worden ist. — **S. 77. 1.** In das Paragraf 2. Nr. 3. Ja, wenn Sie zu den gesetzlichen Erben gehören. Für die Abfertigung werden Schreibgebühren in Höhe von 20 Pf. pro Seite erhoben. 4. und 5. Ihre Darlegung reicht zur Beantwortung nicht aus. 6. Ja, sofern die Frau nicht etwa ohne den gesetzlichen Grund getrennt lebt. **S. 71. 1.** Ohne Angabe des Schuldgrundes nicht zu beantworten. 2. Wenn es sich um Privatrechtl. Ansprüche handelt, nur dann, wenn der betreffende ein Einkommen von mehr als 125 M. monatlich hat. 3. Nein. — **S. S. Wilmerdorf.** Nur dann, wenn Sie eine Aufforderung zur Deklaration erhalten haben. Steuerpflichtig ist der Vermögensbetrag nicht. — **W. S. 18.** Die angegebenen Tatsachen würden ausreichen, sofern Sie den Beweis führen können, und sofern nicht etwa Verjährung oder Verjährung vorliegt. — **Mariendorf 30.** Eine Reklamation ist zweifellos. — **S. 8. 1884. 1.** Falls Ihre Frau nicht unterbetet, halten wir eine Lohnbeschlagnahme nicht für zulässig. 2. Die Staatszugehörigkeit wird durch eine bestimmte Aufenthaltsdauer nicht erworben. 3. Die Frage ist unverständlich. — **Gold 950. 1.** und 2. Eine Klage hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn durch einen Sachverständigen bewiesen werden kann, daß der Goldgehalt ein geringerer ist, als bei dem Stempel ihn angeht. 3. Nein. 4. 16 Pf. Marken. 5. Bis zum 1. März 1914. 6. Mindestens 20 Marken. — **S. 23. 36. 1.** Ja, nach vier Jahren. Die Verjährungsfrist ist aber in dem vorliegenden Falle durch die geleisteten Abzahlungen unterbrochen. 2. und 3. Die Entgelte sind ebenfalls erlassungspflichtig. 4. Die Beschlagnahme wäre zulässig, falls das Guthaben sich nach auf der Sparkasse befinden würde. 5. Ja. 6. Sie reichen zu einer Beschwerde an das Sparfassenministerium. — **W. S. 33. 1. Ja.** 2. Bezüge aus der Krankenkasse unterliegen nicht der Steuerpflicht.

Marktpreise von Berlin am 30. Januar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volksgeldräubers. Weis (mitged), gute Sorte 16,50—17,20, Donau 16,00—16,30, Reis (runder), gute Sorte 14,90—15,30, Rührliefer 4,80—5,00, Heu 6,60—8,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Limen 35,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karben 1,20—2,40. Halm 1,60—3,40. Jander 1,40—3,20. Getriebe 1,60—2,80. Lardere 0,80—2,90. Schmir 1,60—3,20. Meis 0,80—1,60. 60 Stück Zwiebel 3,00—24,00.

N. JSRAEL

Spandauer Str. 16 BERLIN C Königstrasse 11-14

Mein diesjähriges
Februar-Extra-Angebot

großer Posten
Tischwäsche u. Handtücher

Damen-Wäsche u. Herren-Wäsche
bietet günstigste Einkaufsgelegenheit

zu außergewöhnlich billigen Preisen

Einige Beispiele:

Einige Beispiele:

Tischwäsche

Reinleinen Hausmacher-Jacquard

Stern- oder Blumenmuster
130x 130cm 2.00 130x 160cm 2.25 160x 160cm 3.15

Servietten dazu passend Größe 62x62 cm. Dtz. 5.30

Reinleinen Jacquard mit Durchbruch

gesäumt — vollgebleicht
130x 130cm 3.85 130x 170cm 4.95 160x 225cm 8.00

Servietten dazu passend Dtz. 13.00 38x38 Dtz. 4.85

Handtücher

Gebleicht Jacquard 50x 110 cm, Dtz. 6.50

Reinleinen Jacquard 50x 125 cm, Dtz. 8.50

Reinleinen Gerstenkorn feinfädig 52x115 Dtz. 10.00

Damen-Wäsche

Taghemd handgestickt mit Languette 2.50

Taghemd mit Sticker-Einsatz und Ansatz 2.75

Nachthemd mit Einsatz u. Ansatz 3.50

Untertaille amerikan. Art, mit Einsatz und Ansatz 0.95

Herren-Wäsche

Farbige Oberhemden aus Perkal mit festen Manschetten, gewaschen und geplättet 1.90

Weisse Oberhemden mit glatten Einsätzen, gewaschen und geplättet 2.50

Mit Piqué-Falten-Einsätzen, gewaschen und geplättet 2.50

Im 1. Stock:

Auslage 10 fertiger Brautwäsche-Ausstattungen



Genossenschaft Berliner Bandagisten

50. 10. Köpenicker Str. 95b (zwischen Neander- und Neue Jakobstraße) Gegr. am 1. Juli 1907 102/13 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Artikel zur Krankenpflege u. dergl.

Lieferant der Krankenkassen Berlins u. Vororte, des Verbandes der Hausarzt-Vereine und der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.

Eigene Werkstatt, Fachgemäße Bedienung. Für Damen weibliche Bedienung.

Heines Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts



Billigste Einkaufsquelle. Höchste Rabattsätze. 35 Filialen in Berlin u. Vororten.



Richtige Ernährung mit Knorr-Hafermehl bedeutet Gesundheit der Kinder und Glück der Eltern. Knorr-Hafermehl ist seit 40 Jahren bewährt. — Das Paket kostet 30 Pfennig.

Sehr beliebt sind auch Knorr-Suppenwürfel in 48 Sorten. 1 Würfel 3 Teller 10 Pf. Versuchen Sie Knorr-Spargel-Suppe!

Mein Urteil steht fest,

daß Ihr „Wacholder-Extrakt Medico“ von ausgezeichneter Wirkung ist und daher der leidenden Menschheit nicht warm genug empfohlen werden kann. Ich bin 53 Jahre alt und litt an mangelhafter Blutkreislauf sowie geringer Tätigkeit der Ausscheidungsorgane. Dadurch zeigten sich nervöse Erscheinungen ein wie Angstgefühl, Unruhe, Herzklopfen, Kopfschmerzen, letztere manchmal so heftig, daß es mir nicht möglich war, zu denken. Auch hatte ich viel an Gelenken zu leiden. — Schon nach kurzem Gebrauch Ihres Wacholder-Extraktes blieben die Kopfschmerzen weg, der Kopf sowie der ganze Körper wurden leichter, es stellte sich die frühere Körperwärme ein verbunden mit einer Arbeits- und Lebensfreude, über die ich seit Jahren nicht mehr verfügte. —
G. L., Oberimpfstor.

Reichels Wacholder-Extrakt ist niemals ausgetrocknet, sondern garantiert rein u. frisch nur in Original-Verpackungen à M. 1.50, 2.50 u. für längeren Gebrauch große Blechflasche (sehr vorzuziehen) M. 6.— in den Drogerien u. Apotheken erhältlich, wenn nicht, wende man sich an **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.** Man achte aber scharf auf Wort und Marke „Medico“ die allein für Echtheit und Güte bürgt.



Tahakarheiterygenossenschaft Stuttgart.

Spezialität No. III.

Beste Qualitäts-Ware.

Fragen Sie Ihren Händler nach unseren Zigaretten.

Wir brauchen Ihre Unterstützung.

Vertreter für Groß-Berlin:

P. Horsch, Engelufener 15
Gewerkschaftshaus.

Rheingold-Sänger. 2. Feiertag (Frei. 8. Rhein, Reutbahn, Gobrechtstr. 8. 179/3)

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinzen-Allee Herren- und Damen-Moden, Berufs- und Elegante Paletots, Ulster, Joppen. Großes Stofflager zur eleganten Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

Möbel-Ausstellung
Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen i. schlichter gediegener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bestrebungen der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in **Höfner's Möbel-Engroshaus** Berlin N. 201, Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtung sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Masken-Garderobe
Willi Ernst. Köpenicker Straße 55 b, L. Amt Moritzplatz 11 314. Gr. Auswahl! Bill. Preise! Vorzüglicher dieser Annonce enthält 10 Pros. Preisermäßigung.

Spezialarzt
Dr. med. Garm. Frauenleiden, nerv. Schwäche, Reiznerven jeder Art, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß. Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Arminius-Hallen
Bremer Str. 72/73. Großer Saal mit Bühne Sonnabend, 21., 28. März, zufällig wieder frei geworden. Max Schölsel.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Die reellsten und solidesten
MÖBEL
Liefert anerkannt Mobelfabrik von Schulz, Reichenberger seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenspreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.



HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche waschen alle Arten, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt,

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Soweit der Vorrat reicht.

Bettwäschestoffe

Louisianatuch ca. 80 cm breit, Mtr.	40, 48, 55 Pf.
Louisianatuch ca. 130 cm breit, Mtr.	70, 85, 95 Pf.
Satin gestreift, ca. 80 cm breit, Mtr.	52, 60, 80 Pf.
Satin gestreift, ca. 130 cm breit, Mtr.	85, 95 Pf.
Damast neue Must., 80 cm breit, Mtr.	55, 75, 95 Pf.
Damast neue Must., 130 cm br., Mtr.	85 Pf. 115 135
Lakendaulas ca. 150 cm breit, Mtr.	70, 95 Pf. 110
Lakendaulas ca. 180 cm breit, Mtr.	110 125 145
Köper-Inlett ca. 80 cm breit, Mtr.	95 Pf. 120 140
Köper-Inlett ca. 130 cm breit, Mtr.	140 185 220
Unterbett-Drell ca. 115 cm br., Mtr.	110 145 260

Wäschestoffe

Hemdentuch ca. 82 cm breit, Mtr.	35, 45, 55 Pf.
Renforcé ca. 82 cm breit, Mtr.	38, 50, 65 Pf.
Makotuch ca. 82 cm breit, Mtr.	52, 60, 80 Pf.
Louisianatuch ca. 82 cm breit, Mtr.	40, 48, 55 Pf.
Croisé - Barchent ca. 80 cm breit, Meter	42, 60, 75 Pf.
Pikee - Barchent ca. 80 cm breit, Meter	42, 55, 80 Pf.

Tischwäsche

Jacquard, Halbleinen						
115/125	130/130	130/150	150/180	190/220	Servietten	
140	165	230	290	425	425	
Jacquard, Halbleinen						
130/130	130/150	150/180	150/225	190/220	Servietten	
220	280	350	450	690	510	
Jacquard, Reinleinen						
130/130	130/150	150/180	150/220	190/220	Servietten	
245	315	400	590	850	590	
Jacquard, Reinleinen, Rasenbleiche						
130/130	130/150	150/200	150/220	190/220	Servietten	
395	525	650	710	1050	890	
Jacquard, Reinleinen, Vollweiss						
130/135	130/170	150/180	150/225	190/220	Servietten	
425	540	650	920	1350	1050	
Jacquard, Reinleinen, gebleicht						
130/170	150/180	150/225	190/240	190/220	Servietten	
650	775	1000	1625	1950	1375	

Klöppel-Handarbeiten } enorm
Decken, Läufer, Milieux - Gedecke usw. } billig!

Küchenwäsche

Grau-Drell Halbleinen	Dtz	450 590 625
Grau-Drell Reinleinen	Dtz	490 585 735
Gerstenkorn m. rot. Kante, Halbl.	Dtz	450 550 790
Gerstenkorn m. rot. Kante, Reini.	Dtz	440 725 850
Weiss-Drell m. rot. Streifen, Halbl.	Dtz	465 520 590
Daiper-Gewebe Reinleinen	Dtz	440 580 690
Wischtücher mit Kante	Dtz	195 275 365
Wischtücher Reinleinen	Dtz	245 410 475
Wischtücher Reinleinen m. Schrift	Dtz	350 475 610
Staubtücher	Dtz	95 Pf. 125 160
Abwachtücher	Dtz	120 160 175
Rolltücher	Stück	110 145 230

Stub.-Handtücher

Drellgewebe-Halbleinen	Dtz	490 525 600 725
Drellgewebe-Reinleinen	Dtz	675 850 950 1075
Jacquard-Halbleinen	Dtz	490 540 690 750
Jacquard-Reinleinen	Dtz	590 875 1000 1225
Gerstenkorn-Halbleinen	Dtz	550 625 725 790
Gerstenkorn-Reinleinen	Dtz	690 725 790 1375

Damen-Wäsche

Damenhemden u. Beinkleider	in versch. Schnitt aus gutem Renforcé mit Stickerel, reich garniert, . . . Stück	135 165 195
Damenhemden u. Beinkleider	aus prima Renforcé m. feiner Schweizer St.ck., An- u. Eins. m. Seldenh.-Gar. St.	275 325 350
Nachtjacken	aus la Winter- und Sommerstoffen mit Stickerel- od. Patentlangette garn., Stück	165 195 225
Nachthemden	mit Umlegkragen oder halafrel, aus gutem Renforcé m. St.ck. garniert, Stück	225 350 550
Prinzeß-Unterröcke	aus feinen Stoffen, reich m. la St.ck. garn., vorzügl. Sitz, Stück	375 550 975
Unterröcke	mit breiten Stickerelen und Seldensband-durchzügen garniert, . . . Stück	375 550 690
Untertaillen	aus vorzüglichen Stoffen, zum Teil amerikani-sche Art, mit Stäbchen, . . . Stück	85 Pf. 125 165

Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden	Achselchluss, aus Renforcé, mit Hohlsaum-Langette, in 12 Grössen	40 Pf. 155
Mädchen-Hemden	Fassonschnitt, aus feinem Renforcé, mit Stickerel-Ansatz und Hohlsaum-Verzierung, in 12 Grössen	60 Pf. 180
Mädchen-Beinkleider	Knieform, aus gutem Renforcé, mit Stickerelansatz, in 8 Grössen	65 Pf. 140
Mädchen-Beinkleider	Knieform, aus gutem Renforcé, mit Stickerel-Ein- und Ansatz, in 8 Grössen	110 bis 210
Mädchen-Nachthemden	aus Renforcé, mit Umlegekragen oder halafrel, in 7 Grössen	125 bis 275
Knaben-Hemden	mit Preis und kurz. Ärmeln, aus Renforcé, in 9 Grössen	45 Pf. 120
Knaben-Hemden	mit Mäntel-Ausschnitt, aus Renforcé, in 9 Grössen	45 Pf. 125
	m. langen Ärmeln, aus Renforcé, in 8 Grössen	110 bis 160
	mit Umlegkragen und Taschen, aus gutem Renforcé, in 7 Grössen	115 bis 235

Taschentücher

Reinleinen 46 cm	Dutzend	450 550 650
Reinleinen 49 cm	Dutzend	500 650 750
Reinleinen mit farbiger Kante	Dutzend	725 825 925
Linon prima Fabrikat	Dutzend	200
Reinleinen Madeira	Handarbeit St.	50, 75, 95 Pf.
Schweizer Stickereitücher	Stück	30, 45, 65 Pf.
Schweizer Batist	rings gestickt	Stück 35 Pf.
Leinen-Batist	m. handgeat Ecke	Stück 35, 50, 70 Pf.

Reinleinen mit kl. Webfehlern	esonders billig
Reinleinen pa. Qualit	Dtz No. 290 No. 375 No. 450
Englisch Batist mit Hohlsaum	Dtz 190 290 350
Englisch Leinen-Batist	m. Hohlsaum Dutzend 290 350 410

Grosse Posten

Weisse Blusen

verschiedene Stoffe

145 290 390 490

Grosse Posten

Weisse Kleider

Wasch Voile

490 690 975 1250

Bettwäsche

Garnitur Haustuch, Bezug mit 2 Kissen	450
Garnitur Linon, Bezug mit 2 Kissen	550 625
Garnitur Louisiana, Bezug mit 2 Kissen	675 725
Garnitur gestreift Dimiti, Bezug mit 2 Kissen	750 825
Garnitur Damast, Bezug mit 2 Kissen	650 890
Ueberlaken aus gutem Louisiana mit Stickerel-Ein- und Ansatz	725 875
Dazu passende Kissen	225 350
Ueberlaken aus gutem Louisiana mit ausgehühter Langette	550
Mit passenden Kissen	145
Betttücher Daulas 150/200	195 225 Daulas 150/225 275 295
Betttücher aus Prima-Daulas, extra gross	350 395
Garnierte Kissen mit Einsatz oder Langette	95 Pf. 125 145

Reichstag.

103. Sitzung: Sonnabend, den 31. Januar, mittags 12 Uhr. Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Lesung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Abg. Vassermann (natl.):

Als erster Redner aus dem Hause will ich zunächst der herzlichsten Teilnahme des Reichstags Ausdruck geben für die Opfer des Unglücks auf der Zeche „Minister Achenbach“ und ihre Angehörigen. Wir erwarten, daß der Staatssekretär noch nähere Mitteilungen darüber machen wird. — Das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten, wäre sittlich verwerflich und politisch ein Wahnsinn. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Man würde dadurch die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen dem Staatsgedanken abwendig machen und den Prozeß der Abkehr der Arbeiter von der Sozialdemokratie aufhalten. Gibt man den Arbeitern das Koalitionsrecht, so muß man ihnen auch überlassen, wie sie sich koalieren wollen. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler hat sich zum Koalitionsrecht bekant und als Gegner von Ausnahmengesetzen. Er hat eine neue Prüfung der Frage des Schutzes der persönlichen Freiheit bei der Revision des Strafgesetzbuchs in Aussicht gestellt sowie eine Denkschrift. Wir enthalten uns deshalb besonderer Anträge und werden den konservativen Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens ablehnen. Das steht auch im Einklang mit den Ausführungen meines Parteifreundes Köchling im preussischen Abgeordnetenhaus; auch er lehnt ein besonderes Gesetz gegen Streikposten ab, denn die Polizei hat bereits heute das Recht, einzuschreiten in allen Fällen, wo die persönliche Freiheit angetastet wird, wo die Ordnung und öffentliche Ruhe gestört wird; sie darf auch, wo diese Gefahr vorliegt, vorbeugend eingreifen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu wünschen wäre, daß unsere Justiz in Streikfällen schneller arbeitet (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), wie ich überhaupt den Wunsch habe, daß unsere Justiz prompter arbeitet. — Die Frage der Rechtsfähigkeit und der Verantwortungsfähigkeit der Berufsvereine sollte von neuem geprüft werden. — Auch die Fragen des wirtschaftlichen und politischen Vorkaufs sollten in einer Denkschrift geklärt werden. — Entgegen den gestrigen Ausführungen des Abg. Wollenkühler erblicken wir in unserer Wirtschaftspolitik die Grundlage unseres wirtschaftlichen Aufschwungs. Krisen lassen sich nicht vermeiden, doch verlaufen sie dank der Wirksamkeit gelinder wie früher. — Bei der Verlängerung der Handelsverträge muß der wirtschaftliche Austausch die Regierung beraten. Es sollten deshalb in ihm die größeren wirtschaftlichen Verbände vertreten sein, und er sollte in Unterabteilungen zur Beratung von Spezialfragen geteilt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Im Anschluß an die ersten Ausführungen des Vorredners möchte ich auch im Namen der Verbündeten Regierungen den Empfindungen des Schmerzes, des Bedauerns und der herzlichsten Teilnahme Ausdruck geben, die uns alle erfüllt aus Anlaß der Kunde von dem erschütternden Unglück im Ruhrrevier. (Der Redner verliest die Depesche, in der das Unglück auf der Zeche „Minister Achenbach“ gemeldet wird. Die Mitglieder des Hauses haben sich hierbei von den Plätzen erhoben.) Sobald mir weiteres Material zugegangen sein wird, werde ich es dem Hause mitteilen. — Den Wunsch des Vorredners auf stärkere Vertretung der großen industriellen Verbände im wirtschaftlichen Ausschuss kann ich nicht für zweckmäßig halten. Der wirtschaftliche Ausschuss würde sich dadurch leicht zu einer Art Neben- oder Zwillingsparlament umgestalten; dies würde ich nicht für zweckmäßig halten und werde in dieser Richtung keine Schritte unternehmen.

Abg. Wendorf (Sp.):

polemisiert gegen Abg. Dr. Becker-Wingen, der wohl als Hospitant der neuen Fraktion Hestermann beitreten werde. (Weiterkeit.) Herr Goesch meinte, unser Hinweis auf die ausländischen Arbeiter gefährde den Handelsvertrag mit Rußland. Vielmehr aber sind zur Gefährdung der Handelsverträge geeignet die fortgesetzt gedauerten Wünsche der Arbeiter auf mehr Zollschutz. — Herr Goesch hat sich dann das Wort des Hr. v. Wangenheim angeeignet: die innere Kolonisation sei für die Demokratie ein hohes Schlagwort. Ich kann dies Wort nur als junkerliche Ueberhebung bezeichnen. (Präsident Kaempf rügt diesen Ausdruck einem Abgeordneten gegenüber.) Ich habe die Worte des Hr. v. Wangenheim als junkerliche Ueberhebung bezeichnet und ihm gegenüber halte ich meinen Ausdruck aufrecht. Die Aeußerung des Hr. v. Wangenheim ist um so auffällender, weil er sonst immer bedauert hat, daß gerade seine politischen Freunde sich als Hinderungsmoment für die innere Kolonisation erwiesen hätten. (Sehr richtig! links. Zuruf: Oldenburg!) — Zwei Redner der Rechten haben die Landflucht anerkannt, sind aber nicht auf ihre Ursachen eingegangen. Ein wichtiges Mittel gegen die Landflucht wäre die Aufteilung von Domänen und das Verbot der Bildung neuer Familien-Fideikommissse. Die Güterschlächtere hat auch Graf Kosadowitz seinerzeit aufs schärfste verurteilt. Der Kleinbetrieb, der neu geschaffen wird, muß selbstverständlich existenzfähig sein. Deshalb treten wir auch gegen jede unnütze Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion, z. B. gegen die Futtermittelzölle, auf. (Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Die Erfolge des Herrn Reichsbankpräsidenten auf dem Gebiete des Bankwesens erkennen wir an, halten aber ein Depositenbankgesetz trotzdem für notwendig. Das Koalitionsrecht wollen wir den Arbeitern nicht nehmen. Wir stehen den Arbeiterorganisationen, die sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft bewegen, durchaus sympathisch gegenüber. Den rechtlichen Ausführungen Wassermanns, daß ein Verbot des Streikpostenstehens nicht nötig sei, weil die Polizeibehörde heute bereits zum Einschreiten befugt sei, kann ich mich nicht anschließen. Es müssen immer im konkreten Falle besondere Tatsachen vorliegen, die die Beförderung der Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit rechtfertigen. Diese Befugnisse der Polizei genügt eben nicht zur Unterdrückung des Streikpostenstehens, das über das Verkehrsinteresse hinaus dazu dient, die Arbeitswilligen einzuschüchtern und zu bedrohen. Der gegenwärtige Zustand ist unzureichend, und deshalb müssen wir auf einem Verbot des Streikpostenstehens bestehen. Der nationalliberale Antrag wünscht, daß die in Aussicht gestellte Denkschrift nun auch mit dem Koalitionszwang von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber beschäftigt. Diese Frage liegt auf einem ganz andern Gebiet und ist keineswegs brennend.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Durch Beschäftigung mit dieser Frage würde die Erledigung der brennenden und sprudelnden Frage des Verbots des Streikpostenstehens nur verzögert werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Spiegel (Soz.):

Wenn das Reichamt des Innern unseren Wünschen mehr Rechnung getragen hätte, so würde Leben und Gesundheit der Ar-

beiter weit besser geschützt sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach den neuesten Meldungen sind bei dem Unglück auf der Zeche Minister Achenbach 22 Tote, 18 Schwerverletzte und 5 Vermisste zu beklagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von den Schwerverletzten befinden sich mehrere in hoffnungslosem Zustand. Allerdings liegen über die speziellen Ursachen des Unglücks noch keine näheren Nachrichten vor. Jedenfalls muß eifrig darauf hingearbeitet werden, daß die durch das Gesetz vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, ihre gefühlvolle Pflicht zu erfüllen. Statt dessen macht man ihnen die größten Schwierigkeiten, man löst die Steigerreviere auf, wenn der Sicherheitsmann sie revidieren will, und später werden sie erst wieder ins Leben gerufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit Recht verlangen die Bergarbeiter überall

ein einheitliches Reichsberggesetz.

Auch der Reichstag hat diese Forderung zu der seinen gemacht, nur der Bundesrat stellt sich ihr entgegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Vassermann hat sich zwar gegen den Antrag Westarp erklärt, aber nur, weil er meint, die heutige Gesetzgebung und die Vollmachten der Polizei genügen gegen die „Auswüchse“ des Koalitionsrechts. Es handelt sich hier gar nicht um eine Verteidigung des Koalitionsrechts, sondern es muß ein wirkliches Koalitionsrecht überhaupt erst geschaffen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute werden die Gewerkschaften in jedem Kampfe durch Polizeiverordnungen und Polizeischritten geschädigt, wobei von den Polizeibehörden bis zum Landrat und höher hinauf eine ganz erstaunliche Gesetzesunkennnis an den Tag gelangt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon heute müssen die Gewerkschaften ihre Kämpfe unter einem Ausnahmezustand führen. Das gilt auch von den christlichen Gewerkschaften, wenn sie einmal genötigt sind, in den Kampf zu ziehen. Ein großer Teil der christlichen Arbeiter wird sich deshalb bedanken, seine gewerkschaftliche Tätigkeit unter konservativem Schutz auszuüben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der frasseste Terrorismus wird von den Unternehmern ausgeübt. Wie die Herren mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter umspringen, zeigt ein vertrauliches Zirkular des Vereins der Osnabrücker Metallindustriellen, worin davor gewarnt wird, Leute, die freiwillig aus einer Arbeitsstelle gegangen sind, wenn sie auch ordnungsmäßig gekündigt haben, wieder einzustellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur wenn ein Lebensweisungsbescheinigung von der Firma gegeben wird, bei der der Arbeitnehmende früher in Arbeit war, darf eine Einstellung erfolgen. Ein Arbeiter, der deswegen gegen seine frühere Firma, die den Lebensweisungsbescheinigung verweigert, auf Schadenersatz klagt, bekam vor dem Amtsgericht Recht, weil ein solcher Vertrag gegen die guten Sitten verstoße. Das Landgericht dagegen gab ihm Unrecht, denn eine sittlich verwerfliche Handlung stelle es nicht dar, wenn den Arbeitern nur vorübergehend auf einige Zeit die Erwerbsmöglichkeit abgeschnitten wird. (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren rechts haben also wirklich keine Ursache, das Koalitionsrecht noch einzuschränken. Wie wissen recht gut, woher der Wind weht. Peter und Paul wird in allen Unternehmerversammlungen über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen geschrien. Dabei terrorisieren diese Herren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die technischen Beamten. Ich erinnere nur an die

Wahregelungen gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten.

Gewalt brechen auch wilde Streiks aus, so bei dem Streik auf der Zeche „Union“ bei Dortmund, wo nur sieben meiner Verbandskollegen beteiligt waren, die anderen gehörten dem Verband der Maschinen- und Setzer an. Wie elend müssen aber die Zustände sein, wenn in einer Versammlung die Leute selbst über die Köpfe der Bezirksleitung hinweg in den Streik treten. Als das geschah, sollten unsere Leute da etwa den Streikbrecher machen? Nein, nein, alle Arbeiter sind noch nicht von der Gelbucht angesteckt. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Auch bei manchen anderen Leuten ist noch Gefühl für Standeshre zu finden. Manche der Herren hier sollten sich ins Gedächtnis schreiben, was der Kaplan Hise von der Pflicht der Arbeiter sagt, nicht entgegen ihrer Standeshre die Stellen ihrer streikenden Kollegen zu besetzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen verlangen, daß in der zugefügten Denkschrift auch die Verstöße der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht mit vorgelegt werden. Die Arbeiterorganisationen werden dabei gewiß nicht schlecht fahren. Herr Vassermann rief pathetisch aus, Tausende von deutschen Männern sind bereits in den wirtschaftsfriedlichen Organisationen. Aber er kann natürlich nicht sagen, wieviel Blutopfer darunter sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine Maschinenfabrik im Rheinland schließt von der Pensionskasse jeden aus, der dem Deutschen Metallarbeiterverband, der christlichen Gewerkschaft oder den Osnabrücker Dunderschlag angehört. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht aber nicht in die Ferne schweifen, hier in Berlin bei Siemens sind allein

sieben gelbe Sekretäre

angestellt, die die Arbeiter in die gelben Vereine pressen. Das ist natürlich kein Terrorismus! Eine Hütte hatte ihren gelben Organisationen in einem Jahre ein Geschenk von 150 000 M. gemacht; sie konnte es sehr leicht, denn sie verdiente durch Lohnabzüge, die ihr ja gerade das Bestehen der gelben Organisation ermöglichte, in demselben Jahre 434 106 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht umsonst heißt es also: Juridikalität in der Sozialpolitik! Nicht nur die Arbeiter, auch die Beamten sollen der gelben Gesinnungslosigkeit preisgegeben werden. Es muß wahrlich um die nationale Sache schlecht stehen, wenn die organisierte Gesinnungslosigkeit identisch sein soll mit nationalem Gefühl. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung sucht nach Mittel und Wegen, um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Sie braucht nur die berechtigten sozialen Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen verlangen von neuem eine Enquete, die auch auf die Uebergriffe der Unternehmer ausgeht werden soll. Vor allem muß dann auch dargestellt werden, wie die Kartelle und Ringe den eigenen Unternehmern gegenüber einen

ungeheuerlichen Gesinnungszwang

ausüben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und die Rechtsprechung hilft ihnen. Als ein Solinger Unternehmer die Forderungen seiner Arbeiter bewilligt hatte, erizzo sein Stahllieferant ihm das Rohmaterial, weil seine anderen Kunden ihm sonst die Kundschaft zu entziehen drohten. Bei einem Gewerkschaftsführer würde bei einem solchen Akt des Terrorismus sehr schnell eingeschritten sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß möchte ich noch mich der Arbeiter im Gastwirtsgerwerb annehmen. Die Bundesratsverordnung von 1902 findet keine Anwendung auf Portiers, Saueumädchen, Zimmermädchen usw. Nicht nur der Deutsche Gastwirtsgehilfenverband verlangt die Erweiterung und Ausdehnung dieser Verordnung, auch der nationale Gastwirtsgehilfenverband steht auf demselben Boden. Es liegt eine Ueberfülle von Material über die unhaltbaren Zustände vor, unter denen diese Arbeiterkategorien leiden. Ihre schleunige Einbeziehung in die Bundesratsverordnung von 1902 ist eine dringende Notwendigkeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fehlbender (Z.)

fordert Regelung des Waffenhandels und Schaffung einer besonderen Tiefbaukammer.

Unterstaatssekretär Richter:

Ein Gesetzentwurf über den Waffengebrauch ist in Vorbereitung und wird hoffentlich noch im Laufe dieser Session vorgelegt werden können. Die interessanten Anregungen betreffend Errichtung einer Tiefbaukammer für das Reich werden von der Regierung in Erwägung gezogen werden. Mir scheint die Errichtung solcher Kammern mehr Landesache zu sein.

Abg. Dr. Böhme (natl.):

polemisiert gegen einzelne Äußerungen des Abg. Goesch. Daß weitere Kreise der Konservativen von der inneren Kolonisation nichts wissen wollen, haben hervorragende Männer der Praxis, wie Präsident Reich und Regierungspräsident v. Schwerin, selbst hervorgehoben. Professor Schering hat nachgewiesen, daß viel mehr Land zu Fideikommissen geschlagen wird, als an Rentenbüchern geschaffen wird. Ein Verbot des Ankaufs von Bauernland durch den Großgrundbesitz wäre durchaus angebracht. Es würde das den altpreussischen, friederizianischen Traditionen entsprechen. Aber Sie (nach rechts) sind offenbar für die altpreussischen Traditionen nur dann, wenn sie Ihnen angenehm sind. — Daß der Bauernbund mit Güterschlächtern zu tun hat, wie Herr Hestermann andeutete, muß ich bestritten. Als Beamter des Bauernbundes hat Herr Hestermann mir auch nichts derartiges berichtet. Graf Westarp hat Anstoß genommen an unserer Forderung, auch den wirtschaftlichen Vorkauf zu untersuchen. Das ist mir sehr verständlich, da gerade ihre Anhänger im Lande, die Amtsvorsteher usw., die Waffe des wirtschaftlichen Vorkaufs im Wahlkampf besonders anwenden. (Sehr wahr! links.) Daß nach Süden im Zolltarif bestehen — ich erinnere an den Hopfenzoll —, erkennen wir an und werden für ihre Ausfüllung wirken. Zur Aufrechterhaltung unserer Schutzpolitik ist eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft notwendig.

Abg. Schweichardt (Sp.):

wendet sich gegen einige Äußerungen des Abg. Vogt-Hall.

Abg. Feus (Soz.):

Man hat vielfach in der Debatte auf eine Äußerung von mir hingewiesen, in der ich von der Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Mittel- und Großbetriebe sprach, und meinte, man müsse sich an diese Entwicklung gewöhnen. Man hat dabei aber immer getan, als handle es sich vornehmlich um die Verdrängung der Kleinbetriebe, insbesondere der kleinen Bäckereimeister durch die Genossenschaften. In der Tat aber gibt es neben 81 Genossenschaftsbäckereien 451 große Bäckereien in Händen von Kapitalisten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Konkurrenz dieser kapitalistischen Großbäckereien für die kleinen Bäckermeister ist sechsmal so groß wie die der Konsumvereine. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten, denn sie ist nicht Menschenwerk, sondern hängt mit der Entwicklung der Technik zusammen. Trotzdem werden ähnliche Behauptungen wie die von mir zurückgewiesene immer weiter erhoben werden, denn die verlogene Demagogie wird auch in Zukunft das Bedürfnis zur Veräglichung finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hestermann (b. l. Z.)

polemisiert gegen den Abg. Böhme. Die Ausführungen des Abg. Böhme standen vielfach im Gegensatz zu den sonstigen Anschauungen der nationalliberalen Partei. Vielleicht kommt Herr Böhme auch noch aus der nationalliberalen Partei heraus. (Weiterkeit.) Als der Redner sagt: Ein Mitglied der Zentrumsparlei hat sehr richtig gesagt, wird ihm zugerufen: Geben Sie doch zum Zentrum! Darauf fährt der Redner fort: Ich habe tatsächlich im Reichstag erkannt, daß die Zentrumsparlei besser ist als ihr Ruf. (Stürmische Weiterkeit.) Es wird ja bei den Wahlen leider so gewaltig viel Schwindel betrieben. (Erneute schallende Weiterkeit.) Bei den Wahlen wurde uns immer gesagt: der schwarzblaue Block, das ist die größte Gefahr, und jetzt habe ich bei den Nationalliberalen erfahren, daß man mit der Zentrumsparlei eine ganz vorzügliche Politik machen kann. (Stürmische, andauernde Weiterkeit.)

Damit ist die Rednerliste zum Titel „Staatssekretär“ erschöpft bis auf die Beratungen über das Vereinsrecht, die am Mittwoch stattfinden sollen.

Das Haus verläßt sich. Weiterberatung des Etats am Dienstag, pünktlich 2 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung. Sonnabend, den 31. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Zu Beginn der Sitzung macht Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz Mitteilung von der schweren Grubenkatastrophe im westfälischen Kohlenrevier und spricht unter dem Verfall aller Parteien die Teilnahme des Hauses aus.

Der Forstetat.

Abg. Meyer-Zawelungen (L.):

Die neue eingeführte Entlohnungsart der Waldbarbeiter bewährt sich vor allem dadurch, daß sie eine wirtschaftlich unentbehrliche Statistik der Erwerbsverhältnisse der Arbeiter ermöglicht. Die Verwaltung hat eine Erhöhung der Löhne für die Vorarbeiter freigestellt. Sie hätte diese Erhöhung anordnen sollen. Denn wenn wir mit unseren Wohlriten zu spät kommen, so wird von den Arbeitern das, was wir ihnen hätten zubilligen sollen, als ihr Recht gefordert und wir gehen ohne Dank aus. Der Domänenfiskus, dessen Einnahmen bedeutend geringer sind als diejenigen des Forstfiskus, hat für Arbeiterhäuser eine viel größere Summe als dieser in den Etat eingestellt. Gerade auf diesem Gebiete muß die Forstverwaltung noch viel mehr tun. Das Streben der Waldbarbeiter nach guten Wohnungen soll man wirksamer unterstützen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Waldbarbeiter eine gute Wohnung hat, hat er auch eine zufriedene Frau, und wenn er eine zufriedene Frau hat, geht er nicht in den Dorfkrieg, sondern freut sich seines Heimes — und dann ist er (nach links) unser. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lüders (St.):

Auch wir treten für Waldbarbeiterhäuser ein.

Abg. Dr. Ehlers (Sp.):

Die ungenügende Holzverwertung durch die Verwaltung führt uns von der Prosa zur Poesie des Waldes. Wir fordern eine bessere kaufmännische Ausbildung der Forstassessoren. Das Gehalt der unteren Forstbeamten muß aufgebessert werden.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz

bringt eine Nachricht zur Verlesung, derzufolge auf der Grube „Achenbach“ heute morgen die übrigen 60 Arbeiter gerettet wurden. (Beifall.)

Während der weiteren Beratungen bringen eine Reihe weiterer Redner spezielle Wünsche zum Forstetat ein. Ein Vertreter der Regierung verspricht einen höheren Betrag für Arbeiterwohnungen in den kommenden Etat einzustellen.

Abg. Ballmann (Wirtsch. Bg.):

Nur dadurch, daß man die Löhne verbessert, und eine großzügige Wohnungspolitik treibt, auch den Waldarbeitern... billige Darlehen gewährt, wird es möglich sein, den Verhältnissen der Sozialdemokratie entgegenzutreten.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

Soweit möglich werde ich die Wünsche des Vorredners präzisieren. Die Stellung der Forstverwaltung zum christlich-nationalen Arbeiterverband habe ich bereits im vorigen Jahre beim Forsttag im Anschluß an die Rede des Abg. Borchardt festgelegt.

Abg. Hofer (Soz.):

Der Abg. Meyer sollte sich dafür einsetzen, daß die Konserativen Gütebesitzer gute Wohnungen bauen, damit die Arbeiter zu Hause sitzen. Was die Ablehnung der Organisation der Landarbeiter betrifft, so nimmt der Landwirtschaftsminister hier dieselbe reaktionäre Stellung ein, wie der Eisenbahnminister seinen Arbeitern gegenüber.

Abg. Meyer-Lawellington (L.):

Die Sozialdemokratie hätte die 20 Millionen Mark, die sie mittels von der Deutschen Bank abhob, für Kolonisationszwecke anwenden sollen. Dann hätte sie etwas geleistet. Das Koalitionsrecht der Waldarbeiter brauchen wir nicht.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Auf dem Lande sieht man selten freundliche Gesichter der Arbeiter, besonders dann nicht, wenn der Mittergutsbesitzer in Reittiefeln und womöglich mit geladenem Gewehr in der Nähe ist. Jetzt kommt Herr Meyer und fordert gute Wohnungen für die Arbeiter.

Die 20 Millionen, die von der Bank abgehoben wurden, sind gar nicht Geld der Sozialdemokratie, sondern Geld der Gewerkschaften. (Wah! rechts und bei den Katl.) Das tut Ihnen freilich weh, denn Sie sind ja drauf und dran, den Gewerkschaften ihre Gelder aus der Hand zu ringen.

Abg. Meyer-Lawellington (L.):

So gebildet bin ich nicht, um zu wissen, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie von einander verschieden sind. An dem letzten Ministerverbrauch ist gewiß Herr Hoffmann nicht ganz anspruchlos.

Abg. Hirsch (Soz.):

Herr Meyer ist noch nicht lange in diesem Hause, daß ist ein Milderungsgrund für ihn und in seiner Heimat wurde ihm wahrscheinlich geduldet, daß Partei und Gewerkschaften eins seien. (Zuruf vom Zentrum: Nach Bismarck!) Bitte fassen Sie nicht nach Art der Zentrumspresse, sondern lesen Sie den Sach im Zusammenhang, dann ergibt er etwas anderes!

Nächste Sitzung: Dienstag, 3. Februar, vormittags 11 Uhr: Interpellation Dr. (L.) über das Grunderwerbsteuergesetz in Westfalen, außerdem Zusatzetat. Schluß 3/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Reichseisenbahnetat in der Budgetkommission des Reichstags.

Am Sonnabend besprach die Kommission die Zusammensetzung des Wagenparks, die Abschaffung der 10-Tonnen-Wagen, die Wirkung der Fahrkartensteuer, die mangelnde Einheitlichkeit der Tarife und Verkehrsregeln, die Sicherheit im Eisenbahnbetrieb, die Reise- und Saar-Kanalisation, die Speisewagen und die Einführung der Schlafwagen dritter Klasse.

Die Stellungnahme der Regierung zu den Beamten- und Arbeiterausfällen hat sich nicht geändert; sie kann für ein Inverbindlichkeittreten der Ausfälle noch immer kein Bedürfnis erkennen. Die Vermehrung des Fahrparkes um 6 Proz. - von Erzberger bekämpft, von den Genossen Dr. Weill und Emmel befürwortet - wurde entsprechend der Forderung des Staats bewilligt.

Die Polizeistaten vor der Budgetkommission des Landtages.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses gab es am Sonnabend eine Besprechung der Tätigkeit der Polizei in der Ostmarkenpolitik. Vorher ging eine Erörterung über die Verwendung der Spigel zur Ueberwachung von Gastwirten. Der Minister Dallwig erklärte, daß die Verwendung von Polizeispigeln zur Ueberwachung der Wirte in bezug auf Ueberschreitungen der Polizeistunde nicht gebilligt werden könne; aber eine strenge Ueberwachung der Wirte sei unbedingt notwendig.

Das polnische Kommissionsmitglied brachte die Entwürfe über das Zusammenwirken des Ostmarkenvereins, mit den Klauen in Galizien gegen die Polen zur Sprache und ergänzte diese Tatsachen durch verschiedene Entwürfe über die Tätigkeit von Polizeibeamten in Rheinland-Westfalen im Interesse des Ostmarkenvereins. Er beschuldigte einen böhmischen Polizeikommissar Mann, daß er den Leiter der polnischen Druckerei in Wokum zu einem Vertrauensbruch an seinem Chef habe betrogen wollen.

Eine große Enttäuschung.

Bekanntlich hat der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt, daß die deutsche Reichsregierung die geltenden Handelsverträge nicht kündigen werde, und daß sie auch an keine Vorlage einer Zolltarifnovelle denke, wenn die Vertragsstaaten nicht ihrerseits ihr Verhältnis zu dem Deutschen Reiche aufheben.

orientierung der unruhiglich bekannnten „bewährten Wirtschaftspolitik“ werde, und daß der Druck der roten 111 und die Furcht vor den Wählern die Mittelpartei auch nur zu keinen Konzeptionen zwingen werde.

Weiter hat der Staatssekretär Dr. Delbrück das Maß der russische und die österreichisch-ungarische Regierung auf seine geheimen Herzenswünsche und die Ruhebedürfnisse des Mannes Hollmann vertauselt wenig Rücksicht nehmen. In kurzer Zeit wird der Duma der Gesetzentwurf auf Erhebung von Getreidezöllen zugehen und ebenso hat die Wiener Regierung bereits die Kündigung des Handelsvertrages in Aussicht gestellt.

Und das ist am Ende wohl begründet. Lange Jahre hindurch war Deutschland einer der aufnahmefähigsten Märkte für die österreichisch-ungarische Landwirtschaft. Die Monarchie hatte im Verkehr mit Deutschland eine aktive Handelsbilanz, d. h. sie führte mehr aus als ein und hatte dadurch ein außerordentlich großes Interesse, sich die deutschen Grenzen durch keine Zollschranken verschließen zu lassen.

Während die Ausfuhr Oesterreich-Ungarns seit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifes von 790,5 um 110,1 auf 820,6 Millionen Mark stieg, erhöhte sich die Ausfuhr Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn in demselben Zeitraum von 533,1 um 502,2 (also um fast 100 Proz.) auf 1035,3 Millionen Mark. Seit dem Jahre 1908 hat sich in diesem Zusammenhang die früher aktive Handelsbilanz der Monarchie im Verkehr mit Deutschland in eine passive verwandelt.

Ungarn gegen die deutschen Einfuhrzölle.

Seit einiger Zeit wird von deutschen und österreichischen Interessenten die Begründung eines „Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbandes“ betrieben. In Budapest hat nun dieser Tage der ungarische Landesindustrieverein es abgelehnt, dem Bund beizutreten.

Die Industrie für eine Zolltarifrevision.

Die Erklärung Delbrücks, daß eine Revision des Zolltarifs und eine Kündigung der Handelsverträge nicht beabsichtigt werde, findet auch den Widerspruch der Industrie. Eine Erklärung aus den Kreisen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, der die Schwerindustrie vertritt, begrüßt es zwar „mit Freude, daß die Regierung offen für das bewährte System unserer Schutzpolitik eintritt“, aber es müsse sehr bedenklich stimmen, daß die Regierung Änderungen weder an dem allgemeinen Zolltarif noch an dem Vertragstarif vornehmen will.

Die Regierung gibt sich einer verhängnisvollen Täuschung hin, wenn sie glaubt, die bisherigen Handelsverträge unverändert auf längere Zeit fortlaufen lassen zu können. Schon jetzt werden vor allem in Rußland und Italien Vorbereitungen für eine neue handelspolitische Kampagne getroffen. Es ist sicher anzunehmen, daß mindestens diese beiden Staaten die laufenden Handelsverträge mit Deutschland zum 1. Januar 1913 kündigen werden.

Auch der Bund der Industriellen (der die Fertigindustrie vertritt) hält bloße Zusätze zu dem alten Vertrag für nicht ausreichend und fordert eine Erneuerung des Zolltarifs. Da auch die Agrarier eine Revision wünschen und alle Interessenten natürlich für eine Erhöhung der Zollsätze eintreten, wird sich die Arbeiterkassette auf einen neuen Zolltarifkampf gefaßt machen müssen. Die Regierung wird also mit ihren „nationalen Erwägungen der inneren Politik“ — nämlich die Arbeiterkassette einzuschüffeln und dann zu überzumpeln — kein Glück haben.

Jugendbewegung.

Jungvolk 1914.

Da die erste Auflage des beliebten Jugendalmanach schon seit einiger Zeit vergriffen war, die Nachfrage aber noch ständig anhält, ist eine zweite unveränderte Auflage hergestellt worden. Bestellungen sind sofort an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zu richten.

Die Jugendbewegung in der Schweiz.

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei und der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Jugendorganisation der Schweiz veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf in der Parteipresse zur Förderung der Jugendbewegung, in dem einleitend konstatiert wird, daß über 100 000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schweiz im Dienste des Kapitals fronden müssen und daß ihre Zahl noch weiter in stetigem Wachsen begriffen ist. Damit bedeuten die Jugendlichen einen wichtigen Faktor auf dem Arbeitsmarkt; Gewerkschaften und Partei haben daher ein großes Interesse an ihrer Organisation. Dazu kommen noch die eifrigen Bemühungen unferer bürgerlichen Gegner, durch allerlei Lodungen, Kesseln, Veranstaltungen und Organisationen die Arbeiterjugend für sich zu gewinnen. Diesem bürgerlichen Jugendfang, sagt der Aufruf, muß unsere Jugendorganisation entgegengetreten werden.

Die proletarische Jugendorganisation kämpft aber nicht nur gegen den bürgerlichen Jugendfang, sondern gegen alles, was die Arbeiterjugend in der Gewinnung einer sozialistischen Weltanschauung hindert. Sie kämpft gegen den Mißbrauch des Alkohols, gegen die Schundliteratur, gegen die Schundvorstellungen des Kinos und gegen die Auswüchse einer unnützen Sportfertigkeit. Die Jugendorganisation bietet der Arbeiterjugend durch die Veranstaltung von Ausflügen, Wanderungen und Turnspielen im Freien Gelegenheit zu einer gesunden und vernünftigen Körperpflege. Die Jugendorganisation sucht gemeinsam mit den Gewerkschaften und Parteifunktionen die Arbeiterjugend gegen die ungehörliche Ausbeutung und Mißhandlung zu schützen. Die Jugendorganisation vermittelt der Arbeiterjugend durch Vorträge und Literaturbildung und Wissen. Die Jugendorganisation ist also in vollem Sinne eine Rekrutenschule für die Partei und Gewerkschaften.

Aus Industrie und Handel.

Vom Konjunkturrückgang in Rheinland-Westfalen.

Die Forderungen der Arbeiterschaft auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung sind auch bei den letzten Debatten im Reichstag wieder von der Regierung und den bürgerlichen Parteien mit der Begründung abgewiesen worden, daß zurzeit nur eine „lokale“ Arbeitslosigkeit bestehe. Nur in den Großstädten soll angeblich das Angebot von Arbeitskräften überdurchschnittlich sein. Aber gerade in dem Schwerindustriegebiet Rheinland-Westfalens macht sich der Konjunkturrückgang bereits deutlich bemerkbar. So berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

Der Kohlenabsatz weist auch im Januar gegenüber der Vergleichszeit im Vorjahr stärkeren Rückgang auf. Hatte die Großperiode um die Mitte des Monats eine stärkere Nachfrage nach

Hausbrandbedarf herbeigekufen und damit für die Zechen, die Eisen- und Lagerkohlen förderten, bessere Absatzgelegenheit geschaffen, so hatte andererseits die Einstellung der Rheinisch-Westfälischen Kohlenwerke in Folge des anhaltenden Proteses erhebliche Unannehmlichkeiten für viele Zechen im Gefolge. Der Absatz in Kohlen und Koks geriet dadurch stark ins Stocken und die Förderung mußte zum Teil auf Lager wandern. Diejenigen Zechen aber, die zur Lagerung keinen Platz hatten, sind nun gezwungen, Feierschichten einzulegen. Die Harpener Zechen namentlich mußten zu dieser Maßnahme greifen. Im großen und ganzen hält sich das Kohlengeschäft in engem Rahmen, da der Streckenverband in den unauferbereiteten Produkten, namentlich in Industriekohlen, gerade in den letzten Wochen weiter nachgelassen hat, und die Förderung bei den Zechen nicht zum Versand gelangen kann, sondern teilweise auf Lager gelegt werden muß. Namentlich für die reinen Zechen bleibt in Koks der Absatz durchaus ungenügend, und es entstehen für diese jetzt enorme Nachteile. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sich darin in der nächsten Zeit eine Besserung vollziehen wird; vielmehr ist es wahrscheinlich, daß die Verhältnisse sich noch weiter verschlechtern werden, da die Verhältnisse am Roheisenmarkt erst jetzt anfangen, eine stark rückläufige Bewegung anzunehmen und somit zu erwarten steht, daß die Roheisenerzeugung im Laufe des Jahres nicht nur keine Ausdehnung, sondern eine weitere Einschränkung erfahren wird. Wenigstens bei den reinen Hochofen, den Abnehmern der reinen Zechen.

In den Lohn- und Arbeitsverhältnissen kommen die rückläufigen Marktverhältnisse allmählich ebenfalls zum Ausdruck. Daß Arbeitsgelegenheit hinreichend vorhanden ist, geht aus dem Umstande hervor, daß die freiwilligen Kündigungen am 15. und 1. des Monats etwas zahlreicher als sonst waren. Die Löhne sind bisher nur vereinzelt und bei bestimmten Arbeiterkategorien etwas zurückgegangen, im allgemeinen haben sie sich noch gehalten. Doch werden die Preisreduktionen, die am 1. April eintreten, fraglos auf das Lohnniveau ihre Wirkung ausüben.

Aus dem Bericht des Essener Organs verdient weiter hervorgehoben zu werden, daß der Konjunkturrückgang die Stellung der Hüttenzechen weiter zuungunsten der reinen Werke befestigt. Sowohl die reinen Eisenhütten als die reinen Kohlenzechen leiden unter der Konkurrenz der gemischten Werke, die Eisen- und Kohlenproduktion vereinigen.

Die gemischten Werke, die über eigenen Koks verfügen, reihen den Markt in Roheisen härter an sich, indem sie neben ihrem Selbstverbrauch jetzt auch ihren Anteil am Absatz in Anspruch nehmen, auf den sie während der guten Zeit verzichteten. So werden die reinen Hochofen mehr und mehr vom Markt ausgeschlossen und ihr Koksbedarf ständig reduziert, damit aber geht den reinen Kokszechen der beste Abnehmer verloren.

Ebenso können die Hüttenzechen ihre Kohlenförderung ungehindert aufrechterhalten, während die reinen Kohlenzechen Betriebsbeschränkungen vorzunehmen gezwungen sind.

Viehpreise im Jahre 1913.

Die Zusammenfassung der Jahresdurchschnittspreise für das abgelaufene Jahr ergibt, daß die Rinder- und Kalberpreise abermals um 3 M. pro Zentner Schlachtgewicht, Schafe um 8 M. aufgeschlagen sind, während Schweine nur um 1/2 M. gegenüber dem Jahre 1912 zurückgingen. Die Durchschnittspreise setzten sich für die zweite Qualität am Berliner Markte pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht wie folgt:

	Rinder	Schweine	Kalber	Schafe
Von 1886—1890 . . .	104,4	98,7	98,6	101,4 M.
1906—1910 . . .	141,9	126,1	164,5	147,6
1911 . . .	153,7	114,2	180,8	151,0
1912 . . .	166,2	147,4	198,5	166,1
1913 . . .	172,4	146,8	218,2	182,3

Die Zahlen beweisen zunächst, daß nicht nur im Kleinhandel, sondern auch im Großhandel die Preise erheblich gestiegen sind. Seit 1890 beträgt die Steigerung bei Rindern 68 M., bei

Schweinen 48 M., bei Kalbern 112 M., bei Schafen 81 M.! Gerade in den letzten Jahren war die Preissteigerung besonders groß.

Konstantinopel nach dem Kriege.

Das kaiserliche Generalkonsulat berichtet: Die Hoffnungen, es werde nach Beendigung des Balkankrieges der langersehnte Aufschwung im Geschäftsleben der türkischen Hauptstadt endlich einsehen, haben sich bisher nicht erfüllt und die vor einiger Zeit beobachtete leichte Belebung des Geschäfts hat sich nicht als nachhaltig erwiesen. Daß an einem Platz, der auch für die Bedürfnisse des täglichen Lebens in der Hauptstadt auf die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse angewiesen ist, schließlich zu allen Zeiten ein gewisser Warenabsatz stattfindet, ist selbstverständlich und infolgedessen läßt sich auch vielleicht im Vergleich mit den letzten Kriegsjahren eine gewisse Besserung der Geschäftsverhältnisse feststellen. Es fehlt aber zurzeit noch völlig an derjenigen Unternehmungslust im Geschäftsleben, deren Voraussetzung eine normale, nach außen und innen völlig geklärte, politische Lage ist. Die Furcht vor neuen Verwicklungen legen bisher den einheimischen Abnehmern große Zurückhaltung auf, die auch zurzeit noch andauert.

Verhältnismäßig zahlreich sind Regierungsgeschäfte, bei denen allerdings der Fabrikant des Rohes mehr oder weniger großer Zahlungsverzögerungen auf sich nehmen muß. Infolge der schlechten Finanzlage der Türkei und der starken Inanspruchnahme der vorhandenen geringen Mittel für Rüstungszwecke wird noch auf lange hinaus die Geduld der Regierungslieferanten stark auf die Probe gestellt werden.

Die Kohlenförderung Deutschlands im Jahre 1913.

Die genauen Ziffern über die Kohlenförderung und die Brilleterzeugung Deutschlands im Jahre 1913 liegen nun vor. Sie lauten im Vergleich mit dem Vorjahre folgendermaßen:

	1912	1913
	Tonnen	Tonnen
Steinkohlen	14 805 443	15 329 610
Braunkohlen	7 558 561	7 417 859
Koks	2 596 768	2 608 870
Steinkohlenbrilleterzeugung	448 829	463 573
Braunkohlenbrilleterzeugung	1 671 265	1 729 238

Die Produktion hat sich also auf allen Gebieten, und zwar nicht unwesentlich erhöht. Nur die Braunkohlenförderung ist um eine Kleinigkeit zurückgegangen.

Die Petroleumgewinnung der Welt.

Die Petroleumgewinnung der Welt im Jahre 1913 wird von der „Financial News“ auf 370 Millionen Fässer geschätzt, während das Kapital, das in der Petroleumindustrie angelegt ist, mit annähernd 10 Milliarden Mark angegeben wird. Bemerkenswert ist, daß die gegenwärtige gewaltige Gewinnung auf einer Fläche von nur 4050 Hektar gewonnen wird. Die Vereinigten Staaten sind noch wie vor die führenden Petroleumzeuger mit etwa 31 Millionen Tonnen oder 60 Proz. der Gesamtgewinnung. Es folgen Rußland mit 9 1/2 Millionen Tonnen, Mexiko mit 3 Millionen Tonnen, Rumänien mit 2 Millionen Tonnen, Niederländisch Ostindien mit 1,8 Millionen Tonnen und Galizien und Indien mit je 1 Million Tonnen. Unter den russischen Petroleumfeldern nimmt Wafu mit einer Erzeugung von 430 Millionen Rub den ersten Platz ein.

Die Roheisenerzeugung in Amerika stieg im Jahre 1913 auf 31 Millionen Tons (gegen 29,7 Millionen Tons im Jahre 1912). Seit dem Mai war allerdings von Monat zu Monat eine Abnahme zu verzeichnen. Im Dezember betrug die Produktion nur 1,98 Millionen Tons gegen 2,82 Millionen Tons im Mai. Die Gewinnung von Eisenerz im Jahre 1913 wird auf 88 bis 90 Millionen Tons geschätzt, wodurch die bisherige höchste Jahresausbeute von 57 Millionen Tons im Jahre 1910 wesentlich übertroffen wäre.

Saison-Ausverkauf

zu außerordentlich zurückgesetzten Preisen

Blusenflanelle
drei Viertel Wolle und reine Wolle mit Streifenmuster
sonst Meter 2 20 — 2 50, jetzt **1 60**

Reste und Abschnitte
von Waschstoffen
zu sehr billigen Preisen.

Halbfertige Blusen
in Volle und Batist.
Loch- und Plattstich-Stickerei.
1/3 sonst Wert **2 75 3 75 4 25 4 80 5 25**

Halbfertige und abgepaßte Stickerei-Kleider
weiß u. farbig, in Batist, Volle u. Tüll
sonst 16,50, 27,00, 38,00, 47,00
jetzt **11 50 17 40 24 00 30 00**

Bunne Etamine-Fenster-Garnituren
1 Garnitur 2 Flügel
1 Garnitur 1 Obergardine
sonst 15,00 bis 27,00
jetzt **10 00 bis 15 00**
Erbstüll-Gardinen
das Fenster — 2 Flügel
sonst 11,50 bis 145,00
jetzt **7 50 bis 50 00**

Morgenjackett sonst b. 9.50 10.00-14 15.00-21
jetzt **4 00 7 25 10 00**
Morgenröcke sonst b. 20.00 21.00-30 34.00-41
jetzt **12 00 15 00 24 00**

Prinzebröcke
sonst b. 13.00 16.25-20.00 20.50-25.50 27.00-32.00
jetzt **8 00 11 00 14 00 19 00**
Weißestickerei- u. Spitzenröcke
sonst 15.50—19.75 21.00—29.50 31.00—35.00
jetzt **11 00 15 00 22 00**

Badehandtücher | **Badelaken**
weiß Kräuselstoff mit | für Erwachsene
roter Borde
1 40 1 60 1 80 3 80 5 20 5 60

Bade-Mäntel
für Damen und Herren
1/3 unter dem **4 75 7 90 10 50 12 00**
3/4 sonstig. Preis

Beim Dekorieren und Auslegen unsauber gewordene Wäsche, als:
Tischwäsche - Küchenwäsche - Damenwäsche
zu ganz besonders billigen Preisen.

Ein Posten Damenwäsche
Taghemden Beinkleider
von **2 60** an von **2 70** an
Nachthemden Untertailen
von **4 25** an statt **5 50 3 50**

Einzelne
Taufkleidchen, Tragkleidchen
Ueberziehjäckchen, Mützen

Hausschürzen . . . 80 Pl. 1 20
Kleiderschürzen 1 35
Zierschürzen 90 Pl. 1 15 1 75

Hohlsaum-Mundtücher
weiß Damast, ohne rupass. Tischtücher
Größe sonst das Dutz. **33 00**
70 x 70 cm
jetzt **19 20**

Woll-Blusen
Kimonoform und Hemdform
sonst bis **12 75 17 50 25 00**
jetzt **6 00 7 50 9 50**

Wollene Unterröcke
sonst bis **10 00 15 00 21 00**
jetzt **6 00 8 00 10 00**

Seidene Unterröcke zur Hälfte des Preises

Sportjacken für Damen
sonst **18 75 24 00 33 00**
jetzt **13 00 19 00 23 00**

Herrenwäsche
sonst jetzt
Farbige Oberhemden **6 30 bis 9 50 4 50**
Phantasie-Nachthemden **8 00 bis 8 50 5 00**
Sporthemden **4 50 bis 5 00 3 00**
weiß Panama
Garnituren Wolle, farbig gestreift
Jacken früh. 1.30-1.20 jetzt **3 25 bis 4 15**
Beinkleider früh. 1.30-1.20 jetzt **4 25 bis 5 40**
Socken, Krawatten.

Landeshuter Leinen- und Gebildweberei

F. V. Grünfeld

Berlin W, Leipziger Straße 20-22

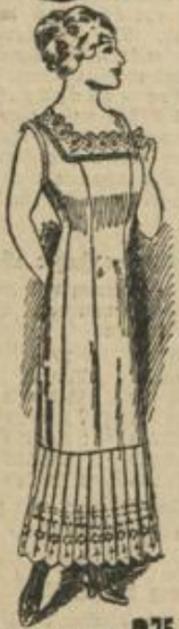
Größtes Spezialhaus der Welt für Leinen u. Wäsche

Weißer Wertheim

G.M. B.H.

Friedrichstr. 110-112 (Passage-Kaufhaus) • Leipziger Str. 75-76, am Dönhoffplatz

Besonders günstige Gelegenheit zur Beschaffung und Ergänzung von Wäsche-Ausstattungen
Enorm billige Preise, solide Stoffe, gute Verarbeitung, Wäsche teils eigener Fabrikation.



Damen - Wäsche

Ein großer Posten Damenhemden und Beinkleider aus guten Stoffen
mit Stickerei-Garnierung in verschiedenen Ausführungen

95 Pf., 1.25, 1.45, 1.85, 2.25, 2.65, 2.95

Taghemden mit handgestickt. Madeira-Passe 135, 195
Taghemden Acheelschluß mit eingearb. Lang. 165, 210
Nachthemden mit Ausschnitt und Stickereigarnierung 225, 290
Nachthemden mit Ausschnitt, Renforcé, mit Stickerei-Ein- u. Ansatz, v. T. m. Bandd. 375, 475

Prinzeßbröcke mit reicher Stickereigarnierung 375, 475

Nachtjacken Sommerstoff oder Barehent 125, 165
Nachtjacken halstfrei oder mit Umlegekrage 185, 265
Promenadenröcke mit breitem Stickerei-Volant 225, 290
Promenadenröcke mit boh. Pilsst-Volant u. Seidenband-Durchs. 475, 675

Brüsseler Wäsche

Untertaillen Batist, mit Spitzen- und Stickereigarnierung 1.10, 1.45, 1.65
Taghemden Batist, mit reicher Spitzengarnierung 1.95, 2.65, 3.75
Beinkleider dazu passend, mit Spitzen-Volant oder Pagenform 1.95, 2.45, 2.95
Nachthemden halstfrei, Batist mit Spitzengarnierung 3.75, 4.75, 5.50

Brüsseler Garnitur

viertellig

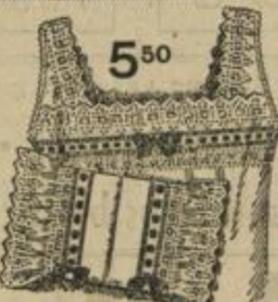
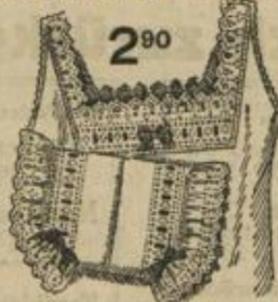
Taghemd 265

Untertaile 145



Nachthemd 475

Garnituren



Wiener Wäsche

Taghemden solide Rumpfstoffe, handgestickt 3.25, 4.25, 5.25
Nachthemden aparte Ausführung 5.50, 6.75, 8.75
Garnituren Taghemd und Beinkleid, mit guter Stickerei-Garnierung 6.75, 8.50, 11.50
Untertaillen mit reicher Stickereigarnierung, vorzüglicher Sitz! 2.25, 2.75, 3.75

Tischwäsche

Jacquard-Halbweinen neue Dessins
115/125 cm 1.25 130/150 cm 1.60 150/160 cm 1.95 Servietten 60/60 cm Dtz. 3.85
Jacquard-Reinweinen solide Qualität
115/125 cm 1.60 130/150 cm 1.95 150/160 cm 2.40 Servietten 60/60 cm Dtz. 4.60
Jacquard-Reinweinen vollweiß gebleicht
130/150 cm 2.90 150/160 cm 3.85 150/220 cm 5.70 Servietten 60/60 cm Dtz. 6.90
Jacquard-Reinweinen Hausmacher-Qualität
150/160 cm 3.10 150/160 cm 3.90 150/160 cm 4.75 Servietten 60/60 cm Dtz. 7.25
Mako-Tischzeuge
130/150 cm 1.45 150/160 cm 1.85 150/200 cm 2.45 Servietten 60/60 cm Dtz. 3.90

Wäsche- und Bettstoffe

Linon 80 cm breit, 38,50 Pl., 130 cm breit, 68,88 Pl.
Satin 80 cm breit, 52,65 Pl., 130 cm breit, 85,98 Pl.
Damast 80 cm br., Mtr. 58,70 Pl., 130 cm breit, 88 Pl., 1.10
Daulas für Betttücher ca. 150 cm breit . Meter 72 Pl.
Halbweinen für Betttücher ca. 140 cm breit . Meter 98 Pl.
Reinweinen für Betttücher ca. 160 cm breit . Meter 1.95
Hemdentuch mittelkräftig Meter 25, 34, 42, 52 Pl.
Renforcé feinfädig . Meter 35, 42, 50, 55 Pl.
Makotuch edles Material Meter 50, 65 Pl.

10 Meter Coupons

Spezialmarke mittelkräftig . . . Coupon 3.10 Wäschetuch feinfädig Coupon 4.50
Frauenlob mittelkräftig . . . Coupon 3.90 Louisianatuch Spezialmarke . Coupon 5.20
Louisianatuch Coupon 4.20 Edeltuch Coupon 5.25

Fertig genähte Garnituren

aus Louisianatuch . . 4.20 Deckbett und zwei Kissen
aus Linon . . . 5.25, 6.25
Satin gestreift . . . 6.20, 7.25 Damast la-Qualität . 6.40, 8.50
Betttücher aus gutem Daulas 1.65, 2.10, 2.60

Schürzen



Tändelschürzen Batist m Stickerei-Garnierung 35, 55 Pl.
Tändelschürzen mit Stickerei-Ein- und Ansatz 95 Pl., 125
Tändelschürzen mit Trägern, mit Stickereigarnierung 65, 90 Pl.
Tändelschürzen mit Trägern, zum Teil aus Stickereistoff 145, 165
Servier-Schürzen Blumenform, reich m. Einsätzen 95 Pl., 125
Servier-Schürzen englische Form, verschiedene Ausführungen 90 Pl., 110
Kinder-Schürzen Batist mit Stickerei-Garnierung 75, 95 Pl.

Taschentücher

Reinweinen mit kleinen Webfehlern, schlesisches Fabrikat, Dtz. 220, 275, 325
Weiss-Batist mit Hohlsaum, f. Damen, Dtz. 120, 155, 240
Weiss-Batist mit Hohlsaum, f. Herren, Dtz. 320, 390, 485
Damentücher mit Hohlsaum und bestickter Kante Dutzend 98 Pl., 125, 175
Herrentücher mit Hohlsaum und bestickter Kante . . . Dutzend 150, 240
Schweiz-Stickereitücher ringum gestickt oder mit Hohlsaum u. einer gestickten Ecke, Stück 15, 20, 25 Pl.



Perl-Überkleider

kurze Form 6.90

Ein Posten Stickerei-Volants

110 cm breit, reiche Ausführung, besonders preiswert 2.50 3.90

Fastfertige Voilekleider

mit reich besticktem Volant und farbiger Bandgarnitur 8.90

Stickereistoff 165

Polizeiliche Gewaltanwendung.

Das Schöffengericht Neutölln hatte gestern Vorgänge zu prüfen, die sich am 29. Juli 1913 in Neutölln bei der Sittierung eines Straßenhändlers Felix Mauerhoff abgespielt hatten.

Anlaß der Sittierung war eine geringe Uebertretung, der Versuch Mauerhoffs, mit seinem Wagen eine gesperrte Straße der Hermannstraße zu befahren.

Er habe nicht nur am Körper deutliche Spuren dieser schweren Mißhandlung davongetragen, sondern auch eine Verschlimmerung seines Herzleidens gehabt.

Die Beweiserhebung zeigte, daß die Beamten der Wache auf Mauerhoffs Ankunft vorbereitet waren, weil sie von den Fenstern aus ihn vor dem Wacklokal hatten vorsehen sehen.

Das Geschrei sei „fürchterlich“ gewesen, sagte sie. „Herzzerreißend“ nannte es eine andere, „herzbrechend“ habe es gewirkt, versicherte eine dritte.

Auf den Rücken derselben Polizeiwache schon öfter Geschrei gehört worden ist, so daß Hausbewohner sich dadurch schwer beunruhigt gefühlt haben.

Auf den Staatsanwalt machten die Aussagen der Zivilpersonen keinen Eindruck. Ob etwa die Beamten, fragte, er hier unter ihrem Eid die Unwahrheit gesagt haben sollten.

eingestellt, aber auf Beschwerde sind die Ermittlungen wieder aufgenommen worden. In der Frage, ob Mauerhoff vor und in dem Wacklokal mißhandelt worden ist, wurde auf Antrag der Verteidigung eine lange Reihe Zeugen vernommen.

„Gehen Sie doch rein, die Beamten schlagen ja Ihren Mann so fürchtbar!“ Drinnen rief man sie ab: „dem laut keiner was.“

Sie lief zu einem Arzt, doch der wollte nicht mit zur Polizeiwache kommen. Später ließ man die Frau in die Zelle blicken, in die Mauerhoff — „auf eigenen Wunsch“, wie einer der Schulkleute vor Gericht sagte — gebracht worden war.

Dieser sich wiederholende Ruf und ein lang anhaltendes Geschrei waren auch von Zeugen, die im Hause wohnen, gehört worden. Eine Zeugin gab an, dazwischen auch den jammernenden Ruf gehört zu haben:

„Schlagt mir doch den Kopf nicht so!“ Das Geschrei sei „fürchterlich“ gewesen, sagte sie.

Auf den Staatsanwalt machten die Aussagen der Zivilpersonen keinen Eindruck. Ob etwa die Beamten, fragte, er hier unter ihrem Eid die Unwahrheit gesagt haben sollten.

Auf den Rücken derselben Polizeiwache schon öfter Geschrei gehört worden ist, so daß Hausbewohner sich dadurch schwer beunruhigt gefühlt haben.

Auf den Staatsanwalt machten die Aussagen der Zivilpersonen keinen Eindruck. Ob etwa die Beamten, fragte, er hier unter ihrem Eid die Unwahrheit gesagt haben sollten.

den Namen festzustellen, sei nicht Sittierung nötig gewesen, zu einer solchen habe der Beamte daher nicht schreiten dürfen.

Die Erfüllung des vor einigen Jahren bei Beratung der Strafprozeßreform von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrages, alle Vorgänge auf Polizeiwachen kinematographisch aufzunehmen, wird immer dringlicher.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Station, am 30.1., 29.1., and Station, am 30.1., 29.1. Lists water levels for various stations like Teltow, Ankersburg, etc.

Witterungsübersicht vom 31. Januar 1914.

Table with 4 columns: Station, Witterungsübersicht, and Station, Witterungsübersicht. Shows weather conditions for various stations.

Wetterprognose für Sonntag, den 1. Februar 1914. Wird, jedoch vorherrschend hellig mit etwas Regen und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Grosser Reste-Verkauf

Reste und Abschnitte

Kleider- und Seidenstoffe

- Bedruckte Waschmusseline . Meter 18 Pf.
Gestreifte Zephrs Meter 22 Pf.
Blusenflanelle Meter 26 Pf.
Hauskleiderstoffe Meter 30 Pf.
Reinwollene Musseline Meter 40 Pf.
Gestraifte Blusenstoffe Meter 33 Pf.
Alpakas, doppeltbreit Meter 45 Pf.
Stickerei-Volants Meter 48 Pf.
Reinwollene Cheviots doppeltbr. Mtr. 65 Pf.
Reinwollene Voiles ca. 110cm br., Meter 60 Pf.
Reinwoll. Popeline ca. 110cm br., Meter 85 Pf.
Reinseidene Streifen Meter 60 Pf.
Reinseidene Schotten Meter 75 Pf.
Reinseid. Merveilleux schwarz, Mtr. 80 Pf.
Reinseidene Taffete schwarz, Meter 75 Pf.
Reinseid. Damassés schwarz, Meter 85 Pf.
Reinseidene Foulards etw. def., Mtr. 40 Pf.
Reinwollen Satintuch 110 cm br., Mtr. 75 Pf.
Kostümstoffe 130 cm breit, Meter 78 Pf.
Weisse Stickereistoffe 120 cm br., Mtr. 85 Pf.
Rockstoffe 130 cm breit . . Meter 78 Pf.
Seidene Eolienne ca. 110 cm br., Mtr. 1.45

Reinwoll. Kammgarnstoffe 130 cm br., nur marine Mtr. 1.25

Zum Selbstaussuchen

- Zephir-Oberhemden 98 Pf.
Reinwollene Krapfenblusen 2.75
Batistblusen mit Stickerei 95 Pf.
Reinwollene Sargblusen 2.95
Reinseidene Libertyblusen 4.85
Flauschmatines mit Blende 1.75
Vollblusen mit Ueberkragen 2.45
Flauschmorgenröcke mit Blende . . . 3.75
Loden-Capes 120 cm lang 4.95
Alpaka-Unterröcke mit Seiden-Volant 2.25
Reinwollene Kinderkleider 3.95
Klot-Unterröcke warm gefüttert . . . 2.95
Kostümröcke moderne Streifen . . . 1.75
Gestreifte Unterröcke mit Volant . . 85 Pf.
Elegante Phantasmehemden Wert bis 2.50
Achselhemden mit Hohlsaum jetzt durchschnittlich 1.48
Achselhemden m. Stickereimot.
Kniebeinkleid, m. Seidenband.
Kniebeinkleid, m. breit. Sticker.
Nachtjacken mit Stickerei

Bettwäsche

- Fertige Bettbezüge 2.95
Deckbett und zwei Kissen 5.25
Fertige Damastbezüge 2.95
Deckbett und zwei Kissen 2.95
Fertige Bettinlette 2.95
rosa oder rot gestreift
Küchenhandtücher 1.95
Gerstenkorn, gesäumt u. gebänd. 1/2 Dts.
Stubenhandtücher 2.95
kräftiges Dreifachweb 1/2 Dutzend

Wäschestoffe

- Hemdentuch Meter 19 Pf.
Wäschetuch Meter 26 Pf.
Haustuch Meter 35 Pf.
Wäsche-Linon Meter 25 Pf.
Lousianatuch Meter 33 Pf.
Renforcé Meter 28 Pf.
Pikeobarchent Meter 35 Pf.
Handtuchstoffe Meter 20 Pf.
Bettdamast, Bettbreite Mtr. 78 Pf.
Bett satin, Bettbreite Mtr. 68 Pf.
Bettzuchen, Bettbreite Mtr. 55 Pf.
Bettoretonne, Bettbreite Mtr. 65 Pf.
Bettinlett, Bettbreite Mtr. 65 Pf.
Lakendaulas, Bettbreite Mtr. 48 Pf.
Lakenoreas, Bettbreite Mtr. 68 Pf.
Bettlinon, Bettbreite Mtr. 58 Pf.

Zum Selbstaussuchen

- Alpaka - Roben jede 2.45
helle, mittlere u. dunkle Farb., glanzreiche Qual. 5 Meter doppeltbreiter Stoff
Reinwollene Roben jede 2.90
einfarbig, helle, mittlere und dunkle Farben, 8 Meter doppeltbreiter Stoff
Zurückgesetzte Roben jede 1.95
in hellen, mittleren und dunklen Farben, 6 Meter doppeltbreiter Stoff
Kostümfeststoff - Roben jede 3.35
schwere Kostümfeststoffe, 130 cm breit . . .
Blusen - Coupons jede 85 Pf.
gute Tennisqualit., mod. Streifen, jeder Coupon enthält 2 1/2 Meter Stoff . . .
Halbferrige Blusen jede 1.10
reinwollener Batist, m. reicher Seidenstickerei, in creme u. dunkelfarbig

Tischtüch. Servietten

- Jacquard-Servietten 60/60, gesäumt 1/2 Dutzend 1.95
Jacquard-Tischtücher 110/120, gesäumt 98 Pf.
Jacquard-Tischtücher 110/130, gesäumt 1.25
Jacquard-Tischtücher 110/140, gesäumt 1.65
Jacquard-Tischtücher 130/200, gesäumt 2.45

Kaufhaus Singer & Co Chausseestr. 61-62

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhle.
Sonntag, 1. Februar,
nachm. 3 Uhr:
Deutsches Opernhaus: Extra-Vorstellung: Der Waffenschmied.
nachm. 7 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Der lebende Leichnam.
nachm. 3 Uhr:
Neues Volkstheater: Michael Kramer.
Darmstadt-Theater: Sinterm Jann.

Neue Freie Volkshöhle.
Sonntag, 1. Februar 1914,
nachm. 2 1/2 Uhr:
Kammerspielhaus: Die Einnahme von Berg-op-Zoom.
nachm. 3 Uhr:
Deutsches Opernhaus: Der Waffenschmied.
Schiller-Theater Charlottenb.: Andreas Hofer.
Theater-Theater: Vater und Sohn.
Schiller Theater O.: Geschäft ist Geschäft.
Leistung-Theater: Professor Bernhardt.
Theater a. Nollendorplatz: Die schöne Helena.

Metropol-Theater: Ein Blümmel.
Berliner Theater: Sonnenstübchen.
Montis Operetten-Theater: Die Heidenmaus.
Trianon-Theater: Die Liebe macht lustig.
Theater in der Königgrätzer Straße: Das Lebensfest.
Kühner-Saal: Einsteins-Konzert.
Abends 8 Uhr:
Neues Volkstheater: Sonntag, Dienstag und Mittwoch: Der Graf von Charolais.

Abends 7 1/2 Uhr:
Neues Volkstheater: Montag, Donnerstag und Freitag: Der Kaiserjäger. Sonnabend: Einakterabend.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Montag, abends 8 Uhr:
Meyers.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamme.
Montag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamme.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Sonntag 3 Uhr: Glaube und Heimat.
Abends 8 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.
Montag: Eshira und Gertraude.
Dienstag: Der Bogen des Odysseus.

Theater am Nollendorplatz 5.
Quell 3 Uhr: Die schöne Helena.
8 Uhr: Prinzeß Gretl.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: Kammermusik. 8 Uhr:
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammbrücke
über Komische Oper.
Nachm. 3 Uhr: Wer zuletzt lacht...
8 Uhr: Wer zuletzt lacht...
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sommt. nachm. 3 1/2 U.: Der liebe Augustin

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 3 Uhr:
Berlin wie es weint u. lacht.
Abends 8 Uhr:
Kinder der Großstadt.
Montag: Kinder der Großstadt.

Volgt-Theater
Baderstraße 38.
Heute Sonntag, den 1. Februar:
Nachmittags 3 Uhr:
Der Bajazzo und seine Familie.
Abends 7 Uhr:
Der Goldbauer.
Saisonöffnung 10 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Heute nachm. 3 Uhr
zu erwiderten Besuchen:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße
und das andere
große Programm.
Abends 8 Uhr:
No. 13!

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
Montag, Hörsaal 8 Uhr:
Dr. H. Elias:
Gleichgewicht und Steuerung von Flugzeugen.

Passage-Panoptikum.
Die wilden
Feuerfresser
in ihren fanatischen
Martern.
Colts Experimente:
Aus dem Jenseits
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Residenz-Theater
Hoheit — der Franz!
Musikalische Groteske in 3 Akten von
Arthur Landberger und Willi Wolff.
Musik von Robert Winterberg.
Morgen u. l. Tage: Moholt — der Franz!

Friedr.-Wilhelmstadt. Theater.
Direktion: H. Bryk.
Fräulein Trallala.
Von Mosonowki, Gilbert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Heute nachm. 3 Uhr:
Die Kino-Königin.

Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 Uhr 55:
Nachm. 3 Uhr: Ein Blitzmädel.
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

APOLLO THEATER
— Tel.: Lützow 2737 —
2 Heute, Sonntag
Vorstellungen: 2
3 1/2 und 8 Uhr.
Nachmittags: Kleine Preise.
In beiden Vorstellungen:
Hartstein
in
Der Stolz d. 3. Kompagnie
Lachen ohne Pause.
Vorher: Das grosse neue
Variété-Programm

**8 Attraktionen 8
Rauchen gestattet!**

WINTER GARTEN
Heute 8 Uhr:
Première!
Madge Lessing
und
Fred Wright
in
„Hallo Madge! Hallo Fredy!“
sowie
12 hochinteressante Debuts 12
— Rauchen gestattet! —

Folies Caprice.
8 1/4 Café Pringsheim
Der Heiratsgraf
Hoyersteins

ODEON
Vergnügungs-Palast
der 10 000
Potsdamer Str. 72 Hochbahn
Bülowstr.
Heute Anfang 5 Uhr:
Ein Fest
**Im Hafen von
New York.**
8 Attraktionen.
Reitbahn.
Tanz auf der Drehscheibe.
Jeder Erwachsene ein Kind frei.
Eintritt 30 Pf.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse
Montag, den 2. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr,
in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:
Vortrag: Jugendfürsorge. Referent:
Herr Rudolf Wissell.
Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Sonntag, den 8. Februar 1914,
in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 17-18:
15. Stiftungsfest
„Volkskunst und Volksgefängnis aus alter und
neuer Zeit“.
Mitwirkende: Marga Delvard und Marc Henry.
Hierauf: **Tanz.**
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Kinder haben keinen Zutritt.
Billets im Verein und in den bekannten Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand.

Sängerchor Wedding
Mitgl. d. Deutsch. Arbeiter-Sängerbundes (Gau Berlin u. U.)
Wiener Maskenball
am Sonnabend, den 7. Februar 1914,
i. d. Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110.
Während der Vorträge der Volkshumoristen
Kaffeepause: : : : Gebrüder Riedel. : : :
Allerlei Volksbelustigungen. — Jede Dame erhält ein Präsent.
Um 12 Uhr Demaskierung. 58/4
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintrittskarte 60 Pf. (inkl. Tanz).

Männerchor Boxhagen-Rummelsburg.
Den Mitgliedern und Freunden zur Nachricht, daß der
MÄSKENBALL
nicht am 7. Februar, sondern Sonnabend, 14. Februar,
im „Café Bellevue“ stattfindet. 751b
Nebungstunden des Vereins jeden Dienstag im
„Café Bellevue“.
Der Vorstand.

Ruderverein „Vorwärts“
Sonntag, den 1. Februar, im Gewerkschaftshaus,
Engelstraße 15:
Lichtbilder-Vortrag
„Ruderleben auf märkischen Gewässern“
Ruderfahrten nach dem Scharmützelsee, nach Mecklenburg.
Beginn pünktl. 7 Uhr. 756b 40 Pf. inkl. Tanz.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Walhalla-Theater.
3 Uhr: Teines Bruders Weib. Nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
8 1/2 Uhr: Das erste Ehejahr. Abends 8 1/2 Uhr:
Schauspiel in 5 Akten v. E. Ritterfeldt. Tangoheber.

Brauerei Friedrichshain
Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Triple-Konzert!
Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regts. Dirig. Oberm. Becker
Musikkorps des 1. Garde-Regiments. Dirig.: Oberm. Baatz
und Tegernseer und Zillertaler Musikanten,
Dirig. Hans Starp.
Anfang 7 1/4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 7 1/4 Uhr.
Morgen: **Großes Doppel-Konzert!**
Anfang 8 Uhr.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute, Sonntag, den 1. Februar:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.
Im neuen Saal: **Großer Ball.**
Voranzeige! Dienstag, den 3. Februar:
Damenprämierung. Prämiiert wird der breiteste
und längste
Pelz-Shawl.
Drei bare Geld-Preise 50.—, 30.—, 20.— Mark.

Märkischer Hof, Admiralstraße 18 c.
Gewerkschaften und Vereinen zur gef. Kenntnis, daß ich mein Lokal selbst
wieder übernommen habe. Der 1. Dienstag, mehrere Sonnabende und
Sonnstage frei. Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Um geneigten
Spruch bitte!
[] Otto Grabhoff.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Sonntag, d. 1. Februar:
2 gr. Novitäten-Vorstellungen 2
nachm. 3 u. abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen
Neu!
Kukadi's (1 Dame, 1 Herr)
genannt „Goldmephistos“.
Neu! Leach-La-Quinlan-Trio Neu!
in ihrer neuesten Sensation?
und die übrigen neuen
Februar-Attraktionen.
Das neue große Ausstattung-
stück in 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Zur Nachm.-Vorst. hat jeder
Erwachs. 1 Kind unt. 10 Jahren
frei auf allen Sitzplätzen.

ZOOLOG
ischer Garten
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
Eintrittspreise heute:
ZOO: Aquarium:
25 Pf. 50 Pf.
Kinder d. Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

UT

LICHTSPIELE
Kurfürstendamm 26
Friedrich-Ecke Taubenstr.
Unter den Linden 21
Alexanderplatz
Weinbergsweg 16-17
Hasenheide
Moritzplatz
Reinickendorferstr. 14
Schöneberg, Hauptstr. 49

**Die Firma
heiratet**
Die Geschichte
eines
Mannquins
von
Walter Tarszinsky
und Jacques Burg
Regie: C. Wilhelm.

Brillanter
Humor.
Famose
Witze.
Ausserdem:
**Moderne
Tänze**
Tanz-
Unterricht
im Film.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
Heute Sonntag!!!
**Stimmungsvollstes
Bayr. Bockbier-Fest
Auf der Alm!**
Gr. Sehenswürdigkeit Berlins!
4 Kapellen — 100 Oberbayern
Der rühmlichst bekannte Festwirt
Schorsch Ehrngruber
Münchener Hetz — 30 Bayerische Madln — Alpenzauber
Schneetreiben — A Mords Gaudi.
Anf. 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Volkstheater Neukölln.
Germanstraße 20.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Gesicht am Fenster.
Sensat. Detektivromäne in 8 Bildern
von F. Broofs-Barren.
Montag, 8 1/2 Uhr:
Am Altar.

Zirkus Busch.
Heute Sonntag, den 1. Februar:
2 große Gala-Vorstellungen 2
nachm. 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
Nachmittags hat jeder Erwachsene
ein angehör. Kind unter 10 Jahren
auf allen Sitzplätzen frei. Jedes
weitere Kind unter 10 Jahren zahlt
die Hälfte auf den Sitzplätzen.
In beiden Vorstellungen:
Kulturen der neuen Februar-
Attraktionen. u. a.
Die Usesses in ihren
akrobatischen Stelch
„Artistenkinder“
Dir. Ed. Bultz bisher völlig
unerreichte Prod. u. Exerzier am Trapez.
Nurherdem nachmittags die beliebte
Kinder-Burleske
**An d. russischen Grenze
General Bum-Bum,**
bargestellt von sämtlichen Clowns.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Pompeji“.

Casino-Theater
Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volksstück:
Die alte Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Nummer!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sommt. u. l. Geheimnisse v. New York.

Berliner Prater-Theater
Sahnenallee 7-9.
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. Karl-Richter.
Heute
Sonntag:
Paul Mantheys
lustige Sänger
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nachdem: Familien-Kränzchen.
Im weißen Saal von 5 Uhr ab
Großer Ball.
Morgen Montag:
Hoffmanns Sänger.

Alhambra
Wallner-Theater-Str. 15.
Jeden
Sonntag: **Großer Ball.**
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zameitat.

Concordia-Festsäle
64 Andreasstr. 64
Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
und Hoffmanns Sänger
Anfang 6 Uhr.
Im oberen Saal von 5 Uhr ab:
Grosser Ball

Todes-Anzeigen

Am Freitag, den 30. Januar, morgens 1 1/2 Uhr, entschlief plötzlich am Herzschlag mein lieber Mann, Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Friedrich Grimpe.

Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Görlitzer Viertel. Bezirk 198 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tapferste Friedrich Grimpe Wiener Str. 28 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Stralauer Viertel, Bezirk 322 II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchdrucker

Otto Rösler Kopernikusstraße 27 gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 211/3 Der Vorstand.

Brandenb. Maschinensetzerverein V. d. D. B. Sitz Berlin.

Am 29. Januar verschied an der Seelerkrankheit unser langjähriger, lieber Mitglied, der Maschinenleger

Otto Rösler aus Düringhof im Alter von 84 Jahren. Wir werden ihm ob seines offenen, ehrlichen Wesens ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Montag, 2. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Bernau.

Die Beerdigung des Genossen Hermann Schulz findet heute, Sonntag, den 1. d., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Ballstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 240/11 Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker Vincenz Czerny Liebenwalder Straße 85/86, am 29. Januar an Magenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes in der Köckerstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 111/15 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Neukölln.

Am 29. Januar starb unser langjähriger Mitglied und früherer Bevollmächtigter

Rudolf Preßler. Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle, Rudower Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 111/18 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntagabend entschlief nach kurzen Leiden meine liebe Frau

Anna Marquardt im 88. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetäubt an Der trauernde Gatte. Brandenburg a. N.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Jakob-Friedhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt. 522/1

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg. Bezirk 10.

Am 30. Januar verstarb unser langjähriger und tätiges Mitglied, der Arbeiter

Paul Bildt im Alter von 55 Jahren.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 15/3 Der Vorstand. Treffpunkt für Mitglieder des Gefangenenvereins Schöneberger Rännergasse 1/3 Uhr auf obigem Friedhof.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Paul Bildt am 30. Januar im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 2. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes Blanke Höhe aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Arbeiter

Paul Bildt Feuerstraße 36, im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Dies zeigt tiefbetäubt an

Witwe Emma Bildt nebst Kindern.

Beerdigung Montagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle Schöneberg, Blanke Höhe, aus.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrmannshändler, Kollege

Wilhelm Günther am 29. Januar im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

182/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Jahreshalle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler

Johann Saß Hohnstraße 2, im Alter von 54 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 82/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Johann Saß (Hornstr. 2 — Bezirk 5) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Montag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 73/5 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Agnes Painke sage ich allen Teilnehmern, besonders dem Gefangenenverein "Niederlaten" sowie Herrn Quandt für die trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank.

121/1 **Richard Painke.**

Dankfagung.

Für die vielen tröstlichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, Großvaters, Onkels und Schwagers, des Einrichters

Friedrich Jaquet sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten, Neikern und Kollegen des Verstorbenen unsern herzlichsten Dank. 122/1 **Frau Jaquet** geb. Meeth und Kinder.

Dankfagung. Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen, insbesondere dem Deutschen Transportarbeiterverband unsern herzlichsten Dank. 761/5 Martha Wöldecke nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter und Großmutter

Berta Moritz sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. 115/4 Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters und Bruders, des Schweißers

Hugo Schulz sagen allen Bekannten, Verwandten, sowie dem Wahlverein Charlottenburg unsern aufrichtigen Dank. 115/4 Die Hinterbliebenen.

Restaurant zum Stiekanal am Krematorium Treptow, Riefholzstraße 249. Vorzügliche Speisen und Getränke. Große Vereinszimmer. August Krause.

Schwarze Kleidung Fertig am Lager:

- Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
 - Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
 - Cutaway u. Westen 65, 50, 33 M.
 - Beinkleider 18, 15, 8 M.
- Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden

Baer Sohn Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1891. Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Feuerbestattung mit allem Zubehör u. Gräbern 105 Mark. Institut "Flamme" Montouffelsstraße 111. Broschüre gratis. Fernspr.: Moritzpl. 1862.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie

Milo - Schnupftabak schnupfen.

Bester russischer Augentabak.

- Milo gegen Schnupfen
- Milo gegen Verschleimung
- Milo gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute
- Milo belebt die Sehkraft
- Milo ist frei von schädlichen Substanzen
- Milo der beste Schnupftabak der Gegenwart und Zukunft
- Milo wird nach altem Rezept seit 100 Jahren hergestellt
- Milo kostet die Dose 10 Pf.
- Milo durch den Zigarrenhandel zu beziehen

General-Vertrieb für Deutschland

S. Rund Zigarren- und Tabak-General-Agenturen

Berlin NW 87, Tel. Noabit 8157. Tausende befreit!

Bandwurm mit Kopf (Spul- u. Madenwürmer) beseitigt meist binnen 2 Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Berührung des vollkommen unschädlichen, natürlichen

Reichel's Bandwurmmittel Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angriff u. ohne Verunreinigt wird. Einfachste Anwendung. Für Erwachsene 2-, Kind. (Altersang.) 1/2 St. All. echt mit Marke "Medico", u. Namen Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4. Wein Drogerien nicht eph. d. disk. Zus.

Arbeitermöbel Die Kustermöbelung im Gewerkschaftshaus ist geschlossen. Es können die Möbel aber an jedem Wochentage bis 7 Uhr abends in der Fabrik (mit Ausnahme von 1/2, 1-1/2 Uhr)

20 Zeughofstraße 20 befristigt werden.

Sonntags nur nach vorheriger Anmeldung. Teilzahlungen werden zu den bekannten Bedingungen gestattet.

Spurlos verschwunden sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge wie Blüthen, Mitesser, Finnen, Flechten, Pickeln, Hautröte usw. durch tägl. Gebrauch d. edlern

Stechenpferd-Tee von Bergmann & Co., Kadebeuf, St. 50 Pf. Ueberall z. haben.

Vorletzte Woche!

Inventur-Verkauf!

Diverse Artikel bis 40% herabgesetzt!

Feinfarbige

Indert-Teppiche

fraise, creme, blau, rot,

ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Indertteppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca.

- 90x185 cm M. 7,25
- 130x195 10,75
- 160x225 15,85
- 190x235 23,75
- 250x350 36,00
- 250x400 46,00
- 300x400 52,00

Passende Bett- und Fuß-Teppiche Stk. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158

Inventur-Extraliste u. Katalog

enorm billiger Sonderangebote (600 Abbild.) gratis und franko.

Kranzspenden sowie sämtliche

Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul

Gross, Lindenstr. 69, Tel. Rpl. 7303

In Freien Stunden Die

Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



Völlige Geruchlosigkeit, Ohne Rauch und Ruß!

Paul Obglos Konzert- und Festsäle Königstadt 4314 Koppenstr. 29 (vormals Keller)

Hochelegante Festsäle für alle Veranstaltungen, 100-2500 Personen fassend, noch einige Tage frei. Drei erstklassige Verbandsregelbahnen. Um geneigten Zuspruch bittet Paul Obglos.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz Spindlerhof (Wallstr. 13) — Spezialfirma für

Gardinen u. die damit verwandten Artikel: Portieren, Teppiche etc. **Komplette Wohn-Ausstattungen**

Phonographen-Katz

Alexanderplatz vis-à-vis Bahnhof, Dirksenstr. 20, Weinmeisterstr. 2, Chausseestr. 92, Große Frankfurter Str. 144, Neukölln: Bergstr. 4, Hermannplatz 6.

Großer Inventur-Verkauf

ca. 3000 Herold-Patten 30 cm groß jetzt 95 Pf. bisheriger Preis M. 1.85.

Grammophon-Tanzmusik

Für Festlichkeiten und zum Tangolernen werden Apparate und Platten zu kulantem Bedingungen leihweise abgegeben.

Bei Inventur ermäßigt

ca. 250 Apparate, die nicht mehr im neuen Katalog aufgenommen sind zum Teil bis 60% im Preise herabgesetzt

Verlangen Sie Verzeichnis der besten Platten. Ständiges Lager von 40 000 Platten. Alle Schlager der Saison in jedem Preise am Lager.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet!

Aus aller Welt.

Das gute Herz der Agrarier.

Bei der Beratung des Landwirtschaftsbills konnten sich im preussischen Abgeordnetenhause die Vertreter der agrarischen Interessen nicht genug tun in der Versicherung, das bei dem Großgrundbesitzern das Wohl der Landarbeiterschaft aufs Beste aufgehoben sei.

In einer der letzten Nummern der Konserbativen „Stargarder Zeitung“ findet man das folgende agrarische Kulturdokument:

Lebensstellung.

Suche zu sofort einen Volontär, Pension p. a. 1200 M. Bevorzugt wird Mediziner, der ohne weitere Entschädigung samtl. nicht der Landfrankenliste angehörenden Leute im Gutsbezirk zu behandeln hat.

Majorat Braunsfort.

Man bewundere die Weisheit! Nur 1200 M. pro Jahr braucht ein Mediziner zuzugahen, um auf dem Gute praktizieren zu dürfen.

Nicht weniger interessant ist ein Inserat in der „Deutschen Tageszeitung“, in dem ein Inspektor gesucht wird.

Lebensstellung.

Inspektor gesucht von mindest. 4-jähriger Praxis, nicht unt. 30 J. Nur erste Kräfte mit besten Referenzen werden berücksichtigt.

Wenn man schon einem „Studierten“ und einem Inspektor solche Bedingungen zu stellen magt, wie muß es da um die Verhältnisse der „gewöhnlichen“ Landarbeiter bestellt sein?

Entdeckung eines Luftmordes.

In einem alten Bohrlöcher in der Nähe der Saline Dabensiedt bei Hannover wurde Freitag nach gegen 1/2 12 Uhr von einem jungen Mann im Vorübergehen die Leiche der seit dem 12. Januar vermissten fünfjährigen Hildegard Wildhagen gefunden.

Zum Untergang des Dampfers „Monroe“.

Wie aus Norfolk in Virginia gedrahrt wird, ist auf der dortigen Reede der Dampfer „Rantudet“ mit 85 Ueberlebenden des untergegangenen Dampfers „Monroe“ eingetroffen.

Das Kino im Dienste der Kirche.

Die Behauptung, die Kirche sei rückständig und allen Neuerungen abhold, wird man allmählich einschränken müssen. Hat doch sogar das Kino bereits Eingang in die Kirche gefunden.

Man braucht die Kirche nur noch ihre Diener durch Phonographen zu ersetzen, was bei der Gleichheit mancher Predigten usw. sehr gut durchzuführen ist.

Kleine Notizen.

Schreckstat auf einem Hochdampfer. Am Sonnabendmorgen wurde auf dem Hochdampfer „Brandenburg“, der auf der Weser von Salveston angekommen ist, der dritte Offizier Bendi aus Berlin in Brandenburg von einem irrsinnigen Zwischen-deckspassagier, der ihm sechs Revolverkugeln in den Hals jagte, getötet.

Dynamitexplosion in einem ungarischen Bergwerk. In dem Bergwerk „Nölnel“ fand ein Dynamitexplosion statt, durch die zwei Bergleute getötet, der Wächter der Grube und zwei andere Bergleute lebensgefährlich verletzt wurden.

Eisenbahnunglück in Spanien. Nach einer Meldung aus Barcelona stürzte ein Güterzug infolge einer Entgleisung auf eine Gruppe von Bahnarbeitern.

Großfeuer in New York. In der Pianoherstellungsfabrik von Walter in der 63. Straße in New York ereigneten sich Sonnabend früh zwei furchtbare Explosionen, durch die das ganze Gebäude in Brand gesetzt wurde.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der fliegende Holländer. Montag: Carmen. Dienstag: Mignon. Mittwoch: Bohème. Donnerstag: Lohengrin. Freitag: Einmal um den Turm. Samstag: Die Fledermaus. Sonntag: Der Rosenkavalier.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Wir liefern direkt an Private als Spezialität: gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen

Albert Gleiser g. m. b. H. Berlin C. 33 Alexanderplatz Alexanderstrasse 42

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Gardinen! Teppiche! Bettentische! Kleider! ... Jedes Wort 10 Pfennig.

